

Aufhören.

Schon den Bachelor in Reue gemacht? **8**

Angst machen.

Wie Terrorprävention halt nicht geht. **18**

Anklagen.

Wie gefährlich ist die Polizei? **24**

Auskotzen.

Euer elitäres Gehabe stinkt. **38**

Geteiltes Leid

Warum die Shareconomy die Welt doch nicht retten wird.



P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EUR0,73



Belohnung? Na, aber immer.

Doris K., 19, Pfarwerfen

Verstanden:

**SMART Start – Flexibel
kombiniert, 2 Monatsprämien
kassiert!**



Um zu verstehen, muss man zuhören.

Speziell junge Leute zwischen 15 und 25 sind mit den individuell kombinierbaren SMART Start Bausteinen bestens versorgt. Pro Baustein gibt's 2 Monatsprämien zurück, wenn mindestens 2 verschiedene Bausteine gewählt werden - ein Unfallschutz oder eine Gesundheitsvorsorge oder eine Lebensversicherung ist Voraussetzung. Kombinieren Sie Ihre Vorsorgebereiche ganz nach Ihren Wünschen: **Unfallschutz, Gesundheitsvorsorge, Finanzielle Vorsorge (Lebensversicherung), Privathaftpflicht-, Haushalts-, und Eigenheimversicherung, KFZ, Rechtsschutz.** Und so geht's: Wenden Sie sich für mehr Informationen an Ihre nächste ÖH-Stelle oder informieren Sie sich unter <http://www.oeh.ac.at/versicherung/>



GENERALI

Unter den Flügeln des Löwen.

Bildung

08 HÖRT AUF, SOLANGE IHR NOCH KÖNNT!

Über Studis, die den Gang an die Uni bereuen.

10 GEGEN DEN STROM STUDIEREN. Wer nicht das richtige Studium findet, kann sich auch selbst eines basteln.

12 KEINE STUDIENBEIHILFE FÜR FH-STUDIS?

Das Hochschulrecht in Österreich bleibt kompliziert und uneinheitlich.

13 „ES IST ALLES EIN BISSCHEN EIN THEATER“.

Die griechische Studierendenvertretung ist die politischste Europas.

Politik

16 DIE STADT DER MÄDCHEN. Eine Zugverbindung in Brasilien droht Sexarbeiter_innen aus ihrem Heimatviertel zu vertreiben.

18 MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN ZUR TERRORPRÄVENTION. Warum Vorratsdatenspeicherung wieder in und trotzdem schlecht ist.

19 DIE ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG IST INTEGRATIONSUNWILLIG. Gerd Valchars erklärt, warum die Debatte über Integration falsch geführt wird.

Dossier

22 FORCE, POWER AND VIOLENCE. Sechs Dinge über Gewalt, die du noch nicht wusstest.

23 GESPENSTISCHE GEWALT. Michael Staudigl darüber, was die schlimmste Form von Gewalt ist.

24 8 MONATE. Polizeigewalt bleibt in Österreich weitgehend bestraft.

26 KEIN ASYL OHNE EREKTION. LGBTI-Flüchtlinge müssen in Österreich übergreifige Befragungen über sich ergehen lassen.

27 THE INTERNET IS FOR HATE. Gewalt muss nicht physisch sein. Wie Trolle und Hassrede das Netz terrorisieren.

28 ACHTUNG, TRIGGERWARNUNG! Plötzlich und ungewarnt mit unangenehmen Themen konfrontiert zu werden, belastet.

Feuilleton

30 ICH PUBLIZIERE, ALSO BIN ICH. Über die Vor- und Nachteile des Self-Publishing.

32 ME, MY SELFIE AND I. Sich über Selfies lustig zu machen, ist gar nicht so lustig.

33 „ER MACHT BLABLA, SIE MACHT HAHA“. Die Kabarettistin Nadja Maleh im Interview über Genderklischees beim Thema Humor.

34 SELBSTOPTIMIERUNG. Jetzt, wo alles messbar ist, ist auch alles verbesserbar. Oder?

36 REZENSIONEN. Lest selbst, heast.

38 IMMERHIN HAB' ICH DAS SEMESTERTICKET. Paula Balov über elitäres Gehabe, verschwurbelte Ausdrucksformen und Schleimerei an der Uni.

Cover

Airbnb, Uber, Car2Go, WHYownit, Kleiderkreisel – die Liste an Startups der Shareconomy ist lang und wächst ständig. Große Hoffnungen werden in den kollaborativen Konsum gesteckt: Nicht nur die Umwelt soll gerettet werden, es soll gleich auch eine neue und fairere Art des Wirtschaftens entstehen. Wir haben uns gefragt: Wurde da nicht nur ein fancy neues Wort für „Mieten“ eingeführt? Wer sind die Nutznießer_innen der Shareconomy? Und vor allem: Was würde Marx dazu sagen? **SEITE 4**

Fotoreihe

Im Nordosten Wiens wird gerade an einem riesigen neuen Stadtteil gearbeitet. Auf dem ehemaligen Flugfeld Aspern entsteht die mehr modellhafte als moderne „Seestadt“. Als eines der größten aktuellen Stadtentwicklungsprojekte Europas soll sie später 20.000 Menschen beherbergen. Christopher Glanzl hat lineare Fassaden, platte Texturen und die wuchernde Sterilität einer noch äußerst gespenstischen Siedlung dokumentiert. **SEITEN 7, 15, 29**

Dossier

In Österreich gibt es eine etwas skurrile Gewaltdebatte, die sich größtenteils um umgeworfene Mistkübel, eingeschlagene Scheiben und (Mottos von) Demonstrationen dreht. Wir dachten uns „Reden wir doch mal wirklich über Gewalt!“ und packen daher in unserem Dossier Verhetzung, Trigger, Prügelpolizei und das Gewaltmonopol des Staates an. **SEITEN 21 BIS 28**

Illustrationen

Gewalt graphisch darzustellen, ohne in Plattitüden zu rutschen, ist keine leichte Aufgabe. Für diese Ausgabe hat sich die Illustratorin Janina Kepczynski aka Janinski (janinski.com) aber daran gewagt und eindringliche Illustrationen angefertigt. In lebendigen Schwarz-Weiß-Bildern schafft sie es, Gewalt zu zeigen, ohne Gewalt zu zeigen. Sehr erfolgreich, wie wir finden. **SEITEN 21 BIS 28**

Editorial

Liebe Leser*innen!

Wenn ihr unsere Online-Kanäle (Facebook, Twitter, progress-online.at) verfolgt, habt ihr sicher bemerkt, dass sich dort gerade viel tut. Nachdem unser Online-Team mit Carla Heher und Bianca Xenia Mayer nun wieder komplett ist, brummt es auf unseren Netzpräsenzen so richtig. Aber auch auf Papier bringen wir euch wie gewohnt spannende Texte von und manchmal auch über Studierende(n).

Ein Thema hat uns bei Redaktionssitzungen und -treffen nicht losgelassen: die elendige Art und Weise, in der in Österreich der Diskurs über das Thema Gewalt läuft. Deswegen haben wir versucht, die Debatte endlich mal richtig zu führen und uns nicht an Sachbeschädigungen und Demosprüchen aufzuhängen, sondern zu berichten, wo es wirklich brennt.

Wer sich nach den Artikeln (zurecht) erbauende und erfreuliche News wünscht, ~~kann im Feuilleton stöbern, wo es zahlreiche~~ hat Pech gehabt. Die Welt ist nicht schön, es gibt nicht immer doch noch ein Happy End. Sorry, not sorry. Gewöhnt euch dran.

Wir wünschen – trotz alledem – gute Lektüre!

Eure *progress*-Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen Hochschüler_innenschaft

Ausgabe: 02/2015

Auflage: 120.000 Stück

Erscheinungsmonat: März

MedieninhaberIn: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/seiten/abo-auswahl

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Chef*innenredaktion: Joël Adami, Olja Alvir, Marlene Brüggemann

Autor*innen dieser Ausgabe: Joël Adami, Valentine Auer, Olja Alvir, Paula Balov, Marlene Brüggemann, Mascha Dabič, Dieter Diskovic, Verena Ehrenberger, Vanessa Gaigg, Katharina Gruber, Frank Hagen, Carla Heher, Klemens Herzog, Gabriela Kielhorn, Katja Krüger, Linus Pfefferkorn, Anne Pohl, Laura Porak, Philipp Poyntner, Mafalda Rakoš, Sara Schausberger, Anne Schinko, Sandra Schieder, Hanna Silbermayr, Valerie Tiefenbacher, Alisa Vogt, Hengameh Yaghoobifarah.

Cover: Ulrike Krawagna

Dossier: Janina Kepczynski

Lektorat: Anna Ellmer, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

Teilst du schon oder besitzt du noch?

Alternative Konsumformen wie das Teilen und Mieten von Gütern liegen im Trend. Rettet die „Shareconomy“ die Welt oder spült sie doch wieder Millionen in die Kassen von MonopolistInnen?

Annika ist Mitte 20, Akademikerin und lebt im urbanen Raum. Reisen organisiert sie über Onlineplattformen und Networking betreibt sie auf Facebook und LinkedIn. Mobilität und Nachhaltigkeit sind ihr ein Anliegen, gegenüber Materialismus und Konsumwahn ist sie kritisch eingestellt. Annika gibt es nicht wirklich. Aber sie ist – wenn es nach KonsumforscherInnen geht – die Idealkonsumentin der „Shareconomy“. Kurt Matzler, Professor an der Universität Innsbruck, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Shareconomy und bestätigt: „Der typische Konsument der Shareconomy ist nicht der sparsame, langweilige und wirtschaftlich unattraktive Kunde. Er ist jung, gebildet, postmodern und liebt einen abwechslungsreichen Lebensstil.“ Annikas Lebensstil steht stellvertretend für all jene, die kein Auto besitzen, aber dennoch manchmal damit übers Wochenende aufs Land fahren wollen; für jene, die sich kein teures Hotelzimmer leisten, sondern in einer privaten Unterkunft ein Land kennenlernen möchten; und für jene, die Werkzeuge lieber leihen statt sie teuer zu kaufen.

GRENZENLOSES TEILEN. „Ungefähr 80 Prozent aller Gegenstände, die wir besitzen, werden im Schnitt nur einmal im Monat verwendet“, so Matzler. Mit dem Gedanken, dass diese doch verliehen werden können, liebäugeln immer mehr Menschen. Eine Studie Matzlers zeigt, dass in Österreich in erster Linie Bücher, Filme und Sportartikel ver- und geliehen werden. „Auf der Hitliste sind weiters Utensilien für Partys und Feste, Werkzeuge und Gartengeräte“, ergänzt Matzler.

Die Wirtschaft des Teilens ist kein neues Phänomen, sondern hat sich lediglich durch die Digitali-

sierung verändert: Früher hat man sich von NachbarInnen den Rasenmäher oder die Milch geliehen. Die steigende Anonymität in Großstädten trägt ihren Teil dazu bei, dass diese Praxis heute zunehmend über den digitalen Weg abgewickelt wird. Der Begriff „Share Economy“ geht auf den Ökonomen Martin Weitzmann zurück; im deutschsprachigen Raum wird auch häufig von der „Wirtschaft des Teilens“ oder dem „KoKonsum“ – dem kollaborativen Konsum – gesprochen. Weitzmanns ursprünglicher Gedanke war es, dass sich der Wohlstand einer Gesellschaft erhöht, wenn alle MarktteilnehmerInnen mehr teilen. Dadurch soll eine neue Ära eingeläutet und das Zeitalter des Kapitalismus beendet werden. Ob Wohnungen, Transportmittel, Werkzeuge, Mode, Musik und Videos oder Lebensmittel – für alles gibt es eine eigene Onlineplattform, also eine App oder Website. Überall tauchen gerade Shareconomy-Startups auf. „Im Moment erleben wir einen großen Boom. Zahllose neue Plattformen entstehen, viele verschwinden nach kurzer Zeit aber wieder. Wahrscheinlich werden wir bald eine Phase der Ernüchterung sehen, in der es zu einer Konsolidierung kommt. Danach setzt sich dann der Trend auf solidere Beinen stehend fort“, ist Matzler überzeugt.

Auf dem Wohnungsmarkt ist Airbnb die mit Abstand populärste Onlineplattform. Das Unternehmen konnte bereits 17 Millionen Gäste in 190 Ländern und über 600.000 Unterkünfte vermitteln. Egal ob man eine Couch für eine Nacht oder ein Apartment für mehrere Wochen sucht – die Bandbreite des Angebots ist enorm. Oft sind zwar dem finanziellen Spielraum Grenzen gesetzt, der Fantasie dafür aber

nicht. Wer bereit ist, etwas tiefer in die Tasche zu greifen, kann auch auf einem Boot, in einer Villa oder einem Schloss residieren.

Was Airbnb für den Wohnungsmarkt ist, ist Uber am Transportmittelmarkt. Uber ist eine Onlineplattform, die Fahrgäste an private FahrerInnen mit Wagen über eine App vermittelt. Während der Fahrdienst im Jahr 2010 gerade einmal in drei Städten aktiv war, hat er sich mittlerweile in rund 170 Städten in 43 Ländern etabliert; seit dem Vorjahr gibt es ihn auch in Wien. Wer sich nicht chauffieren lassen möchte, hat eine weitere Möglichkeit: Carsharing. Das erfreut sich vor allem bei jungen GroßstädterInnen, die kein eigenes Auto besitzen, zunehmender Beliebtheit. Nach der Registrierung bei einem Angebot – etwa Car2Go oder Zipcar – haben KundInnen die Möglichkeit, via App oder auf einer Website ein Auto in ihrer Nähe zu suchen, es mittels KundInnenkarte zu öffnen, damit von A nach B zu fahren und es dann an einem beliebigen Parkplatz wieder abzustellen.

Es gibt kaum noch Güter, die weiter als ein paar Mausklicks entfernt sind. Wer bei IKEA erfolgreich eingekauft hat, kann über Apps wie (das mittlerweile stillgelegte) Why Own It oder *usetwice.at* herausfinden, wer in der Nähe beispielsweise über eine Bohrmaschine verfügt. Ähnlich funktioniert das System im Bereich der Mode. Auf der Onlineplattform *kleiderkreisel.at* kann Kleidung gekauft, verkauft und getauscht werden. Wer auf der Suche nach einem exklusiven Stück ist, kann sich auf *pretalouer.de* DesignerInnenkleidung leihen statt kaufen. Und wollte man früher einen ganz bestimmten Song hören oder Film sehen,



Illustration: Ulrike Krauß

musste man eine CD oder eine DVD besitzen. Heute kann auf Musikdienste wie Spotify, Napster oder Simfy oder Streamingdienste wie Netflix, Amazon Prime Instant Video oder Snap by Sky zurückgegriffen werden.

MEHR TEILEN, MEHR KONSUM. Bei diesen alternativen Konsumformen spielen praktische Aspekte wie Preis, Verfügbarkeit und Qualität eine große Rolle. Laut einer repräsentativen Umfrage der Leuphana Universität Lüneburg, ist Nachhaltigkeit für KonsumentInnen ein wichtiger Faktor. Die Verbindung von gemeinschaftlichem Konsum mit dem Umweltgedanken sind ein naheliegender, da durch Mitbenutzung der Besitz und somit auch die zusätzliche Produktion eines Gutes nicht mehr notwendig ist. Das Problem dabei ist: Insgesamt weniger konsumiert wird nur, wenn privater Konsum durch gemeinschaftliche Nutzung ersetzt wird. Was aber, wenn durch die Angebote der Shareconomy neue Konsumwünsche geschaffen werden? Dass dies der Fall ist, vermutet auch Brigitte Kratzwald, Sozialwissenschaftlerin und Vertreterin der Commons-Bewegung, die das Ziel verfolgt, vorhandene Ressourcen gemeinschaftlich zu nutzen: „Das Konsumdenken der Menschen entwickelt sich in der Shareconomy nur in eine andere Richtung. Sie erkennen, dass sie durch diese alternative Konsumform noch mehr haben können als bisher. Durch Carsharing können sie dann jede Woche mit einem anderen Auto fahren und auf der Kleiderbörse können sie sich jede Woche etwas Neues zum Anziehen ausleihen.“ Carsharing-Angebote werden in großen Städten auch oft anstelle von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Taxis benutzt. Als Alternative zum privaten Auto oder Taxi nützt Carsharing der Umwelt – wird jedoch die

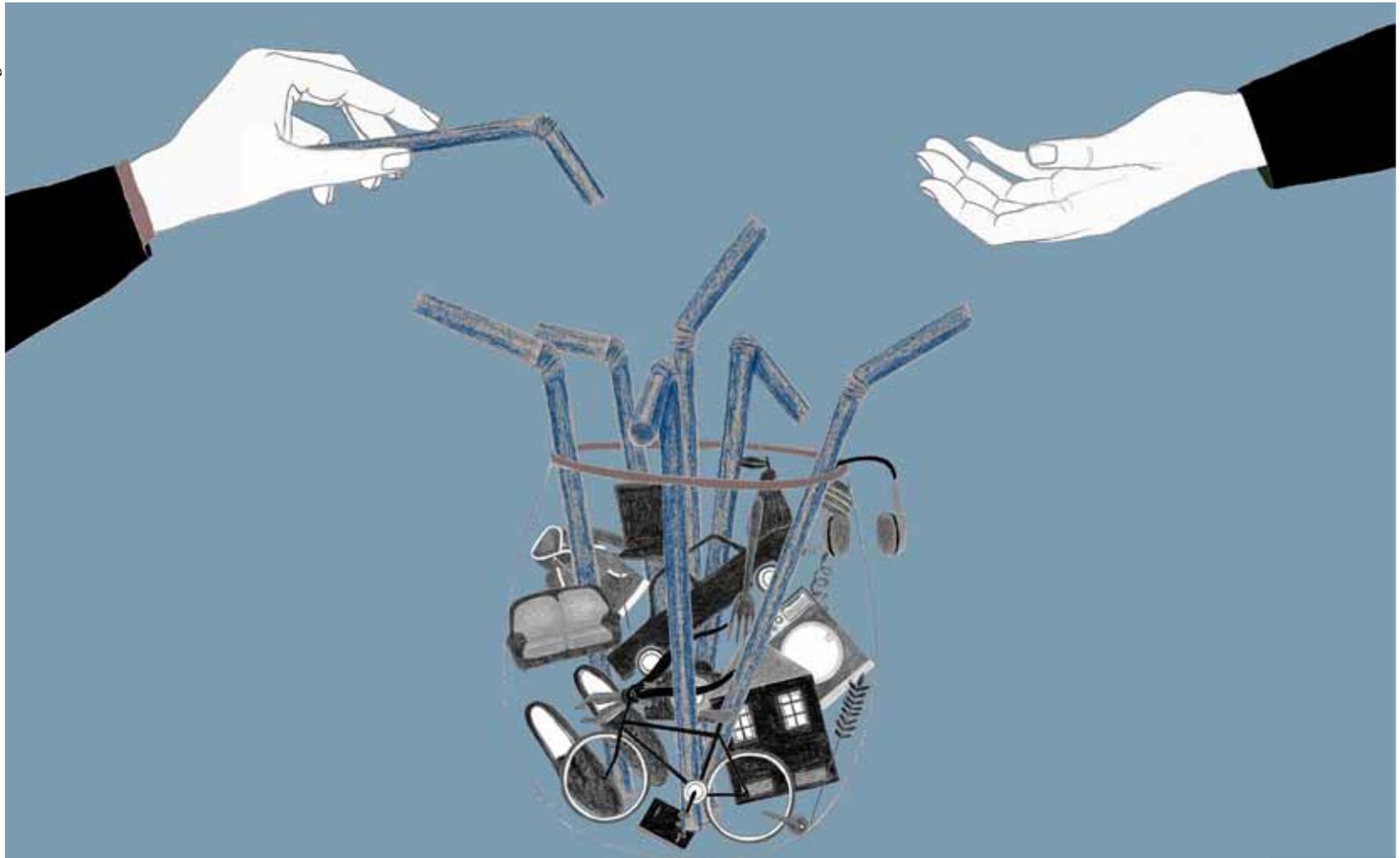
Bahn dadurch ersetzt, ist der Effekt auf die Umwelt negativ. Trotz dieser Vorbehalte scheinen hier die positiven Effekte auf die Umwelt jedoch zu überwiegen, wie eine Studie des Wuppertal Instituts bilanziert: Durch die oft sehr kleinen Mietwagen ist der Schadstoffausstoß niedriger als bei den meisten privaten Autos.

Dass Besitz und Eigentum zunehmend an Bedeutung verlieren werden, vermutete der Ökonom Jeremy Rifkin bereits um die Jahrtausendwende. Damals prognostizierte er, dass das Internet die Bedürfnisse einer Gesellschaft verändern werde. Der Wohlstand der Menschen werde nicht mehr ausschließlich über die Summe der Besitztümer gemessen. Er prophezeite, dass „die Ära des Eigentums zu Ende geht und das Zeitalter des Zugangs beginnt“. Besonders für junge Menschen ist es heute tatsächlich nicht mehr in dem Maße erstrebenswert, ein eigenes Auto oder Haus zu besitzen, wie das noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. Sowohl die Babyboomer-Generation als auch die sogenannte Generation X sind Generationen, die auf Statussymbole – wie etwa Auto, Boot und Haus mit Garten – Wert legen. Für die Generation Y haben materielle Privilegien keinen so hohen Stellenwert mehr – stattdessen zählen Freiheit, Flexibilität und Freizeit zu ihren wichtigsten Werten, wie einige Studien, etwa von Deloitte oder TNS, zeigen. Das liegt vor allem daran, dass sich die Lebensrealitäten geändert haben. Heute leben Menschen nicht mehr von Geburt an am selben Ort und verbleiben bis zur Pension im selben Job. Wer häufig den Wohnort oder den Job wechselt, kann Besitz und Eigentum auch als Belastung empfinden. Auf die Annehmlichkeiten, die Besitz

mit sich bringt, möchten viele Menschen dennoch nicht verzichten. Daher lautet ihr Credo: möglichst wenig Besitztümer anhäufen, die wir nicht ständig brauchen, und möglichst einfachen Zugriff auf Dinge, wenn wir sie brauchen.

RECHTLICHE GRAUZONEN. „Mein ist auch dein“ – so lautet die Kernbotschaft der Shareconomy. Das Prinzip wirkt auf den ersten Blick altruistisch, nachhaltig und sozial. BefürworterInnen sprechen von einem gemeinschaftsorientierten und ressourcenschonenden Lebensstil. Das scheint auch Matzlers Studie zu bestätigen: Er fand heraus, dass der Gemeinschaftsgedanke (75 Prozent), der Umweltgedanke (61 Prozent) und das Sparen (65 Prozent) zu den persönlichen Hauptmotiven für das Mieten, Leihen und Teilen zählen. KritikerInnen haben eine andere Sichtweise auf die Shareconomy: Die wenigsten AnhängerInnen seien daran interessiert, die Welt zu retten, und ein Ende der Konsumgesellschaft sei keineswegs in Sicht. „Ich sehe an der Shareconomy die Gefahr, dass noch mehr Dinge zur Ware und immer mehr Lebensbereiche über Geld geregelt werden. Früher habe ich ein freies Zimmer kostenlos aus Gastfreundschaft angeboten. Und heute vermiete ich es lieber auf Airbnb, um damit Geld zu verdienen“, so Brigitte Kratzwald. Vor allem aufgrund der Digitalisierung entwickeln sich zunehmend kommerzielle Formen des Teilens, die dem klassischen Kapitalismus Tür und Tor öffnen und in fast jeden Lebensbereich vordringen. Bei genauerem Hinsehen ist aus der Shareconomy ein Milliarden-geschäft geworden: Mit einem geschätzten Wert von 10 Milliarden US-Dollar spielt Airbnb in der gleichen Liga wie große Hotel-Ketten.

Illustration: Ulrike Krawagna



Für die KonsumentInnen geht die billige und schnelle Verfügbarkeit von Konsumgütern außerdem oft mit dem Verlust von Sicherheiten einher. Traditionelle DienstleisterInnen haben Auflagen einzuhalten: Hotels müssen Notausgänge, Feuerlöscher und Stornomöglichkeiten haben, Taxiunternehmen müssen Technik- und Gesundheitsüberprüfungen über sich ergehen lassen. Diese Bedingungen fallen bei den Sharing-Angeboten größtenteils weg. Die Konsequenz sind weniger Kosten für die AnbieterInnen und geringere Sicherheitsstandards für die KonsumentInnen. Deshalb verfolgen KonsumentInnenschützerInnen wie Nina Tröger von der Arbeiterkammer Wien das Thema genau: „Prinzipiell gilt bei Angeboten von Privatpersonen zu Privatpersonen das Konsumentenschutzgesetz nicht – außer wenn ein Unternehmen zwischengeschaltet ist, mit dem ein Vertrag eingegangen wird“, so Tröger. Auch wenn je nach Angebot unterschieden werden muss, gibt es bei Mitbenutzungen oft dieselben Probleme. „Wenn beispielsweise ein Schaden an dem geteilten Gut festgestellt wird – sei es Auto oder Zimmer –, kann es zu Streitigkeiten über Haftung und Schadenshöhe kommen.“ Diese Probleme dürften den meisten KonsumentInnen aber bewusst sein – in der Arbeiterkammer treffen diesbezüglich nur wenige Beschwerden ein.

Auch für AnbieterInnen gibt es zwei Seiten der Medaille. Wenn man sich einen Nebenverdienst erwirtschaften will, ist Uber mit flexiblen Arbeitszeiten und maximaler Selbstbestimmung eine gute Sache – denn FahrerInnen sind nicht angestellt, sondern selbständig. Bietet man seine Arbeitskraft auf einer dieser Plattformen an, bleibt man aber bei

Leistungen wie Mindestlohn, Sozialversicherung oder Krankengeld auf der Strecke.

Während die Ambivalenz für die direkt involvierten Personen offensichtlich ist, ist dieses Geschäftsmodell für die Unternehmen zweifelsohne profitabel. Sie streichen alleine für die Vermittlung Provisionen und Gebühren ein, während die Risiken zum Großteil bei den AnbieterInnen und KonsumentInnen liegen. Auffällig ist, dass sich in den meisten erfolgreichen Sparten große AnbieterInnen einen großen Teil des Marktsegments sichern. Die werden dann zum Selbstläufer: Je mehr Menschen eine App oder Website nutzen, desto besser funktioniert das Angebot.

Diese boomenden Onlineplattformen sorgen aber auf Seiten der Konkurrenz und des Staates nicht gerade für Begeisterungstürme. Vergangenes Jahr protestierten europäische TaxifahrerInnen gegen Uber, da sie ihren Berufsstand durch die unregulierten Angebote angegriffen sahen. Aber auch staatliche Institutionen reagierten zunächst mit einiger Härte. Das Finanzamt kann viel schwerer überwachen, ob Taxifahrten oder Wohnungen gewerbsmäßig vermittelt werden, da die neuen AnbieterInnen Privatpersonen sind. Einnahmen aus diesen Tätigkeiten müssten zwar versteuert werden, de facto stößt man hier aber an rechtliche Grauzonen und Grenzen der Kontrollierbarkeit. Steuerinbußen werden genauso befürchtet wie Schäden an etablierten Wirtschaftszweigen.

WHAT WOULD MARX DO? Die Zeitung Chronicle hat erhoben, dass in San Francisco zwei Drittel der Angebote auf Airbnb ganze Apartments oder Häuser sind. Das lässt erahnen, wie weit sich dieser Dienst

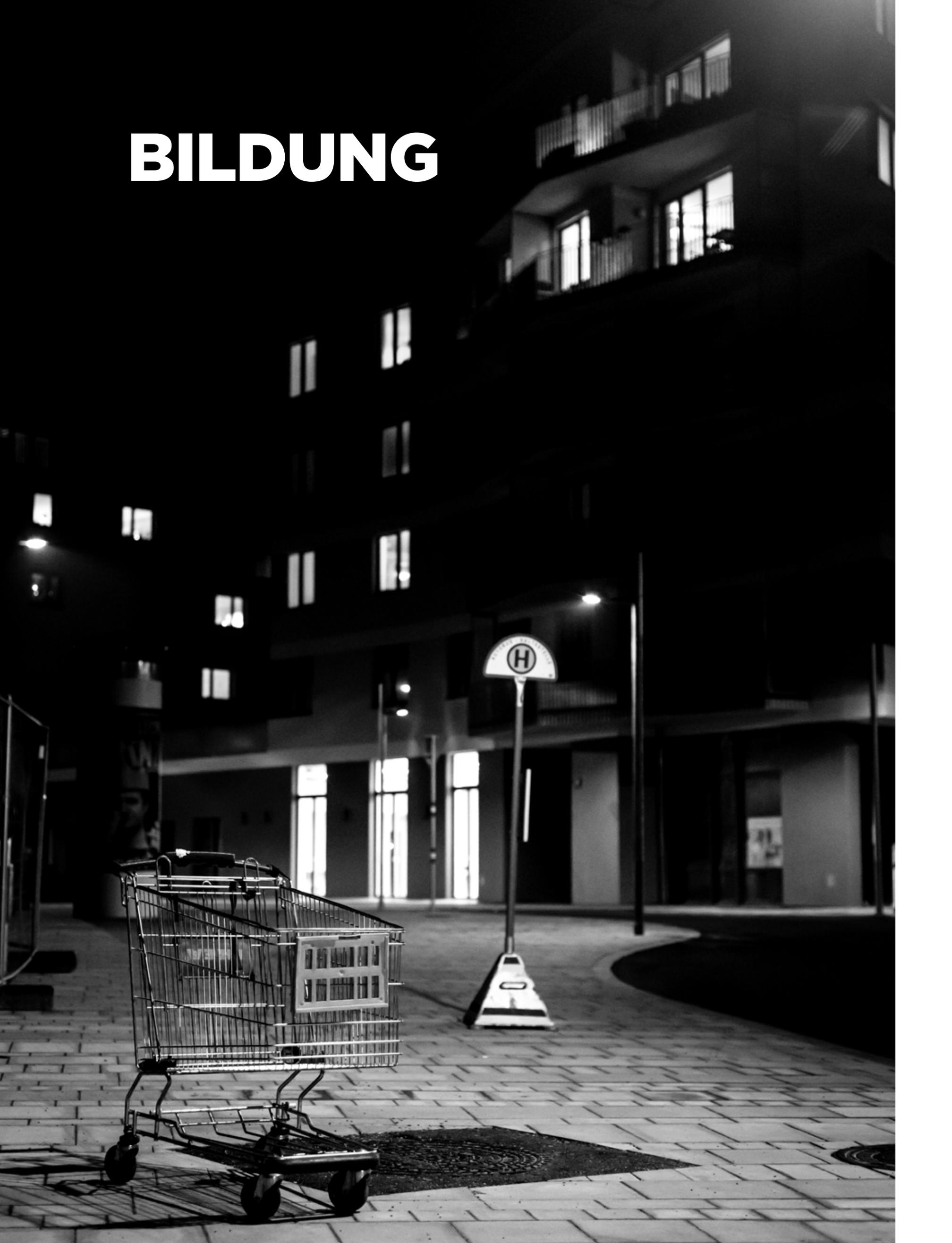
mittlerweile von den Anfängen des Couchsurfens entfernt hat. Während bei Couchsurfing Gästezimmer kostenlos zur Verfügung gestellt wurden und die Interaktion und Vernetzung mit den GästInnen im Vordergrund stand, ist bei der Zimmervermietung der kommerzielle Trend mittlerweile ausschlaggebend – es geht ums Geldmachen durch optimale Nutzung von Wohnbereichen durch kurzfristige Vermietungen. Der Anteil an langfristig vermieteten Wohnungen und Häusern ist mit drei Prozent zwar relativ gering, jedoch zeigt er ein Problem auf: Während in vielen Städten Mietpreisregulierungen gang und gäbe sind, um leistbares Wohnen sicherzustellen, können diese Regulierungsmaßnahmen durch langfristige Vermietungen über Internetportale wie Airbnb umgangen werden. Ob durch die zusätzliche Verknappung von Wohnraum durch kurzfristige Vermietungen die Mietpreise tatsächlich steigen, ist nicht geklärt – wissenschaftliche Studien dazu sind rar.

Jedenfalls steht die Shareconomy wohl nicht an der vordersten Front einer wirtschaftlichen Revolution. Obwohl viele Seiten von der aufkeimenden Wirtschaft des Teilens profitieren, ist sie tief eingebettet in eine kapitalistische Gesellschaft. Kommerzielle Platzhirsche schlagen Profit durch die Schaffung von neuen, unregulierten Märkten. Neue Bedürfnisse und Formen ihrer Befriedigung werden geschaffen und bringen eine Heerschar prekarisierter Arbeitskräfte mit sich.

Sandra Schieder studiert Journalismus und PR an der FH JOANNEUM Graz.

Philipp Poyntner studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien.

BILDUNG



Hört auf, solange ihr noch könnt!

Leistungsdruck, Versagensängste und prekäre Anstellungsverhältnisse: Zahlt es sich überhaupt noch aus, zu studieren? *progress* hat mit Studis gesprochen, die die Entscheidung für die Uni anzweifeln – aus guten Gründen.

Jung, erfolgreich und immer lächelnd. So werden Studierende auf den Webseiten von Universitäten, Fachhochschulen und Absolvent_innenvereinen gemeinhin dargestellt. Doch hinter den Kulissen spielen sich ganz andere Geschichten ab. Verbitterte Mienen und frustrierte Gesichter passen jedoch nicht in die Happy-Pepi-Welt der universitären PR-Abteilungen. „Hätte ich nicht studiert, hätte ich nicht drei Jahre meines Lebens weggeworfen“, resümiert Nina ihre akademische Laufbahn. Damit ist sie nicht alleine. Obwohl ihre Generation wohl die am besten ausgebildete, die internationalste und vielsprachigste ist, die jemals nach Hörsaal und Praktikum an die Pforten der Arbeitswelt geklopft hat, gibt es jene, die es bereuen, ein Studium begonnen oder auch absolviert zu haben. Unsere Gesprächspartner_innen, die von enttäuschten Erwartungen und Zukunftsängsten berichten, wollten anonym bleiben – für die Selbstdarstellung am Arbeitsmarkt sind ihre Geschichten wohl nicht förderlich. Wir haben im Folgenden daher alle Namen geändert.

WEGGEWORFENE ZEIT. Für Nina waren die drei Jahre, die sie studiert hat, schlichtweg weggeworfene Zeit. Ihre pädagogische Ausbildung musste sie kurz vor dem Abschluss aufgrund von Differenzen mit ihrem neuen Praxis-Betreuer abbrechen. „Er war der Meinung, es sei grob fahrlässig, mir einen Abschluss zu geben. Ich hätte die Praxis zwar wiederholen können, doch er versicherte mir, dass er mich nie durchlassen würde. Das Studieren ist für mich endgültig gestorben.“

Evas Lehramtsstudium war noch während der Studieneingangsphase zu Ende. Bereits am ersten Tag bereute sie ihre Entscheidung. In kaum einer Vorlesung bekam sie einen Sitzplatz und wenn sie mal eine Vorlesung verpasste, hieß es von den Kolleg_innen nur: Pech gehabt! „Niemand wollte mir helfen, da jede_r froh war, wenn einmal die Hälfte

fliegt und endlich jede_r einen Sitzplatz hat.“ Die Entscheidung, mit dem Studium aufzuhören, wurde ihr dann ohnehin abgenommen: Ein zweimaliges Durchfallen in der Pädagogik-Vorlesung mündete in einer lebenslänglichen Sperre für alle Lehramtsstudien. Auf Umwegen wurde Eva schlussendlich auf einem Kolleg für Sozialpädagogik glücklich.

Lucia bereut es, mit ihrem Studium an der Universität für Bodenkultur überhaupt begonnen zu haben. Der intellektuelle Anspruch gehe gegen Null: „Prüfungen bestehen in meinem Studium zu fünfzig Prozent aus stupidem Auswendiglernen des Skriptums, zu vierzig Prozent aus stupidem Reinsaugen eines Fragenkataloges und nur für die restlichen zehn Prozent muss mensch sich vielleicht wirklich ein paar eigene Gedanken machen. Das ist für mich allerdings keine Art, ein Studium zu absolvieren.“

Multiple-Choice-Tests, Knock-out-Prüfungen, schlechte Betreuungsverhältnisse und eine unreflektierte Auseinandersetzung mit dem Stoff sind gängige Praxis. Viele Studienanfänger_innen bringen allerdings eine gänzlich andere Erwartungshaltung mit. Auch Eltern, ältere Geschwister, Bekannte und Lehrer_innen haben in vielen Fällen wenig Ahnung von der heutigen Studienarchitektur und den, mit Verlaub, oftmals beschissenen Studienbedingungen.

GEH AUF DIE UNI, HAM'S G'SAGT. Anna meint rückblickend, sie hätte sehr glücklich werden können, wenn sie mit 16 eine Ausbildung zur Floristin gemacht hätte. Bezüglich ihrer abgebrochenen Ausbildung an einer Kunstuniversität berichtet sie von Zuständen, die einem Bootcamp ähneln, von Professor_innen, die Studis demütigen, und Auseinandersetzungen, die oft in Tränen endeten. „Für mich und meine Familie war es jedoch undenkbar, etwas anderes als Matura zu machen und anschließend zu studieren.“

Annas Erzählung erinnert stark an eine Studie von Gabriele Theling aus den 80ern, die sich unter dem Titel „Vielleicht wär' ich als Verkäuferin glücklicher geworden“ den schwierigen Bedingungen für Studentinnen aus Arbeiter_innenfamilien widmete. Die soziale Selektivität des österreichischen Bildungssystems ist bis heute von ungebrochener Aktualität, denn Bildung wird nach wie vor vererbt. Laut der aktuellen Statistik-Austria-Publikation „Bildung in Zahlen“ erreichen mehr als die Hälfte der 25- bis 44-Jährigen aus Haushalten, in denen ein Elternteil über einen akademischen Abschluss verfügt, ebenso einen solchen Abschluss. Unter Personen aus bildungsfernen Haushalten hingegen (mit Eltern, deren höchster Abschluss die Pflichtschule ist) erreichen nur etwa 6 Prozent einen akademischen Abschluss. Während es bei den einen um die Finanzierung des nächsten Urlaubes geht, geht es bei anderen um die Finanzierung des vollen Kühlschranks.

Steht auf der einen Seite die Unmöglichkeit oder Unvorstellbarkeit zu studieren und in eine fremde Welt einzutauchen, so sprechen andere Geschichten die Kehrseite der Medaille an. Aus der Chance zu studieren wird die Erwartung zu studieren, beziehungsweise wird das Studium zur vermeintlich einzigen Option für eine erfolgreiche Lebensgestaltung. Die jetzige BOKU-Studentin Lucia erinnert sich an die Worte ihres Gymnasiallehrers zurück: Fachhochschulen seien für Menschen, die nicht selbst denken wollten, die es einfach haben wollten. Natürlich könne man diesen einfachen Weg gehen, wenn man sich einem „echten“ Studium nicht gewachsen fühle.

Vor allem abseits der Ballungszentren mit vielen Wahlmöglichkeiten erscheinen die Bildungswege für viele Kinder aus Familien mit dem entsprechenden sozialen und finanziellen Hintergrund vorgefertigt. „Volksschule, Gymnasium und Matura. Was nun? Nach einem Abschluss am Gymnasium muss mensch



Foto: Natali Glisic

ja studieren, um überhaupt Chancen am Arbeitsmarkt zu haben“, beschreibt Lucia ihre Entscheidung, an der Uni zu inskribieren.

Am vermeintlich vorbestimmten Weg kommt jedoch häufig eine gewisse Orientierungslosigkeit auf. Peter berichtet, nach einigen Jahren Berufstätigkeit eigentlich aus Langeweile sein Kunstgeschichte-Studium begonnen zu haben. Nach dem Bachelor entschied er sich, leider, wie er nun sagt, für den scheinbar einfachsten Weg und hing den Master dran. Auch weil ihm seine Eltern ständig in den Ohr lagen und den Abschluss von ihm erwarteten – am besten mit Dissertation hinten nach.

KRIEGST AN GUTEN JOB, HAM'S G'SAGT.

Doch nicht nur schlechte Studienbedingungen oder die vermeintlich fehlende Alternative zum Studium bereiten Kopfzerbrechen. Amir machte sein Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft immer sehr gerne. Nebenbei schloss er auch noch in Politikwissenschaft ab. Von Anfang an wusste er genau, welche Inhalte er sich herausnehmen und was er damit machen will. Heute rät Amir jedoch dringend von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern ab: „Wenn ich mir im Nachhinein ansehe, wie viel Aufwand ich für mein Studium betrieben habe und was ich jetzt davon habe – es rechnet sich einfach nicht.“ Während des Studiums lebte Amir unter schwierigen Bedingungen, kam gerade noch so über die Runden. Und nach dem Studium war er erst mal jahrelang auf Arbeitssuche. Mit jeder Absage nahm auch der seelische Druck zu. „Bin ich denn unbrauchbar? Was habe ich im Leben falsch gemacht? Je länger der ersehnte Erfolg ausbleibt, desto tiefer dreht sich die Spirale nach unten, desto belangloser wird das Leben.“ Sein Fazit: Im Nachhinein würde er sich in Jus, Medizin oder einem technischen Studium besser aufgehoben fühlen. Geistes- und Sozialwissenschaftler_innen würden in

der Gesellschaft zu wenig honoriert und trotz ihrer Relevanz als „unbrauchbar“ abgestempelt.

Ein Problem, das auch Alina mit ihrem Medienwissenschafts- und Germanistikstudium nur zu gut kennt: „Es fällt mir zunehmend schwer, meinem Studium irgendeinen Wert zuzugestehen, wenn mir selbst von anderen Studierenden immer wieder gesagt wird, wie nutzlos es ist. Natürlich ist ein Studium nie umsonst und es hat mich bestimmt zu einem besseren Menschen gemacht, aber mit einer reflektierten Persönlichkeit kann man halt nicht die Miete zahlen.“ Daher rät sie ihren möglichen Nachfolger_innen: „Brecht euer Studium ab, bevor es zu spät ist! Wenn mensch noch nicht so lange wie ich drin ist, hat mensch die Möglichkeit, auszusteigen und doch noch eine Ausbildung anzufangen. Ich könnte mir vorstellen, dass eine Ausbildung zur Köchin oder Gärtnerin mir sehr viel mehr Freude bereitet hätte.“

NO FUTURE UND WIE WEITER? Aus Angst und Verzweiflung hat Denise bereits Tränen vergossen. Freitagabends sitzt sie mit ihrem Laptop am Bauch an ihrer Masterarbeit für ihr Soziologiestudium. „Das Arbeitsleben betreffend habe ich Angst, dass mich niemand will, dass mich die Arbeit nicht glücklich machen wird, dass ich mir selbst nicht genug sein werde. Aber leider will es sich nicht in mein Hirn einbrennen, dass sich mein Wert nicht durch meinen Arbeitswert bestimmt. Leider hab ich Angst davor, dass sich das nicht ändert, so arge, dass ich nicht schlafen kann.“

Franz Oberlehner, Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Studierende in Wien, spricht bei solchen Fällen von der Studienabschlussproblematik: „Für manche kann es sehr schwierig sein abzuschließen, weil oft nicht klar ist, was einen danach erwartet. Dies kommt aber nicht nur bei geistes- und

sozialwissenschaftlichen Studierenden vor. Selbst bei Medizin oder technischen Studien gibt es häufig Ängste vor dieser Schwelle. Das hat natürlich damit zu tun, dass der allgemeine Druck ständig größer wird“. Laut aktueller Studierenden-Sozialerhebung leidet fast ein Drittel der Studierenden unter Leistungsdruck und Versagensängsten, ein Fünftel unter Existenzängsten und depressiven Stimmungen. „Der Mythos vom studentischen Lotterleben war schon immer da und schon immer falsch. Aber die Studierenden internalisieren ihn mehr als früher. Sie kommen sich so vor, als würden sie nichts leisten“, so Oberlehner.

Auswege aus den unzähligen individuellen Krisen sind kaum zu formulieren. Sie alle sind Produkt einer Gratwanderung zwischen relativer Selbstbestimmung und dem Zurechtkommen in einer Gesellschaft, die sich zunehmend entlang ökonomischer Verwertbarkeit ausrichtet. Unter diesen Umständen eine Portion Selbstironie und Sarkasmus zu bewahren, fällt schwer. Die studierte Historikerin Stefanie Schmidt scheint jedoch genau darin ein Rezept gefunden zu haben, um mit der vermeintlich ausweglosen Situation klarzukommen. In der taz schreibt sie in ihrer pointierten Abhandlung zum arbeitslosen Akademiker_innen-Dasein: „Nach 400 Bewerbungen jedenfalls weiß ich nicht mehr, wer oder was ich eigentlich bin oder sein will. Gestern Unternehmensberaterin, heute Sozialarbeiterin, morgen Feuerwehrmann? [...] Das Resultat dieser Tortur ist, dass sich neben dem Ego noch zwei weitere entwickeln, von denen eines denkt, warum bist du damals nicht zur Fremdenlegion gegangen?“

Klemens Herzog studiert Journalismus und Neue Medien an der FH der Wirtschaftskammer Wien.

Gegen den Strom studieren

Mit einem Individuellen Studium können Studierende den strengen Bologna-Vorgaben entfliehen, ganz nach den eigenen Vorstellungen Fächer zusammenstellen und interdisziplinär studieren. So zumindest die Hoffnung. Doch lohnt sich der Aufwand?

Migrations- und Integrationsforschung, Wirtschaftswissenschaftliche Andragogik, Angewandte Ökologie und Abfallwirtschaft: Diese Studien hat es allesamt an österreichischen Universitäten gegeben. Manche gibt es in ähnlicher Form auch heute noch. In vielen Fällen allerdings nur ein einziges Mal: als Individuelles Studium. Die Möglichkeit, individuell zu studieren – also sich sein eigenes Curriculum zusammenzustellen –, wird seit Jahrzehnten von Studierenden genutzt, die sehr genaue Vorstellungen davon haben, was sie wollen.

Judith W. kam auf die Idee, individuell zu studieren, als sie im Laufe ihrer Bachelorstudien die ersten Praktika absolvierte. Die vielfältigen Inhalte, die sie für ihre Praktika benötigt hätte, waren in keiner der an der Universität Salzburg angebotenen Studienrichtungen gesammelt zu finden. „Ich habe schon den Eindruck, dass sehr im eigenen Fachbereich gedacht wird und nicht wirklich viel über diese Grenzen hinaus“, sagt Judith. Daher entschied sie sich für ein Individuelles Masterstudium: Migrations- und Integrationsforschung. Ihr Studium hat sie an den Instituten für Soziologie, Geschichte, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft interdisziplinär absolviert.

STUDIUM IRREGULARE. Seit 1966 gibt es an den staatlichen Universitäten Österreichs die Möglichkeit, ein Individuelles Studium zu belegen. Das bedeutet: eigener Studienplan, eigene Studienbezeichnung, eigener Karriereweg. Und die Möglichkeit, Vorreiter*in für andere Studierende in einem neuen Berufsfeld zu werden. Nicht wenige reguläre Studien haben sich aus Individuellen Studien entwickelt: So kann man heute Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur an der Universität für

Bodenkultur Wien, Internationale Entwicklung an der Universität Wien oder die Studienergänzung Migration Studies an der Universität Salzburg regulär studieren. Letztere wurde aus Judiths Studium der Migrationsforschung entwickelt.

Trotzdem ist der Anteil von Studierenden mit Individuellem Studium überschaubar. An der Universität Linz sind es etwa 0,5 Prozent. Diese Zahl ist über die Jahre nur leicht angestiegen. Was individuell studiert wird, ändert sich immer wieder: Während an der Universität Linz früher Wirtschaftsrecht das beliebteste Individuelle Studium war, ist es heute die Wirtschaftswissenschaftliche Andragogik – eine Spezialisierung der Erwachsenenbildung. „An den Individuellen Studien kann man ablesen, dass es in diesem Bereich eine Nachfrage gibt“, sagt Rebecca Haselbacher, Leiterin des Lehr- und Studienservices an der Universität Linz. Bei der Entscheidung, ein Individuelles Studium zu absolvieren, hält sie Beratung für das Wichtigste. „Ich würde jedem raten, es sich gut zu überlegen. Man muss viel Zeit und Energie in die Erstellung eines individuellen Curriculums stecken. Das, was normalerweise eine Studienkommission macht, macht dann eine Person alleine“, sagt sie und gibt zu bedenken: „Man muss auch später immer erklären, was man da studiert hat.“

Die Möglichkeit, individuell zu studieren, wird von den Universitäten kaum beworben. Auf vielen der Homepages der 21 staatlichen Universitäten fehlt der Hinweis auf Individuelle Studien sogar ganz. Was wiederum die Konkurrenz freut: Die Donau Universität Krems wirbt mit einem „Professional MBA Customized“ – „einem einzigartigen Studiengang, der perfekt auf individuelle Karriereziele abgestimmt werden kann“. Immerhin können vier der elf Modu-

le dieses „MBA Customized“ aus dem Angebot der Donau Uni frei gewählt werden. Und das lässt sie sich natürlich auch entsprechend bezahlen: 24.850 Euro kostet der komplett individuelle, maßgeschneiderte Masterabschluss. Für ein Studienkonzept, das alles andere als neu ist.

HISTORISCH GEWACHSENE STUDIEN. Während einige Individuelle Studien richtungsweisend für neue Studiengänge geworden sind, haben es andere Studien, wie etwa die Keltologie oder die Numismatik, trotz langjährigem Bestehen nicht in das reguläre Studienangebot geschafft. Das Institut für Numismatik an der Universität Wien wurde im Jahr 1965 gegründet und hält sich seitdem hartnäckig. Derzeit gibt es über 20 Masterstudierende und 14 Dissertierende – alle im Rahmen eines Individuellen Studiums. Ob aus einem Individuellen Studium ein reguläres wird, entscheidet das Rektorat der jeweiligen Universität. Am Institut für Numismatik bemüht man sich seit Jahrzehnten darum – ohne Erfolg.

Das Studium der Internationalen Entwicklung (IE) hatte da mehr Glück. Die Anfänge der IE gehen auf das Jahr 2000 und auf die Initiative einiger Lehrender und Studierender zurück. Die Pläne, das Studium der Internationalen Entwicklung regulär einzurichten, scheiterten zunächst. Deswegen wurde der Ausweg über das Individuelle Studium gewählt. „Zuerst waren es nur wenige Studierende, und dann ist das Studium explodiert“, erzählt Margarete Grandner, Studienprogrammleiterin der Internationalen Entwicklung. Mit der Bologna-Reform wurde die IE dann erstmals zum regulären Studium. In Zukunft wird allerdings nur noch das reguläre Masterstudium fortgeführt, für das heute insgesamt 510 Studierende zugelassen sind. Das Bachelorstudium läuft



Foto: Joe Shlabotnik

2016 – trotz heftiger Proteste – aus. „Interdisziplinäre Bachelorstudien werden verweigert. Das ist sehr bedauerlich“, sagt Grandner.

Die Aufnahme eines individuellen Curriculums in das reguläre Studienangebot ist letztlich eine Geldfrage. Für Roland Psenner, Vizerektor für Lehre und Studierende an der Universität Innsbruck, führt der Weg in die interdisziplinäre Spezialisierung daher eher über zahlenmäßig wenige, dafür aber breiter aufgestellte Bachelorstudien. „In jedem Studium muss es Platz für die individuelle Schwerpunktsetzung geben. Das würde uns von dieser ursprünglich sehr verschulten Bachelorstruktur wieder wegbringen“, sagt er.

Das Individuelle Studium würde er aufgrund des großen Aufwands nicht unbedingt empfehlen und gibt zudem zu bedenken: „Man bekommt nur einen ‚nackten‘ Titel.“ Zusätze, die auf eine bestimmte Fachrichtung schließen lassen – wie phil., iur., rer.soc.oec oder Sc. – fehlen dem individuellen Abschluss nämlich.

INDIVIDUELLER HÜRDENLAUF. Wer klare Vorstellungen vom künftigen Berufsfeld hat, wird kaum vor dem Aufwand eines Individuellen Studiums zurückschrecken. Die Universität Wien lässt allerdings über die Homepage des bisher zuständigen Studienpräses wissen, dass sie aufgrund des vielfältigen Studienangebots „geringen Bedarf an individuellen Studien“ sieht, und verweist auf die Möglichkeit der „Absolvierung von Erweiterungscurricula in den Bachelorstudien“ zur Individualisierung des Studiums. Darüber, wie eine entsprechende Individualisierung in Masterstudien, für die keine Erweiterungscurricula vorgesehen sind, zu erreichen ist, schweigt die Seite allerdings. Auf Nachfrage von *progress* erklärte das Büro des Studienpräses zwar, dass die Verantwortung

für Individuelle Studien seit dem 1. März 2015 bei der Vizerektorin für Lehre liegt, war aber sonst zu keinen weiteren Auskünften bereit.

Die Schwierigkeit, einfache Auskünfte über Individuelle Studien zu erlangen, gibt einen Vorgeschmack auf die bürokratischen Mühen, die mit ihnen einhergehen. „Es war ziemlich aufwändig“, erzählt Judith. Das Curriculum muss nämlich mit konkreten Lehrveranstaltungen erstellt werden. „Zwei Jahre später hat es dann nicht mehr genau dieselben Fächer gegeben. Ich musste deswegen immer wieder Kurse anrechnen lassen.“

Ein eigenes Curriculum zu schreiben ist zudem kein einfaches Unterfangen. „Ich würde mit den Leuten sicherlich diskutieren, ob es nicht eine einfachere Möglichkeit gibt. Man verliert natürlich auch Zeit“, so Vizerektor Psenner. Andererseits gehören gerade individuell Studierende zu den engagiertesten. „Über Studierende, die sich so viele Gedanken machen, muss man eigentlich froh sein“, meint Psenner.

Individuell zu studieren war aber nicht immer so schwierig wie heute. Ilse K. entschied sich 1994 dafür, sich ihr eigenes Studium „Angewandte Ökologie und Abfallwirtschaft“ zusammenzustellen. Damals nannte man das noch Studium Irregulare. „Man hat den Studierenden früher mehr Freiheit gegeben. Bei dem Studium konnte man fächerübergreifend machen, was man wollte. Die Zusammenstellung war ganz mir überlassen“, sagt sie. Vor allem im Bereich des Umweltschutzes gab es zu dieser Zeit auch andere irregulär Studierende auf der BOKU. „Aber es waren eine Handvoll“, sagt Ilse. „Die Uni hat dann diese Möglichkeit eingeschränkt, weil man Angst hatte, dass die Studierenden mit den Studien in der Wirt-

schaft nichts anfangen können. Was ja zum Teil auch gestimmt hat.“

UND WER BRAUCHT SOWAS? Ob potentielle Arbeitgeber*innen ein Individuelles Studium als Vorteil oder als Nachteil werten, sei der Einschätzung eines*r jeden selbst überlassen. Die Antwort auf diese Frage wird so verschieden wie die Individuellen Studien selbst ausfallen. Mit ihrem irregulären Studium hat Ilse zehn Jahre erfolgreich in der Privatwirtschaft als Ziviltechnikerin für Altlastensanierung gearbeitet. „Nachher im Beruf hab‘ ich schon festgestellt, dass ich gewisse Lücken habe, zum Beispiel in der Technik“, sagt sie. „Dafür hatte ich auf der anderen Seite aber auch Vorteile aufgrund meiner Chemiekennnisse.“ Ilse bereut ihre Entscheidung nicht. „Ich habe studiert, was mich interessiert hat“, sagt sie.

Manchmal treffen Studierende mit ihrer individuellen Karriereplanung den Nerv der Zeit und gestalten mit ihrem Curriculum ein sich gerade entwickelndes Berufsfeld mit – manchmal auch nicht. „Gerade mein Thema ist eine Querschnittsmaterie. Ich habe wirklich die Grundlagen aus den verschiedenen Bereichen mitbekommen“, sagt Judith. Zweifel an ihrer Studienwahl kamen ihr nie. „Je länger ich studiert habe, desto überzeugter war ich davon“, sagt sie. „Auch wenn die Lehrveranstaltungen keine inhaltlichen Überschneidungen hatten, hat insgesamt alles zusammengepasst.“ Im Berufsleben hat sie mit ihrem Individuellen Studium oft einen klaren Vorteil: „Bei der Kommunikation zwischen den einzelnen Disziplinen tue ich mir sehr viel leichter als andere.“

Verena Ehrnberger ist Juristin und studiert Komparatistik an der Universität Wien.

Keine Studienbeihilfe für FH-Studis?

Personen, die einen Vorbereitungslehrgang für eine Studienberechtigungsprüfung absolvieren, haben Anspruch auf Studienbeihilfe – alle, bis auf zukünftige FH-Studierende. Nun wurde eine neue Verordnung erlassen.

Studieren ohne Matura? Sobald die Studienberechtigungsprüfung erfolgreich absolviert wurde, ist das kein Problem. Ob an einer Universität, Pädagogischen Hochschule oder Fachhochschule: Im Vorfeld müssen zur Vorbereitung auf die Studienberechtigungsprüfung ein- bis zweisemestrige Vorbereitungslehrgänge besucht werden. Nach Studienförderungsrecht haben neben ordentlichen Studierenden auch Personen, die sich auf eine Studienberechtigungsprüfung vorbereiten, Anspruch auf Studienbeihilfe. Für die Zuerkennung müssen bestimmte Voraussetzungen – wie etwa finanzielle Förderungswürdigkeit – erfüllt sein. Personen, die diese Voraussetzungen mitbringen, bekommen – je nachdem, wie viele Prüfungen sie ablegen müssen – ein bzw. zwei Semester Studienbeihilfe. Alle, bis auf jene, die sich auf eine Studienberechtigungsprüfung für ein Fachhochschulstudium vorbereiten. Um diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, wurde nun eine entsprechende Verordnung erlassen. Aber alles von Anfang an.

KEINE GLEICHSTELLUNG. 2013 wandte sich ein Betroffener mit einer Beschwerde an die Volksanwaltschaft und brachte vor, dass er seit dem Wintersemester 2012/2013 einen zweisemestrigen Vorbereitungslehrgang für die Studienberechtigungsprüfung an einer Fachhochschule absolvierte. Ab Oktober 2013 plante er, an dieser Fachhochschule zu studieren. Für den Studiengang hatte er – unter der Voraussetzung der positiven Absolvierung der Studienberechtigungsprüfung

– bereits eine Studienplatzzusage. Für die Zeit des Besuchs des Vorbereitungslehrganges hatte er einen Antrag auf Studienbeihilfe eingebracht, der von der Studienbeihilfenbehörde abgewiesen wurde. Grundlage für den negativen Beihilfenbescheid war die gültige Rechtslage: Nach dem Studienförderungsgesetz haben nur Personen, die sich auf eine Studienberechtigungsprüfung an einer Universität oder Pädagogischen Hochschule vorbereiten, Anspruch auf Studienbeihilfe, nicht aber jene, die dies auf einer Fachhochschule tun. Diesbezüglich fehlte eine Verordnung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen es zu Benachteiligungen von FH-Studierenden gegenüber Uni-Studierenden kommt (vgl. *progress* 4/14). „Das Problem liegt hier in der unterschiedlichen gesetzlichen Verankerung von Universitäten und Fachhochschulen. Die Vollziehung der Studienvorschriften im Rahmen der Hoheitsverwaltung muss endlich auch für die Fachhochschulen gelten. Rechtlich würde das heißen, das Fachhochschul-Studiengesetz um einen einzigen Satz auszuweiten. Das wird allerdings seit 20 Jahren blockiert“, so ÖH-Vorsitzende Viktoria Spielmann, die hier Versäumnisse ortet.

SCHIEFE LOGIK. Der Betroffene konnte nicht nachvollziehen, dass eine solche Verordnung bislang nicht erlassen wurde und sah darin eine grobe Ungleichbehandlung. Damit ist er nicht allein. Die 19-jährige Olivia Hawelka

studiert Marketing und Kommunikationsmanagement und hatte im Vorjahr an der Fachhochschule Kufstein einen Vorbereitungslehrgang besucht. Sie kann diese Ungleichbehandlung weder verstehen, noch nachvollziehen. Es sei „absurd, auf wie vielen verschiedenen Ebenen Studierende und zukünftige Studierende an Fachhochschulen benachteiligt werden“. Auch die Volksanwaltschaft hinterfragte die sachliche Begründung für diese fehlende Verordnung.

Daraufhin erklärte der damalige Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Karlheinz Töchterle, dass mit der Absolvierung eines Vorbereitungslehrganges an einer Fachhochschule noch keine automatische Zulassung zu einem Fachhochschulstudium verbunden sei. „Dem hielt die Volksanwaltschaft entgegen, dass es mittlerweile zahlreiche Studienrichtungen an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen gibt, bei denen nach Absolvierung der Studienberechtigungsprüfung ebenfalls erst noch Auswahl- und Eignungsverfahren durchlaufen werden müssen, um zum gewünschten Studium zugelassen zu werden“, so der zuständige Volksanwalt Peter Fichtenbauer.

Dieser kritisierte diese Vorgangsweise auch im Bericht an das Parlament 2014 und regte an, Personen, die einen Vorbereitungslehrgang für eine Studienberechtigungsprüfung an einer Fachhochschule besuchen, Studienbeihilfe unter den gleichen Bedingungen zu gewähren wie anderen Personen,

die sich auf eine Studienberechtigungsprüfung vorbereiten.

NEUE VERORDNUNG. Schlussendlich konnte das Bundesministerium überzeugt werden. Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Reinhold Mitterlehner bestätigte die „Absicht“, die Kandidatinnen und Kandidaten an Fachhochschulen mit denen der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen gleichzustellen. Die erforderliche Verordnung wurde auch mit Wirkung ab dem Studienjahr 2014/15 erlassen und damit sind nun gleiche Bedingungen für alle gegeben.

Olivia Hawelka hätte sich diese Verordnung schon früher gewünscht. Rückwirkend kann sie keinen Antrag mehr stellen. Anders sieht es für die 22-jährige Döndü Ersoy aus: Sie ist besonders erfreut über die neue Verordnung. Aufgrund des Vorbereitungslehrganges musste sie ihren Vollzeitjob auf Teilzeit reduzieren und verdient dadurch wesentlich weniger. „Nun kann ich es endlich angehen und auch einen Antrag auf Studienbeihilfe stellen“, sagt sie. „Wir begrüßen, dass nun alle Studierenden die Möglichkeit haben, in der Zeit der Prüfungsvorbereitung finanziell entlastet zu werden. Die Verordnung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“, schließt Spielmann.

Sandra Schieder studiert Journalismus und Public Relations an der FH JOANNEUM in Graz.



„Es ist ein bisschen ein Theater“

Fotos: Dieter Diskovic

In der griechischen Hochschulpolitik haben schon viele spätere ParlamentarierInnen ihre Krallen geschärft. Die Studierendenvertretung hat dabei bemerkenswerte Mitsprachemöglichkeiten bei zentralen universitären Themen.

Beim Betreten einer griechischen Universität springt sofort die ausgeprägte Politisierung ins Auge: Man findet sich in einem bunten Gewirr aus politischen Plakaten, Transparenten und Graffitis wieder. Im Frühling ist dieses Szenario sogar noch ein wenig auffallender, denn zu dieser Zeit findet der Wahlkampf für die jährlichen Studierendenvertretungswahlen statt. Von fast allen im Parlament vertretenen Fraktionen gibt es Studierendenorganisationen, hinzu kommen unzählige Splitter- und Kleingruppen. An jedem Institut wählen die Studis ihre eigene Interessensvertretung, welche wiederum Teil einer gesamtgriechischen Studierendenunion ist, wobei die Mitgliedschaft in dieser im Gegensatz zu Österreich freiwillig ist.

AUSZÄHLUNG IM AUDIMAX. Im Kampf um die Stimmen kommen verschiedene Strategien zum Einsatz. Giorgos Kokkinis, früher in einer Syriza-nahen Liste an der Universität von Thessaloniki engagiert, erzählt: „Es gibt an jeder Uni permanente Beratungsstände der Fraktionen, dort erledigt man für die Erstsemestrigen den ganzen Papierkram. Nebenbei lädt man die Leute zum nächsten Plenum ein und versucht sie für die politische Sache zu gewinnen.“ Außerdem werden Lernhilfen, Konzerte und Partys organisiert oder man greift zu weniger subtilen Methoden wie Megafon und Wahlplakat.

Ist die Wahl geschlagen, findet die Stimmenauszählung öffentlich im größten Raum der Universität statt. „Dort herrscht eine ganz eigene Stimmung. Die AnhängerInnen der verschiedenen Parteien versuchen sich gegenseitig mit Parolen zu übertönen, manchmal kommt es zu Handgreiflichkeiten. Einmal haben AnarchistInnen den Raum gestürmt und die Wahlurnen gestohlen. Wenn du mich fragst: Das Ganze ist ein bisschen ein Theater“, sagt Kokkinis. Im Unterschied dazu erinnert der Wahlausgang dann meist doch an die österreichische Hochschulpolitik: Die meisten Stimmen erhält in der Regel die konservative Studierendenpartei DAP, was – so munkelt man – den Stimmen der eher unpolitischen Studierenden und

dem intensiven Organisieren von Partys zu verdanken ist. Ihr gegenüber stehen mindestens fünf linke Organisationen, die zusammen die DAP überflügeln: von kommunistisch über trotzkistisch bis zu sozialdemokratisch.

STARKES MITSPRACHERECHT. Die Studierendenvertretung besteht aus zwei Gremien: Auf der einen Seite die Generalversammlung, an der jedes Mitglied der Studierendenunion teilnehmen kann und die der Entscheidungsfindung dienen soll. Sie ist durch Plena und Abstimmungen gekennzeichnet und wird von der jährlichen Wahl kaum beeinflusst. Hier werden Diskussionen, aber auch Proteste und Sit-Ins organisiert. Besetzungen sieht Kokkinis nicht nur positiv: „Sie werden meiner Meinung nach zu häufig eingesetzt, auch bei nebensächlichen Themen. Dadurch werden sie von einigen nicht mehr ernst genommen.“

Die Entscheidungen der Generalversammlung sollen vom gewählten und formelleren Verwaltungsrat umgesetzt werden. Seit einer sozialdemokratischen Reform im Jahr 1981 hat der Rat eine beeindruckende Fülle an Befugnissen und kann beinahe auf gleichberechtigter Basis mit der Fakultät mitbestimmen. Die Mitglieder des Rates können RektorInnen und DekanInnen wählen und an allen administrativen Konferenzen ihrer Universität teilnehmen. Obwohl schon öfter versucht wurde, den Einfluss des Verwaltungsrates zu begrenzen, ist sein universitäres Mitspracherecht im internationalen Vergleich nach wie vor herausragend. Dieses hohe Ausmaß an Mitbestimmungsmöglichkeiten führt dazu, dass die Politik der Studierendenvertretungen für die Parlamentsparteien von höherem strategischen Interesse ist: Wer es schafft, Abstimmungsergebnisse zu beeinflussen, kann loyale KandidatInnen in hohe Positionen hieven.

Kokkinis ist sich dieser Problematik bewusst, trotzdem zieht er eine positive Bilanz: „Die griechische Studierendenpolitik ist aktiv, lebendig und kritisch.

Man setzt sich mit wichtigen gesellschaftlichen Themen auseinander und hinterfragt den Status quo. Ohne die Studierenden hätte es keinen so breiten Widerstand gegen die EU-Memoranden gegeben. Die griechische Jugend ist vielleicht eine der politisch engagiertesten in Europa.“

Wer sich in der turbulenten Uni-Politik bewährt, schafft es später nicht selten in das griechische Parlament. Ein aktuelles Beispiel ist der frischgewählte Ministerpräsident Alexis Tsipras. Er hat sein politisches Geschick zuerst in der SchülerInnenpolitik und später am Athener Polytechnikum trainiert.

HISTORISCHE RELEVANZ. Wie kommt die griechische Hochschulpolitik zu diesem überdurchschnittlich großen Einfluss? Für eine mögliche Antwort müssen wir in die Zeit zwischen 1967 und 1974 zurückblicken, als Griechenland von einer Militärdiktatur beherrscht wurde. Nach dem wiederholten Verbot der jährlichen Hochschulwahlen gab es Widerstand an den Universitäten, auf den die Junta mit dem Polizeiknüppel reagierte. Die Studierendenproteste eskalierten und gipfelten schließlich in der Besetzung des Polytechnikums. Das Ziel des Aufstandes waren nun nicht mehr bloß freie Hochschulwahlen: Über einen PiratInnensender wurde zum Sturz des Militärregimes aufgerufen. In der Nacht auf den 17. November 1973 stürmte das Militär mit Panzern die Universität und schlug die Revolte blutig nieder. Bis heute gedenkt man der Opfer dieses Ereignisses mit einem jährlichen Marsch. Für die Junta sollte sich die Niederschlagung der Besetzung bald als Pyrrhussieg entpuppen: Die internationale Unterstützung begann zu schwinden, nur wenige Monate später war das Regime Geschichte. Auf diese Weise haben die verbotenen Hochschulwahlen und die darauf folgenden Studierendenproteste den Übergang von der Diktatur zur Demokratie vielleicht nicht verursacht, bestimmt aber beschleunigt.

Dieter Diskovic studiert Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien.



Foto: wikimedia.org



Foto: aspern-seestadt.at



Foto: www.bilanz.ch



Foto: Dennis Skley

WER INAKTIV IST, FLIEGT?

Laut dem Unibericht 2014 steigt die Zahl „inaktiver“ Studierender. Derzeit soll der Anteil sogenannter „prüfungsinaktiver“ Studis, also jener, die jährlich weniger als 16 ECTS absolvieren, bei 49 Prozent liegen. Da das Uni-Budget über die aktiven Studierenden ermittelt wird, schlägt Noch-WU-Rektor Badelt vor, Studierende, die ein oder zwei Jahre inaktiv sind, zu exmatrikulieren. Da passive Studierende in beschränkten Fächern deutlich seltener sind, spricht er sich auch für weitere Zugangsbeschränkungen aus. Die ÖH-Bundesvertretung kritisiert eine solche Auslegung des Uni-Berichts und warnt davor, die sozialen Auswirkungen solcher Maßnahmen zu übersehen.

ÖKOLOGISCHES STUDIHEIM.

Am 1. März 2015 wurde in der Wiener Seestadt Aspern ein außergewöhnliches Studierendenwohnheim eröffnet: Das GreenHouse bietet 102 Wohnplätze, die dem Passivhaus-Standard entsprechen. Sämtliche im Haus benötigte Energie wird durch Photovoltaikanlagen gewonnen. Ab 388 Euro monatlich können Studierende das von der Österreichischen Jungarbeiterbewegung (ÖJAB), der Wohnbauvereinigung für Privatangeestellte (WBV-GPA) und der OeAD-WohnraumverwaltungsGmbH gestaltete grüne Heim bewohnen, das passenderweise in der Sonnenallee liegt. Wer in dem Öko-Studiheim leben will, kann sich unter housing.oead.at anmelden.

ZUKUNFT ZUHAUSE.

Im Studienjahr 2012/13 machten knapp 8.000 ausländische Studis an österreichischen Unis ihren Abschluss. Laut Studierenden-Sozialerhebung plant jedoch nur knapp ein Drittel, anschließend hier zu arbeiten. 24 Prozent gaben an, in ihr Heimatland zurückkehren zu wollen, dem Rest war der weitere Weg noch unklar. Das wäre keine Meldung wert, wäre da nicht Rouven Ertlschweiger, Wissenschaftssprecher des Team Stronach. Der sprach sich dafür aus, ausländische AkademikerInnen zum Verweilen in Österreich zu motivieren, damit diese sich „steuerlich für ihre Ausbildung revanchieren“. Ertlschweiger vergisst, dass auch ausländische Studierende im Laufe des Studiums in Österreich Steuern zahlen.

SOCIAL SKILLS ALS AUFNAHMEKRITERIUM.

Zum Anmeldebeginn des diesjährigen Aufnahmeverfahrens für Human- und Zahnmedizin an den Universitäten Wien, Innsbruck, Graz und Linz wurden Veränderungen des Eignungstests bekanntgegeben. Der bisher aus Teilen zu „Basiskennnissen“, „Textverständnis“, „manuellen Fähigkeiten“ und „kognitiven Fähigkeiten“ bestehende Test wird um den Teil „soziales Entscheiden“ erweitert. Hier sollen relevante Aspekte der Entscheidungsfindung in sozialen Situationen geprüft werden. Außerdem wird der Test um eine Stunde verkürzt. Die Online-Anmeldung läuft noch bis zum 31. März.

Alisa Vogt studiert Psychologie und Germanistik an der Universität Wien.

fad, aber wichtig

Gut versichert!

Wer den ÖH-Beitrag dieses Semester bereits eingezahlt hat, wird es bemerkt haben: Der Beitrag für die Versicherung ist von 50 auf 70 Cent gestiegen. Seit dem 1. Oktober 2014 sind alle Studierenden in Österreich, egal ob sie an einer öffentlichen oder privaten Uni, FH oder PH studieren, bei der Generali AG versichert. Dabei sind alle Unfälle und Schäden gedeckt, die im Rahmen des Studiums

entstehen können. Dazu gehört auch alles, was auf dem Weg zu oder von Hochschulen und Studierendenheimen passiert. Auch Unfälle und Schäden, die bei Veranstaltungen mit direktem Bezug zum Studium, wie z.B. Exkursionen, Ausflügen, USI-Kursen, ÖH-Veranstaltungen oder Praktika bzw. Famulaturen entstehen, sind vom Versicherungsschutz umfasst. Der gilt übrigens auch bei Auslandssemestern

und erstreckt sich fast auf die ganze Welt – mit der Ausnahme von Nordamerika, wo der Haftpflichtschutz nicht gilt. Auch längere Krankheitsfälle sind abgedeckt: Wer über drei Wochen im Krankenhaus bleiben muss, bekommt die Hälfte der Studiengebühren zurückerstattet. Alle weiteren Informationen, Kontaktadressen und die Polizzennummer finden sich auf oeh.ac.at/versicherung. (JA)

Gut vertreten?

Im Mai finden vom 19. bis 21. bekanntlicherweise die ÖH-Wahlen statt. Über die Neuerungen wie die wieder eingeführte Direktwahl und das aktive und passive Wahlrecht für Drittstaatsangehörige hat *progress* schon berichtet. Auch die Tatsache, dass die ÖH-Bundesvertretung unter dem Hashtag *#oeh15* einen Slogan für die Wahlkampagne sucht und es dabei Festivaltickets

zu gewinnen gibt, sollte sich mittlerweile rumgesprochen haben. Wir wollen an dieser Stelle also kurz dazu anregen, auch das passive Wahlrecht bei der kommenden Wahl zu nutzen. Die Wahllisten für viele Studienvertretungen, die Studierende von einem oder mehreren ähnlichen Studien gegenüber Lehrenden und der Uni vertreten, sind nämlich oft fast leer. Wer

sich also schon öfters über unfaire Prüfungen, zu spät verbesserte Seminararbeiten, miese Beratung und zu wenige Festln geärgert hat, sollte sich dringend überlegen, sich als Kandidat_in für die Studienvertretung aufstellen zu lassen. Informationen zur Kandidatur gibt es bei der lokalen ÖH, der Wahlkommission und auf wahl.oeh.ac.at. (JA)

POLITIK



Stadt der Mädchen

Brasiliens Regierung will zwischen Rio de Janeiro und São Paulo eine Zugverbindung errichten, die direkt durch das größte Rotlichtviertel Rios führen soll. Dabei haben die Frauen* der Vila Mimosa ganz andere Pläne: Sie wollen einen Raum der Selbstermächtigung schaffen.

Am Nachmittag ist die Straße noch feucht vom Regen der Nacht. Der beißende Geruch von Alkohol und Urin liegt in der Luft – diesen können selbst die Unmengen an Wasser nicht wegspülen. Auf den Gehsteigen sammeln sich Berge von Müll, Musik mit dröhnendem Bass beschallt die Umgebung. Während die letzten Lastwagen die Straße Richtung Ausfahrt verlassen, haben die Frauen* in den Bars gegenüber des Kühlhauses ihre Arbeit längst begonnen. Leicht bekleidet sitzen sie auf den Terrassen mit verschnörkelten Geländern und warten auf Kunden.

Die Vila Mimosa (dt.: „das süße Städtchen“) ist das größte und älteste Sexarbeiter*innenviertel von Rio de Janeiro. 1.500 Frauen* arbeiten hier in Schichten und bieten ungefähr doppelt so vielen Männern täglich ihre Dienste an. Das Viertel hat Tradition, doch Politik und Gesellschaft würden seine Existenz am liebsten leugnen. In der Vergangenheit wurden die Sexarbeiter*innen immer wieder von ihren angestammten Plätzen vertrieben. Zuletzt 1996, als die Bordelle in der Nähe des Zentrums von Rio de Janeiro einem hochmodernen Telekommunikationszentrum weichen mussten.

Damals fanden die Frauen* in einem alten Industrieviertel zwischen zwei Eisenbahnstrecken einen neuen Ort für ihre Arbeit. Vier Straßen umfasst die Vila Mimosa heute und hat sich inzwischen zu einem Mikrokosmos aus Bordellen, Bars, Verkaufsständen und kleinen Wohnhäusern entwickelt. Doch jetzt bedroht ein großes Verkehrsprojekt das Weiterbestehen des Rotlichtviertels: Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff will eine neue Schnellzuglinie zwischen Rio de Janeiro und São Paulo direkt durch das Viertel bauen lassen.

In der Ceará-Straße, nur wenige Meter von den Bars entfernt, steht zwischen Motorradwerkstätten

und Rockclubs ein unscheinbares Gebäude. Auf einer Anschlagtafel neben dem Eingang werden Sprach- und Informatikkurse angeboten. In einem der Räume schmückt ein Blatt Papier die dunkelblau gestrichene Wand. „Gib dein Bestes, damit auch du immer das Beste bekommst“, steht darauf geschrieben. Und: „Gestalte deinen Arbeitsplatz so wie die schönste Ecke deines Zuhauses.“ Es sind gut gemeinte Ratschläge, die auf dem Zettel notiert wurden. Dabei sieht der Raum nicht so aus, als hätte man sich an diese Weisheiten gehalten. Das kühle Licht wirkt wenig einladend, aus dem Nebenzimmer dringen hallende Stimmen, von den Wänden blättert die Farbe ab. „Sehr schön ist es hier nicht“, sagt Cleide Almeida mit einem Seufzer, während sie sich an einen der Tische setzt.

BILDUNG UND SELBSTERMÄCHTIGUNG.

Obwohl sie seit beinahe zwanzig Jahren in diesem Gebäude arbeitet, hat Almeida kein eigenes Büro. Darum empfängt sie ihre Gäste in einem der provisorisch eingerichteten Unterrichtsräume. Die 50-Jährige ist Sozialarbeiterin bei AMOCAVIM, der Interessensvertretung der Sexarbeiter*innen der Vila Mimosa, eine energiegeladene Frau mit rot gefärbtem Haar und blau lackierten Fingernägeln. Während sie spricht, schlägt sie immer wieder mit der flachen Hand auf den Tisch. Schon früh lernte sie, sich durchzusetzen. Und sie kennt das Viertel wie ihre Westentasche.

Die Vila Mimosa steht für 24-Stunden-Betrieb und billigen Sex. Umgerechnet zehn Euro kostet eine halbe Stunde Programm. Viel weniger als an der zehn Kilometer weit entfernten Copacabana. Vor allem Frauen* aus armen Vororten kommen zum Arbeiten in die Vila Mimosa. Viele hätten sich von ihren PartnerInnen getrennt und müssten plötzlich das Geld für die Kinder alleine aufbringen, sagt

Almeida. „Sie kommen mit der Idee, vorübergehend hier zu arbeiten. Ein Großteil aber bleibt in der Vila Mimosa hängen.“

Cleide Almeida ist in dem Rotlichtviertel groß geworden. Ihr Vater war Alkoholiker und schlug die Mutter immer wieder. Als Almeida sieben Jahre alt war, verließ die Mutter mit ihren zehn Kindern den gewalttätigen Mann und begann zuerst als Schneiderin, später als Köchin in der Vila Mimosa zu arbeiten. „Mit 18 habe ich den Verkaufsstand übernommen“, sagt Cleide Almeida. In der Sexarbeit tätig war sie nie. Doch sie kennt die Frauen* des Viertels, ihre Schicksale und Sorgen.

Als die Sexarbeiter*innen 1996 umziehen mussten, ging sie mit und begann für AMOCAVIM zu arbeiten. Cleide Almeida koordiniert die Sozial- und Gesundheitsprojekte der Organisation. Viele der Frauen* wollen aus der Prostitution aussteigen, sagt sie. Dazu gäbe es nur einen Weg: Bildung. Genau darauf setzt AMOCAVIM und steht dabei vor allem für eines ein: Selbstermächtigung.

BEDÜRFNISSE DER SEXARBEITER*INNEN.

Das erkannte auch Guilherme Ripardo, als er 2005 ein Thema für seine Abschlussarbeit suchte. Der Architekturstudent schlug sich die Wochenenden in den Rockbars der Ceará-Straße um die Ohren. „Dass sich gleich nebenan ein Prostituiertenviertel befindet, war mir lange nicht bewusst“, sagt er. Ursprünglich wollte Guilherme die Ceará-Straße neu gestalten. Je länger er sich aber mit deren Umgebung beschäftigte, umso klarer wurde ihm, dass in dem Viertel etwas anderes gebraucht wird.

„Ich habe mich damals mit vielen Prostituierten unterhalten“, sagt er. Der heute 36-Jährige wollte herausfinden, welche Bedürfnisse diese Frauen*,

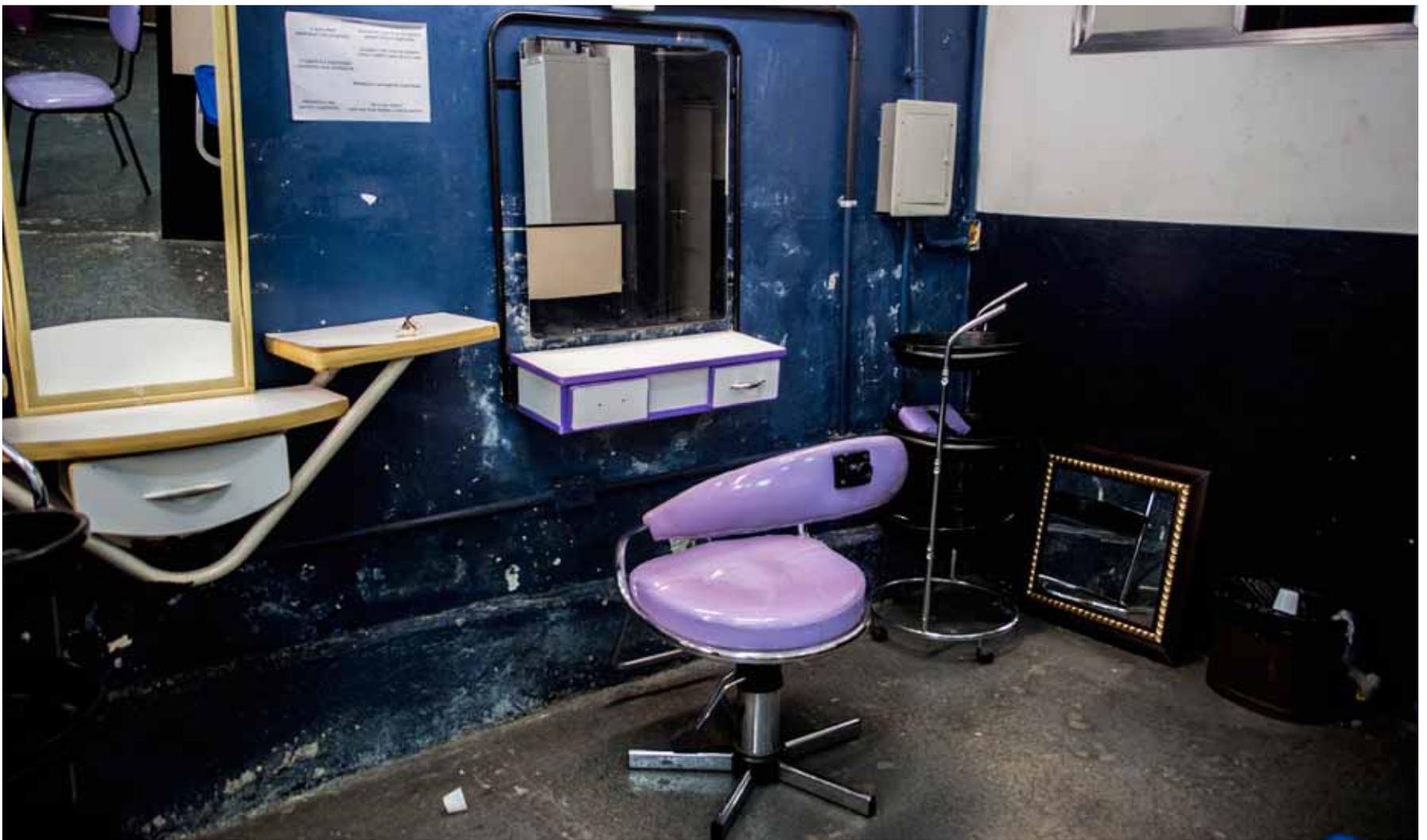


Foto: Hanna Silbermayr

die von Politik und Gesellschaft verachtet werden, wirklich haben. „Ich wollte etwas erschaffen, das ihnen das Leben in der Vila Mimosa erleichtert und sie näher an die Gesellschaft rückt.“ Daraus entstand die Idee der „Cidade das Meninas“, der Stadt der Mädchen. Wenn Ripardo von den Frauen* spricht, dann von den „prostitutas“, also „den Prostituierten“. Wenn es um ihre Arbeit geht, dann sagt er meistens „trabalho sexual“, also Sexarbeit. Auch Almeida verwendet immer wieder den Begriff „prostituta“, obwohl es im Portugiesischen auch „trabalhadora sexual“ geben würde.

Guilherme Ripardo klappt sein Notebook auf und zeigt auf eine Zeichnung von zwei Frauen*körpern, einer ausgestreckt, die Arme über dem Kopf, die Beine gespreizt, der andere zusammengerollt, in Embryonalstellung. „Die meisten Prostituierten sind zugleich Mutter und Sexarbeiterin“, sagt er. Dieser doppelten Rolle soll auch die Stadt der Mädchen gerecht werden. Er will die Gebäude, in denen sich die Frauen* aufhalten und arbeiten, freundlicher und einladender machen. Unzählige Stunden verbrachte er mit Cleide Almeida. „Es ging vor allem um eines: Wie soll die Zukunft aussehen?“, sagt sie. Das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit überzeugt sie.

Die Gebäude in Form zweier Frauen*körper, die Ripardo entworfen hat, sollen Platz für eine Vielzahl an Aktivitäten außerhalb der Sexarbeit bieten. „Hüfte und Beine der sich hingebenden Frau können für Präsentationen und Veranstaltungen verwendet werden“, erklärt er. Aus hellem und transparentem Material soll dieser Teil sein, nicht abgeschottet vom Rest der Welt. Die Frauen* der Vila Mimosa wollen ihn für eine Ausstellung über die Geschichte der Prostitution in Brasilien und ihres Viertels nutzen. Kopf und Arme könnten das Weiterbildungszentrum beherbergen.

Die andere Figur, die für die Rolle der Mutter steht, hat einen intimeren Charakter. Viele Sexarbeiter*innen nehmen ihre Kinder zur Arbeit mit und geben sie in einer Art Kinderkrippe ab. Diese soll im Schoß des zusammengerollten Frauen*körpers unterkommen. „Es muss einen organisierten, geschützten Raum für diese Kinder geben“, erklärt Ripardo. Der Bereich dieses Kopfes widmet sich dem Wohlergehen der Frauen* selbst: ihrer Gesundheit. Hier soll der Arzt, der schon heute ehrenamtlich Untersuchungen anbietet, seinen Platz haben.

STETIGE MARGINALISIERUNG. Bisher ist die Stadt der Mädchen jedoch nur ein Traum. „Es wäre schön, wenn sich jemand finden würde, der investieren will“, sagt Almeida. Eine Zeit lang hat sie gemeinsam mit Ripardo nach Geldgeber*innen gesucht. Doch die Suche gestaltete sich schwierig. Keine politische Institution hat bisher Interesse an dem Projekt gezeigt. Auch sonst engagieren sich nur wenige Politiker*innen aktiv für eine marginalisierte Personengruppe wie die der Sexarbeiter*innen. „Das würde für sie das Ende ihrer Karriere bedeuten“, räumt Almeida ein, die eigentlich über gute Kontakte verfügt. Trotzdem kann sie nicht nachvollziehen, weshalb Brasilien Milliarden für die Fußball-Weltmeisterschaft ausgegeben hat, obwohl Investitionen in Gesundheit und Bildung dringender wären.

Als der damalige Präsident Luiz Inácio Lula 2007 bekannt gab, dass sowohl die Fußball-Weltmeisterschaft 2014, als auch die Olympischen Spiele 2016 in Brasilien ausgetragen werden würden, verfiel das Land zunächst in einen Freudentaumel. Doch die Stimmung wandelte sich, je näher die Sportevents rückten. Immer mehr Menschen äußerten Kritik an den horrenden Ausgaben für Neu- und Umbauten und begannen gegen die Zwangsumsiedlungen ganzer Stadtteile zu demonstrieren.

Als die Frauen* der Vila Mimosa von den Plänen für einen Schnellzug zwischen Rio de Janeiro und São Paulo erfuhren, waren sie schockiert. „Viele haben mich gefragt, ob wir jetzt wieder umziehen müssten“, sagt Almeida. Das würde bedeuten, vieles von vorne zu beginnen, sich einen neuen Raum erkämpfen zu müssen. Und diesen erst einmal zu finden. „In Zentrumsnähe ist für die Vila Mimosa kein Platz, dort will man die Prostituierten nicht.“ Das Rotlichtviertel müsste Richtung Vororte übersiedeln. Ein Umzug würde die Sexarbeiterinnen ein ums andere Mal weiter marginalisieren, glaubt Almeida.

GUTE NACHRICHTEN? Der Baubeginn der Schnellzuglinie wurde nun mehrfach verschoben, zuerst auf das Jahr 2016, wenn in Rio de Janeiro die Olympischen Spiele ausgetragen werden, dann auf 2020. Konkrete Informationen, wie es damit weitergeht, gibt es nicht.

Noch vor der Fußball-Weltmeisterschaft hat sich außerdem eine Londoner Firma, die Museums- und Ausstellungsprojekte entwickelt und umsetzt, gemeldet. Sie wollte mehr über die Stadt der Mädchen erfahren und lässt derzeit Finanzierungsmöglichkeiten prüfen. Für die Sozialarbeiterin Cleide Almeida und den Architekten Guilherme Ripardo ist das ein erster Erfolg. Und wenn die Stadt der Mädchen Wirklichkeit werden sollte, hätte Cleide Almeida endlich Zeit, sich voll auf das Weiterbildungsangebot der AMOCAVIM zu konzentrieren.

Hanna Silbermayr hat an der Universität Wien Romanistik und Politikwissenschaft studiert. Sie ist freie Journalistin und berichtet für deutschsprachige Medien über und aus Lateinamerika.

Menschenrechtsverletzungen zur Terrorprävention

Vorratsdatenspeicherung, Überwachung und höhere Ausgaben für Polizei und Militär: So sieht die aktuelle Antwort der Politik auf Terror aus. Tiefgreifende Maßnahmen zur Gewaltprävention fehlen.

Foto: Christoph Glanzl

Im Jänner kündigte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ein Maßnahmenpaket zum „Kampf gegen Terror“ an, das ca. 300 Millionen Euro kosten sollte. Und das nur wenige Tage nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Supermarkt in Paris. Nicht nur in Österreich waren Terror und seine Prävention für einige Wochen das scheinbar einzig relevante Thema. Auch auf EU-Ebene wurden – und werden nach wie vor – Terrorpräventionsmaßnahmen diskutiert, deren Sinnhaftigkeit allerdings fragwürdig ist.

Sowohl in Frankreich als auch in Dänemark wird Vorratsdatenspeicherung betrieben, meint Thomas Lohninger, Geschäftsführer des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat). Trotzdem konnten die islamistischen Anschläge in Paris und Kopenhagen nicht verhindert werden. „Bei keinem der Anschläge der letzten Jahre in Europa hat es an Daten gemangelt.“ Dass jetzt in Österreich über eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung von Telefonverbindungen diskutiert wird, ist daher unnachvollziehbar. Die EU-Richtlinie, die die Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten vorsah, wurde im April 2014 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) für verfassungswidrig erklärt. Diese Entscheidung war das Ergebnis einer Klage, die der AK Vorrat gemeinsam mit anderen Kläger_innen gegen die Richtlinie eingebracht hatte.

Wegen dieser EuGH-Entscheidung steht nun auch statt der Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten jene von Reisedaten stärker im Fokus der Sicherheitspolitik. Sie würde eine anlasslose Massenüberwachung von allen Reisebewegungen darstellen. Für Lohninger ist klar, dass diese ebenso verfassungswidrig wäre. Sie würde unter anderem gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention – das Recht auf Privat- und Familienleben – verstoßen. Es wären dann nicht mehr nur Kameras auf Bahnhöfen und Flughäfen, die unsere Reisen aufzeichnen. Die lückenlose Überwachung würde mit elektronischen Datenbanken, in denen alle Flugdaten gespeichert würden, erfolgen. Hier spielen auch migrationspolitische Interessen der EU eine Rolle. Das zeigt sich zudem in der Forderung nach verstärkten Grenzkontrollen, die zur Terrorprävention nur wenig Sinn ergeben: Bei den meisten Anschlägen in Europa in den letzten Jahren haben die Täter_innen die Grenzen des Schengenraums nie überschritten.



FEINDBILD MUSLIM_INNEN. Die Menschenrechtsexpertin Marianne Schulze erklärt, dass die zur „Terrorprävention“ erfolgten und geplanten Grundrechtsverletzungen demokratisch hoch problematisch seien: „Rechtsstaatlich sind diese Maßnahmen schwer zu legitimieren, politisch wird aber mit der öffentlichen Sicherheit argumentiert. Die latenten Ängste der Bevölkerung können dazu genutzt werden, Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen.“ Der Trugschluss, dass Anschläge dadurch verhindert werden könnten, entsteht laut Schulze „durch das Schüren von Angst, die mit sehr stark inszenierten politischen Machtdemonstrationen einhergeht, die das Gefühl der Sicherheit suggerieren sollen.“

Als 2011 bei einem Anschlag in Norwegen 77 Menschen starben, wurden all diese nun geplanten Maßnahmen nicht diskutiert. Der Täter Anders Breivik legitimierte seinen Anschlag antimuslimisch und bezog sich in seinem „Manifest“ stark auf das Christentum. Die Tat wurde meistens als „Massaker“ oder „Massenmord“, nicht aber als „Terroranschlag“ bezeichnet. Eine Debatte über das Gefahrenpotential der christlichen Religion blieb ebenso aus wie jene über „Terrorprävention“.

Dieses Ungleichgewicht der Aufmerksamkeit von Politik und Medien und die Selektivität, mit der

der Ausdruck „Terror“ verwendet wird, zeigte sich auch diesen Winter, als eine rassistisch motivierte Anschlagserie auf Moscheen in Schweden mit fünf Verletzten kaum wahrgenommen wurde. Niemand sprach hier von der Notwendigkeit der Verteidigung „westlicher Werte“, wie etwa der Religionsfreiheit oder dem Schutz vor Diskriminierung.

Wenn Täter_innen aus der christlichen Mehrheitsgesellschaft kommen, werden sie nicht als Terrorist_innen bezeichnet. Umgekehrt werden Muslim_innen – ohne im Geringsten mit gewalttätigen Anschlägen zu sympathisieren – voreilig als Terrorist_innen wahrgenommen. Die Angst und der Hass richten sich gegen Muslim_innen. Marianne Schulze beobachtet die Auswirkungen der sicherheitspolitischen Stimmungsmache: „Die Dämonisierung von ganzen Bevölkerungsgruppen verstärkt latente Ressentiments, die Übergriffe zur Folge haben.“

KEINE PROBLEMBEARBEITUNG. Bei rechtsextremen und islamistischen Anschlägen lassen sich einige Parallelen ausmachen. Eine davon ist der Antisemitismus, der in Europa laut einer Studie des Pew Research Centers wieder ansteigt und offener und mörderischer als in den letzten Jahrzehnten auftritt. Um diesen Phänomenen entgegenwirken zu können, braucht es Aufklärung, besonders bei Jugendlichen. Katja Schau und Frank Greuel vom Deutschen Jugendinstitut weisen darauf hin, dass bei der Präventionsarbeit mit Jugendlichen eine Orientierung an deren Lebensrealität notwendig sei. Ansonsten sei es nicht möglich, das Vertrauen von Jugendlichen zu gewinnen und erfolgreiche Vorbeugungsarbeit zu leisten. Das gilt gleichermaßen für die Prävention von Islamismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. „Die wichtigste Terrorprävention ist und bleibt die umfassende Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung für alle und damit verbunden die Sicherung der Umsetzung des Menschenrechts auf Arbeit“, ist Menschenrechtsexpertin Schulze überzeugt. Zum 300-Millionen-Sicherheitspaket der Innenministerin meint sie: „Würde man diese Summe in den Bildungsbereich stecken, wäre das wirklich nachhaltige Prävention.“

Katharina Gruber studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien.



Foto: Christopher Glanzl

Die österreichische Bevölkerung ist integrationsunwillig

Seit IS und den Anschlägen in Paris kommt auch in Österreich gehäuft der Vorwurf der „Integrationsunwilligkeit“ von MigrantInnen auf. *progress* sprach mit Politikwissenschaftler Gerd Valchars über schwammige Begriffe, Demokratie und Unwissenschaftlichkeit.

progress: Herr Valchars, wie würden Sie „Integrationsunwilligkeit“ definieren?

Gerd Valchars: Keine Ahnung. Ich hab' dieses Wort nicht geprägt. Da muss man die Leute fragen, die diesen Begriff in die politische Debatte eingebracht haben.

Das heißt, es gibt gar keine wissenschaftliche Definition?

Nein, als Wissenschaftler kann ich mit diesem Begriff nichts anfangen.

Was ist dann die Funktion dieses Begriffes?

Ich denke, dass der Begriff „Integrationsunwilligkeit“ so attraktiv ist, weil er von unterschiedlichen Seiten eingesetzt werden kann. Er ist inhaltlich offen, genau wie der Imperativ der Integration an sich. Integration selbst hat ja eine interessante Begriffskarriere hinter sich: Ursprünglich bezeichnete sie die Forderung der MigrantInnen auf gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Wohnraum, Arbeit und dergleichen, die dann zu einem Imperativ umgewandelt wurde. Eine emanzipative Forderung wurde zum Befehl, sich zu integrieren. Damals wie heute ist alles, was mit „Integration“ zu tun hat, sehr offen. Es ist nicht klar, was mit der Forderung nach Integration überhaupt gemeint ist.

Wenn man will, kann man auch der österreichischen Bevölkerung und Politik Integrationsunwilligkeit konstatieren, weil sie sich weigern, Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Die hohen Anforderungen für den Erwerb einer österreichischen StaatsbürgerInnenenschaft, die einen großen Anteil der MigrantInnen ausschließen, sind nur eines von vielen Beispielen hierfür.

Was erwarten sich Politik und Medien also von dem Integrationsunwilligkeitsmantra?

Sowohl in der Forderung nach Integration als auch

in dem Vorwurf der Integrationsunwilligkeit steckt eine klare Statuszuweisung. Und zwar von Seiten derjenigen, die Integration fordern gegenüber denjenigen, von denen sie gefordert wird. Damit wird eine gesellschaftliche Hierarchie etabliert. Beziehungsweise wird sie aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft wieder „zurechtgerückt“. Integration als emanzipative Forderung der MigrantInnen hatte diese Hierarchie ursprünglich ein Stück weit in Frage gestellt.

Integration wie auch „Integrationsunwilligkeit“ sind politische Kampfbegriffe. Bestimmte vage Vorstellungen können in der Bevölkerung abgerufen und Vorurteile mobilisiert werden, ohne dass sie genau benannt und ausgesprochen werden müssen. Im Kopf einer Leserin oder eines Hörers geht möglicherweise sehr Unterschiedliches ab, wenn sie oder er das Wort „Integrationsunwilligkeit“ hört. Für die einen mag es um das Tragen eines Kopftuches gehen. Für die anderen geht's um unterstellte Ablehnungen nicht klar definierter Werte, die angeblich in der Mehrheitsgesellschaft verbreitet seien. Und die Dritten denken dabei an eine Selbstradikalisierung bis zum Dschihad.

Und wegen dieser Unschärfe ist der Begriff so beliebt?

Genau. Nur das macht es möglich, dass die Diskussion unmittelbar im Zusammenhang mit den Anschlägen von Paris aufgekommen ist. Ebenso wird es dadurch möglich, dass Schulschwänzen und Bekleidungs Vorschriften in Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen von Paris genannt werden. Nur dieser extrem weite und undefinierte Begriff der „Integrationsunwilligkeit“ kann eine Klammer um diese Dinge schließen, die nichts miteinander zu tun haben.

Kommt von wissenschaftlicher Seite Kritik an dem Begriff der „Integrationsunwilligkeit“?

Der Begriff kann schwer wissenschaftlich kritisiert werden, da er keinerlei wissenschaftliche Basis hat, weder in der Auseinandersetzung mit Migrationspolitik noch mit Gesellschaftspolitik. Man kann aber analysieren, wie er im Diskurs eingesetzt wird. Der Grund, warum er von Personen am rechten Rand über die politischen Mitte bis zu Personen, die sich selbst möglicherweise der politischen Linken zurechnen, verwendet wird, ist eben, dass er derart inhaltsleer ist.

Ich würde ja statt über vermeintliche „Integrationsunwilligkeit“ lieber über Inhalte und über demokratische Teilhabe in der Gesellschaft sprechen: im Bereich Bildung, am Arbeitsmarkt, im Bereich Wohnen, im Bereich politische Partizipation.

Das wäre Integration?

Das wäre Inklusion. Ich selbst verwende auch den Begriff der Integration nicht, da ich ihn nicht für brauchbar halte.

Warum?

Weil im Begriff der Integration per se immer schon die angesprochene Hierarchie und Platzanweisung drinnen stecken. Eine bestimmte Leistung muss erbracht werden, um Zugang zu bestimmten Rechten zu erhalten und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein. Das ist nicht das eigentliche Konzept der Demokratie, die ja auf gleichberechtigtem Zugang für alle beruht, ohne dass manchen Teilen der Bevölkerung abverlangt wird, sich zunächst bewähren zu müssen.

Gerd Valchars ist Politikwissenschaftler an der Universität Wien mit Forschungsschwerpunkten auf österreichischer Regimelehre, Citizenship und Migrationsforschung.

Laura Porak studiert Soziologie und Volkswirtschaft an der Universität Wien.

Was bedeutet Gewalt für dich?

Umfrage und Fotos von Mafalda Rakoš



Gewalt ist für mich, das Gegenüber nicht in seinem Anders-Sein zu respektieren, seine Meinung nicht wertzuschätzen. Ich spüre das hier als Immigrant und auch in meinem Heimatland. Es geht dabei nicht primär darum, ob das auf einer körperlichen oder verbalen Ebene passiert, sondern um die Essenz: die Existenz des Anderen zu verletzen.

Omri, 27, Kunst und Fotografie



Gewalt ist für mich, wenn jemand einen Anderen zwingt, etwas zu tun, das er oder sie nicht möchte, also ganz klar etwas Negatives. Manche Staaten zum Beispiel üben so viel Gewalt aus, dass die Menschen dort nicht frei leben können. Ich für mich versuche, keine Gewalt auszuüben.

Toni, 25, Kunstgeschichte



Für mich gibt es viele Arten von Gewalt. Am radikalsten ist meiner Meinung nach die systematische Gewalt auf der Welt, die sich gegen Menschen richtet oder zwischen Kapital und Arbeitskraft herrscht.

Mojan, 31, Philosophie



Ich glaube, dass es bei Gewalt immer irgendwie um Machtverhältnisse geht, und dass es vielfältige Formen gibt – Kolonialismus, zum Beispiel. Auch patriarchale Machtausübung ist für mich Gewalt, da sie oft unbemerkt passiert und sich trotzdem auf mich persönlich und meine Ausdrucksmöglichkeiten auswirkt.

Natalie, 22, Global Studies



Gewalt ist, wenn Kraft gegen jemanden eingesetzt wird, und sie oder er sich dann schwach oder angreifbar fühlt. Das kann auf unterschiedlichen Ebenen passieren: bei häuslicher Gewalt, politischen Unruhen und in noch größerem Stil, wenn Nationen sich bekämpfen. Die Motivation dahinter ist immer, zu kontrollieren und zu beherrschen.

Roger, 21, International Studies & Jus



Gewalt ist so mächtig, und so stark. Ich habe fast keine Worte, um das zu beschreiben. Ich denke an Brasilien, wo ich herkomme, wo viele junge Leute verletzt werden oder sterben. Gewalt kann aber alles sein, auch ein kleines Wort, ein kleiner Akt. Schon so etwas kann einen Traum, ein Leben oder ein Strahlen im Blick einer Person zerstören.

Ana Vittoria, 21, Schauspiel

dossier



Gewalt

Über das Unausprechliche reden



force, power and violence

stark sein

Der Begriff Gewalt kommt von dem althochdeutschen Wort „waltan“, was so viel wie „stark sein“ oder „beherrschen“ bedeutet. Im Allgemeinen werden damit Vorgänge, Handlungen, aber auch soziale Zusammenhänge bezeichnet, mit denen auf Menschen, Tiere und – der besorgte österreichische Umgang mit Fensterscheiben und Mistkübeln lässt es schon erahnen – Gegenstände eingewirkt werden kann. Und zwar so, dass diese beeinflusst, verändert oder geschädigt werden. Je nach Kontext kann mit Gewalt ein direkter Einfluss oder auch nur eine Machtquelle, wie beim Begriff „Gewaltentrennung“, gemeint sein. Im Englischen gibt es für diese unterschiedlichen Bedeutungen eigene Wörter: Wer mit Gewalt einen Nagel einschlägt, benutzt force, die Gewalt als Machtquelle wird power genannt.

unterhaltsame Gewalt

Diskussionen über Gewaltdarstellungen in Filmen und Videospielen beherrschen regelmäßig Schlagzeilen, oft in Zusammenhang mit angeblich davon inspirierten nicht-virtuellen Gewalttaten. In Österreich hat jedes Bundesland sein eigenes Jugendschutzgesetz, was prinzipiell neun verschiedene Zulassungen von Filmen bedeuten könnte. In der Praxis prüft jedoch die Jugendmedienkommission des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur Filme und spricht eine Altersempfehlung aus, die von allen Bundesländern mit der Ausnahme Wiens übernommen wird. In der Hauptstadt sieht sich ein eigener Filmbeirat die Werke vor der Veröffentlichung an und gibt eine Altersempfehlung aus. Verpflichtend sind diese Empfehlungen jedoch weder bei Filmen noch bei Computerspielen. Anders sieht es in Deutschland aus: Dort wird von der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) jedes Computerspiel durchgespielt, von unabhängigen Expert_innen geprüft und mit einer verbindlichen Altersfreigabe versehen.

thermonukleare Metaphernexplosion

Sollte es in naher Zukunft in Österreich zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen, wird manchen Medien die sprachliche Munition ausgehen. So werden jedes Jahr im Jänner bereits im Vorfeld die Proteste gegen den FPÖ-„Akademikerball“ als „Chaos“, „Krawalle“, „Ausschreitungen“ beschrieben, es wird vor „Gewaltexzessen“ gewarnt und nach den Protesten werden dann gar „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herbeifabuliert. Diese verbale Aufrüstung wurde heuer auch von der Forderung der Bezirkshauptfrau des 1. Wiener Gemeindebezirkes nach einem Bundesheereinsatz in der Innenstadt begleitet. Wer sich Bilder von Städten wie Kobanê oder Aleppo, wo tatsächlich Bürger_innenkrieg herrscht, ansieht, wird relativ schnell erkennen, dass es sich bei Demonstrationen, an deren Rand Mistkübel umgeworfen (und wieder aufgestellt) und Fensterscheiben zerbrochen werden, mitnichten um Ereignisse handelt, die man als „Krieg“ bezeichnen könnte.

ohne Graustufen

Die „erotische“ Romanreihe „Fifty Shades Of Grey“ von E. L. James ist von den Bestsellerregalen in die Kinos gewandert und feierte auch dort Erfolge. Während die Buchreihe von einigen als sexuelle Befreiung gefeiert wurde, hagelt es gerade aus der BDSM-Szene Kritik: Der beschriebene Sex sei zwar BDSM-Praktiken nachempfunden, die dargestellte Beziehung sei jedoch durch Missbrauch gekennzeichnet. Während in der BDSM-Szene Vertrauen, Konsens und sogenannte Safe-Words (Wörter, die im Vorhinein ausgemacht werden und „Stop“ oder „Nein“ bedeuten) eine wichtige Rolle spielen und das Ausleben gewisser Kinks überhaupt erst möglich machen, kommen diese Aspekte in James' Roman überhaupt nicht vor. Nein-Sagen wird von der Romanfigur Grey konsequent ignoriert und gewalttätige Praktiken wie Stalking und Gaslighting werden glorifiziert und als sexy dargestellt. Laut einer Studie der Michigan State University haben Fifty-Shades-Leserinnen* ein höheres Risiko, in einer missbräuchlichen Beziehung zu leben, was zusammen mit dem Bild, das das Buch von BDSM vermittelt, zu einer Normalisierung häuslicher Gewalt führen könnte.

Monopol

In modernen Demokratien herrscht das sogenannte „Gewaltmonopol“ des Staates. Dieser Begriff stammt vom deutschen Soziologen Max Weber und drückt aus, dass die Mitglieder einer Staatsgemeinschaft darauf verzichten, selbst Gewalt auszuüben, um ihre Rechte durchzusetzen. Einzig die (meist demokratisch legitimierte) Exekutive hat das Recht, mittelbare (physische) oder unmittelbare Gewalt anzuwenden, um „Recht und Ordnung“ durchzusetzen. Lange Zeit galt dieses Gewaltmonopol in jedem Bereich, außer einem: der Familie (vgl. nächste Box). Aber auch Staaten geben gerne Stückchen und Scheibchen ihres Monopols ab: Private Sicherheitsfirmen oder gar Söldner_innen übernehmen Aufgaben des Staates und schrecken dabei – oft nicht ganz legal – vor Gewaltanwendung nicht zurück. Ein besonders schwerwiegender Fall ist das Militärunternehmen Blackwater (heute Academi). Im letzten Irakkrieg haben dessen Mitarbeiter_innen in mehreren Fällen Zivilist_innen getötet und Gefangene misshandelt. In Europa gibt es eine einzige legale Privatarmee: Die Atholl Highlanders stehen im Dienst des schottischen Duke of Atholl und sind heute eine Tourismusattraktion.

ungeschützt

Nicht alle sind gleichermaßen vor Gewalt geschützt. Während dies bei Eigentum und weißen Männern wenig Probleme bereitet, gibt es Personengruppen, die unverhältnismäßig oft Gewalt erleben. Zum Beispiel Kinder: Eltern hatten in Österreich bis 2000 (!) das Recht, zur „Erziehung“ Gewalt gegen ihre Kinder zu verüben. Auch gegen Gewalt in der Ehe, die meist von Männern ausgeht, gibt es erst seit 1997 ein eigenes Schutzgesetz, das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie. In diesem Jahr beschloss die EU eine Kampagne zur „vollständigen Ächtung von Gewalt gegen Frauen“. Auch Gewalt gegen trans* Menschen ist traurige Normalität: Das Transmurder Monitoring Project der NGO Transgender Europe, das systematisch Hassmorde an trans* Menschen analysiert, hat seit Projektbeginn im Jänner 2008 über 1.600 Morde an trans* Personen gezählt.

Gespenstische Gewalt

Was haben eingeschlagene Scheiben und Burschenschaften mit Gewalt zu tun? *progress* hat im Gespräch mit Michael Staudigl, Dozent für Philosophie an der Universität Wien, den Weg zu einem differenzierten Gewaltbegriff gesucht.

progress: Die Berichterstattung rund um den Akademikerball (früher: WKR-Ball) ist meist stark auf die Gegenproteste fokussiert. Warum sind Burschenschaften und Rechts-extremismus nicht öfter Thema? **Michael Staudigl:** Es gibt sehr wohl einen Diskurs, der das ganze Spektrum – von den Burschenschaften bis hin zu Rechtsextremismus – permanent reflektiert. Nachhaltige Präsenz in den Medien hat dieser aber nicht. Sichtbarkeit spielt aber eine Rolle. Die Frage dabei ist, ob es einen Zwang zur Sichtbarkeit gibt beziehungsweise inwiefern diese Zustände fast schon gewaltsam sichtbar gemacht werden müssen.

Ist es gerechtfertigt gegen strukturelle Gewalt, die auch Burschenschaften ausüben, gewaltsam zu protestieren?

Strukturelle Gewalt ist ein notorisch umstrittener Begriff, weil überhaupt nicht klar ist, was er bezeichnen soll. Es war für den sozialwissenschaftlichen Mainstream lange klar, dass unter Gewalt intendierte körperliche Verletzung zu verstehen ist. (Sprachwissenschaft und feministische Ansätze definieren meist jede Form von Zwang als Gewalt, Anm.) Vielleicht muss man zwischen „Gewalt“ und „gewaltsam“ unterscheiden. Der adjektivistische Gebrauch erscheint sinnvoller beziehungsweise treffsicherer. Man kann damit auch die ausschließenden Effekte von Strukturen und nicht nur direkte, angreifende Gewalt fassen. Er zeigt an, auf welche Art und Weise Gewalt in ein System eingebaut ist. Alles läuft darauf hinaus, dass man eine körperliche und eine diskursive Seite von Gewalt anerkennt. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Burschenschaften strukturelle Gewalt verkörpern.

Von Anti-Akademikerball-Seite wurden die Proteste oft damit legitimiert, dass der Ball als Symbolbild für die Gewalt steht, die auf bestimmte Gruppen wie Migrant_in-

nen oder Jüd_innen strukturell ausgeübt wird.

Es geht also darum, darauf hinzuweisen, dass es Gewaltverhältnisse gibt, die dafür verantwortlich sind, dass „andere“ ohne größere Probleme oder sozialen Widerstand zu Opfern werden können: von Übergriffen oder rassistischer Gewalt zum Beispiel. Burschenschaften und die Art und Weise, wie diese politisch mobilisieren und argumentieren, sind mitverantwortlich dafür, wie Menschen als „andere“ etikettiert werden. Man weiß, dass Menschen gegenüber bestimmten Personen indifferenter sind als gegenüber anderen, wenn diese beispielsweise in einem Park verprügelt werden. Vielleicht kann man hier von struktureller Gewalt sprechen, die gleichgültig macht und betäubt. Dann wären Burschenschaften ein exemplarischer Fall von Akteuren, die ein feindliches Klima mit ermöglichen.

Also Burschenschaften als Mitverantwortliche an Missständen und rassistischen Übergriffen?

Ja, genau. Es gibt zwei Dimensionen: Einerseits die Erzeugung eines Klimas, in dem gegenüber dem einen oder der anderen Indifferenz und Apathie herrschen. Andererseits führt die Legitimation von Gewalt auch darüber hinaus. Zu erklären, wie und wann sich der Übergang von einem Szenario, in dem Gleichgültigkeit vorherrscht, zu einem Szenario, wo wirklich Gewalt ausgeübt wird, vollzieht, ist schwierig. Es stellt sich die Frage: Wo, und vor allem wie wird Gewalt plötzlich eine Handlungsoption?

Gibt es jemals eine Rechtfertigung dafür, sich für Gewalt zu entscheiden?

Es gibt eine Form der Gewalt, die vollständig gerechtfertigt wird, auch im modernen Recht: die Notwehr. Es gibt aber auch, wenn wir Walter Benjamin folgen, die Unterscheidung zwischen

rechtssetzender und rechtserhaltender Gewalt. Letztere ist seinen Worten zufolge „gespenstisch“, denn sie schafft sich die Ausnahmezustände, in denen sie gewaltsam reagieren darf, selbst – und zwar gesetzlich legitimiert.

Man sieht mittlerweile auch, dass Gewalt vielfach in das Funktionieren von Gesellschaften eingearbeitet ist, dass sie also nicht schlichtweg als das Andere von kulturellem Sinn und gesellschaftlicher Ordnung verstanden werden darf. Ein einseitiger Gewaltbegriff lässt sich also nicht mehr halten, oder vielleicht nur dann, wenn man juristisch von Sachverhalten auf Tatbestände schließen muss. Das heißt aber nicht, dass man damit ein umfassendes Bild hätte; das wissen auch die Juristen und Juristinnen.

Die große Frage ist: Wo findet sich der Ausnahmezustand, der die Notwehr begründen kann? Wie lässt er sich rechtfertigen? Er muss immer als eine Form der Bedrohung für die Ordnung verstanden werden. Und wenn man näher hinsieht, so finden sich immer Imaginationen von Unordnung, die der ideale Träger von Gewaltrechtfertigungen sind. Egal, ob man jetzt die „Reinheit des Volkskörpers“ verteidigt oder vom „Clash of Civilisations“ spricht. Klarerweise gelingt die Legitimierung nie vollständig, sie hat immer blinde Flecken. Ich kann sagen, Gewalt ist das letzte Mittel, das ich ergreifen kann. Ich kann auch sagen, ich ergreife Gewalt im Blick darauf, die Gewalt zu beenden.

Zum Beispiel beim Aufzeigen von Diskriminierung und Missständen?

Damit eröffnet man ein spannendes Fragefeld: Was sind unbedingte Ansprüche, ohne die sich ein Menschenleben nicht realisieren lässt – sozusagen die Minimalbedingungen eines lebhaften Lebens? Das ist eine Sache des Kampfes um Anerkennung. Inwiefern ich mit Gewalt darauf

Foto: Eva Engelbert



aufmerksam machen darf, dass ich – oder andere – zählen, ist eine heikle Angelegenheit. Da muss man gewisse praktische Sicherheiten einziehen.

Wäre es eine Form solcher praktischer Sicherheit, zwischen Gewalt an Menschen und Gewalt an Sachen zu unterscheiden?

Allerdings. Eine Demokratie ist genau der Ort, an dem auch die, die keine Stimme haben, vernehmbar gemacht werden können und müssen. Der originäre Ort für jene, die in den klassischen Foren nicht gehört werden, ist die Demonstration. Jemandem den Eintritt in den Diskurs zu verweigern ist die schlimmste Form von Gewalt. Da wird nicht unmittelbar und direkt verletzt, sondern man ist nicht einmal mehr der Verletzung wert. Darum geht es aber in der Politik: die, die nicht zählen, zählbar zu machen.

Vanessa Gaigg studiert Philosophie an der Universität Wien.

8 Monate

Rassistische Skandale, Misshandlungen, Eskalation und Repression, die Beobachter_innen und Zeug_innen trifft: eine Bestandsaufnahme österreichischer Polizeigewalt.

Der damals 20-jährige Student Alex Plima* wollte gerade bei einem Würstelstand nahe einer Wiener U-Bahn-Station Bier kaufen, als er Zeuge einer gewaltvollen Verhaftung wurde. Mehrere WEGA-Beamte_innen schleiften einen Mann, der nicht bei vollem Bewusstsein war und am Kopf blutete, die Treppen hoch. Alex stellte sich vor sie und schrie, um Passant_innen auf die Situation aufmerksam zu machen. Mehrmals forderte er dazu auf, den Verhafteten ins Krankenhaus zu bringen und ihn ärztlich versorgen zu lassen. Angriffig, beleidigend oder gewalttätig wurde er aber nicht. Die Reaktion der Beamte_innen war für ihn überraschend und unerwartet aggressiv. „Von hinten hat mir ein Polizist die Hoden gequetscht. Nachdem ich ihn fragte, was das soll, wurde ich von sechs WEGA-Polizist_innen festgenommen. Auf meine Frage nach dem Grund für die Festnahme erhielt ich keine Antwort.“ Trotz Verhaftung wurde er jedoch nicht in Untersuchungshaft genommen. Erst ein halbes Jahr später erhielt er einen Brief, in dem er darüber informiert wurde, dass er wegen drei Vergehen angeklagt war: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und schwere Körperverletzung. Grund dafür sei ein wildes Herumschlagen seinerseits gewesen. Alex beteuert, keine Gewalt angewendet zu haben.

Eine Beschwerde wegen des Verhaltens der Polizei legte Alex jedoch nicht ein: „Du hast nur wenig bis keine Chance, dass dir recht gegeben wird. Ich bin mir so ohnmächtig vorgekommen, weil sich die Polizist_innen so skrupellos über das Rechtssystem hinweggesetzt haben. Außerdem hätte es Energie, Zeit und Geld gekostet. Ich hatte nichts davon.“ Bei einer sogenannten Maßnahmenbeschwerde tragen von Polizeigewalt Betroffene ein Kostenrisiko von zirka 800 bis 900 Euro. Dass Personen, die eine Beschwerde einlegen, das Verfahren verlieren, ist statistisch eher die Regel als die Ausnahme. Nur zirka zehn Prozent der Misshandlungsvorwürfe werden überhaupt verhandelt.

„Rechtsschutz ist eine Frage der Ökonomie“, fasst die Verfassungsjuristin Brigitte Hornyk diesen Zustand zusammen. Sie legte kürzlich Maßnahmenbeschwerde gegen das Vorgehen der Polizei während der ersten Pegida-Kundgebung in Wien ein. Sie überlegt, bei Abweisung bis zum Verfassungsgerichtshof zu gehen, ist sich aber ihrer Privilegien bewusst: „Das Institut für Kriminalsoziologie hat in den 80er Jahren eine Studie gemacht, welche Menschen ihr Recht am meisten verfolgen und welche am wenigsten: Akademisch gebildete Menschen männlichen Geschlechts standen ganz oben auf der Skala, Hausfrauen und Alleinerzieherinnen ganz unten – Rechtsschutz hat also auch eine geschlechtsspezifische Komponente.“

KEINE BEDAUERLICHEN EINZELFÄLLE. In den Sicherheitsberichten des Bundesministerium für Inneres werden unter dem Punkt „Misshandlungsvorwürfe gegen Organe der Sicherheitsbehörden und ähnliche Verdachtsfälle“ Beschwerden gegen Polizist_innen statistisch erfasst und offengelegt. In den letzten zehn Jahren gingen 8.958 solcher Vorwürfe ein. Davon wurden ganze **8.004** Verfahren eingestellt.

Die hohe Zahl an Beschwerden und die vergleichsweise kleine Verfahrenszahl wird wie folgt verteidigt: „Bei dieser Auswertung muss berücksichtigt werden, dass [...] in einer überwiegenden Anzahl der angezeigten Fälle geringfügige Verletzungen beispielsweise durch das Anlegen von Handfesseln oder den Einsatz von Pfeffersprays eintrat (sic!) – zum Teil ohne dass ein Misshandlungsvorwurf gegen das einschreitende Organ erhoben wurde.“ Aufschlussreich ist die Tatsache, dass Verletzungen durch die Verwendung von Handfesseln und Pfefferspray als geringfügig bezeichnet werden, obwohl Pfefferspray in Österreich offiziell als Waffe gilt, die nur zur Notwehr eingesetzt werden darf, und jemanden zu fesseln als Nötigung.

Das 1989 gegründete „European Committee for the Prevention of Torture“, kurz CPT, kritisiert seit seinem Bestehen die Bedingungen der österreichischen (Schub-)Haft und die Zustände in Wachzimmern sowie Gefängnissen. Sogar bei absoluten Grundlagen sieht das CPT in Österreich Nachholbedarf und forderte etwa 1996 die österreichischen Behörden auf, in der Praxis den Haftbericht allgemein zu verwenden und richtig auszufüllen. Die Stellungnahme der Regierung: „Das richtige und vollständig (sic!) Ausfüllen der Haftberichte ist und wird Gegenstand der berufsbegleitenden Fortbildung sowie interner Schulungen sein.“ Im aktuellsten Bericht von 2010 wünscht sich das CPT von der österreichischen Regierung, „Polizeibeamte in ganz Österreich in regelmäßigen Abständen daran zu erinnern, dass jede Form von Misshandlung (z.B. auch Beschimpfungen) von Häftlingen nicht akzeptabel ist und Gegenstand strenger Sanktionen sein wird“. Sind die Festgenommenen einmal unter Kontrolle gebracht, gäbe es keinen Grund, sie zu schlagen.

Weiters kritisierte das CPT die niedrigen Strafen für straffällig gewordene Polizist_innen und rief angesichts bisheriger Fälle dazu auf, die Straftat „Folter“ so bald wie möglich in das Strafgesetz aufzunehmen, was Ende 2012 dann auch geschah. Schon 1991 schrieb das CPT über Österreich: „There is a serious risk of detainees being ill-treated while in police custody.“ 1999 erstickte der Nigerianer Marcus Omofuma während seiner Abschiebung in einem Flugzeug; 2006 wurde der Gambier Bakary J. von drei Polizisten nach einer gescheiterten Abschiebung in eine leere Lagerhalle gebracht und schwer misshandelt. 2009 erschoss ein Kremser Polizeibeamter einen unbewaffneten 14-Jährigen. In allen drei Fällen fassten die Hauptangeklagten nur acht Monate Haft aus, Entlassungen folgten erst viele Jahre später oder gar nicht. Seit 1999 wurden mindestens acht Fälle bekannt, bei denen Schwarze Männer bei Festnahmen oder in Polizeigewahrsam gestorben sind.



BESCHWERDE? GEGENANZEIGE! Dina Malandi berät beim Verein Zara (für „Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit“) Betroffene und Zeug_innen von Rassismus und dokumentiert im jährlich erscheinenden Rassismusreport auch Fälle rassistischer Polizeigewalt. Besonders körperliche Übergriffe seien schwierig nachzuweisen. Sollte man es doch versuchen, muss man mit einer sofortigen Gegenanklage wegen schwerer Körperverletzung rechnen. „Es wird schnell einmal gesagt, dass schwere Körperverletzung vorliegt. Diese Schutzbehauptung wird getätigt, um einer Beschwerde entgegenzuwirken. Jede kleinste Verletzung auf Seiten der Polizist_innen – ein Kratzer oder ein blauer Fleck – sind von Rechts wegen schon schwere Körperverletzung. Hier findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt.“

Aber auch Zeug_innen und Beobachter_innen mit Zivilcourage erfahren, wie etwa Alex' Fall zeigt, massive Repression. Mit Geld- und Verwaltungsstrafen oder auch Verhaftungen wird es Menschen schwer gemacht, bei Übergriffen einzuschreiten, auf Missstände aufmerksam zu machen oder auch nur eine Demonstration, einen Einsatz oder eine Festnahme zu beobachten.

Dass nur wenigen, die gegen Polizeigewalt und Schikane vorgehen wollen, recht gegeben wird, liegt oft daran, dass die eigene Aussage gegen jene mehrerer Polizist_innen steht. „Unter den Polizist_innen gibt es nicht unbedingt den Willen, gegen Kolleg_innen auszusagen. Da herrscht noch oft eine falsch verstandene Solidarität“, so Dina Malandi. Das kann sich verheerend für die Person auswirken, die die Maßnahmenbeschwerde eingereicht oder Anzeige erstattet hat. Sobald Verantwortliche durch Kolleg_innen gedeckt werden, kann der_die Betroffene auch wegen Verleumdung angeklagt werden – statistisch gesehen passiert dies in fast vier Prozent der Fälle. Laut Malandi sind dies wesentliche Gründe dafür, dass viele Betroffene erst gar nicht Beschwerde ein-

reichen. Die Dunkelziffer dürfte dementsprechend hoch sein.

Diese „Cop-Culture“ zu brechen, sieht auch Florian Klenk als eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen der Polizeigewaltprävention: „Es braucht eine Beförderungstruktur, die BeamtInnen, die auf Missstände hinweisen, belohnt. Momentan ist es noch so, dass jemand, der oder die seine Kollegen und Kolleginnen kritisiert oder verpfeift, absolut unten durch ist.“ Der Falter-Chefredakteur und Jurist, der seit den 90ern investigativ über Missstände in österreichischen Gefängnissen und bei der Exekutive berichtet, meint, es habe sich aber seit damals auch einiges getan. Brigitte Hornyik dazu: „Der Polizei sind durch das Sicherheitspolizeigesetz nach wie vor sehr weitreichende Befugnisse eingeräumt. Vor 1991 war das noch schlimmer. Übergangsbestimmungen von 1929 waren oft die einzige Grundlage polizeilichen Handelns.“

FUCK THE SYSTEM. Trotzdem kritisiert Klenk (genau wie das CPT und der Menschenrechtsbeirat der Volksanwaltschaft) die immer zunächst schleißig und intern angestellten Nachforschungen: „Es muss endlich eine unabhängige Stelle geben, die für Beschwerden gegen die Exekutive zuständig ist.“ Alle von *progress* kontaktierten Expert_innen sind sich übrigens einig, dass eine Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen sowie am Körper angebrachte Kameras bei der Gewaltprävention aber auch bei der Aufklärung extrem hilfreich wären. Doch dagegen wehrt sich die Polizeigewerkschaft vehement.

Zudem sähen Richter_innen und Staatsanwält_innen die Polizei als Verbündete im Kampf gegen das Verbrechen und wählten einander trotz Gewaltenteilung auf derselben Seite, sagt Klenk. „Sie poltern zwar manchmal im Gerichtssaal, verhängen dann aber sehr milde Strafen. Man soll sich nur vorstellen, was zwei Nigerianer erfassen würden, wenn

sie einen Polizisten gefoltert hätten.“ Verschwindend niedrig ist die Zahl der Polizist_innen, die nach einer Anklage überhaupt schuldig gesprochen werden. In zehn Jahren, von 2004 bis 2013, waren das insgesamt 13 Beamt_innen. Brigitte Hornyik meint, dass diese Zusammenarbeit zwischen Justiz und Exekutive kein Zufall sei: „Für mich ist das Ausdruck eines autoritären und hierarchischen Denkens: Die Staatsgewalt braucht eben Repression, um an der Macht zu bleiben.“

Zusammengefasst: Die Polizei handelt (nicht selten) gewaltsam. Es gibt keine unabhängigen Untersuchungsgremien bei Streitfällen. Sich zu wehren oder zu beschweren ist ein finanzielles, rechtliches und gesundheitliches Risiko. Die Justiz stärkt gewalttätigen und straffälligen Polizist_innen den Rücken, die Politik weigert sich zu handeln, obwohl internationale Gremien seit Jahrzehnten warnen und mahnen. Der längere Ast, auf dem die Staatsgewalt sitzt, ist ein Prügelknüppel. „Trotzdem würde ich vorschlagen, an diesem längeren Ast zu sägen und die Rechtmäßigkeit des polizeilichen Handelns in Frage zu stellen“, sagt Brigitte Hornyik. „Durchaus mit Hilfe der Gerichte, so lange wir noch nichts Besseres haben.“

** Name von der Redaktion geändert.*

Eine längere Fassung dieses Artikels findest du auf progress-online.at.

*Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Universität Wien.
Olja Alvir studiert Physik und Germanistik an der Universität Wien.*



Kein Asyl ohne Erektion

Nach dem Mord an der Trans*Frau Hande Öncü wird an den Asylverfahren von LGBTI-Personen scharfe Kritik geübt. Mit der geplanten Einführung von Schnellverfahren droht nun eine weitere Verschlechterung.

LGBTI-Personen begegnen im Zuge ihres Asylverfahrens Klischees, Stereotypen und verschiedensten Grenzüberschreitungen. Der Mord an der Türkin Hande Öncü, die vor Gewalt gegen Trans*Frauen und Sexarbeiter*innen nach Österreich geflüchtet ist, ist ein Beispiel dafür, dass die Gewalt an LGBTI-Flüchtlingen in Österreich leider weitergeht.

MISGENDERN IST GEWALT. Ein anderer bekannter Fall spielte sich 2011 ab: Die Trans*Frau Yasar Ö. wurde in der Türkei aufgrund ihrer Transsexualität mehrmals verprügelt, ihre Familie setzte einen Mörder auf sie an. Ihr Asylantrag in Österreich wurde trotzdem abgelehnt. Der Grund: Sie wurde von den Asylbehörden nicht als Trans*Frau, sondern als homosexueller Mann, dem keine Verfolgung in der Türkei drohe, behandelt.

„Klare Themenverfehlung“, fasst Judith Ruderstaller das Urteil zusammen. Sie war damals beim Verein Asyl in Not tätig und betreute Yasars Fall. Nachdem NGOs wie Asyl in Not oder transX die Sachlage klarstellten, konnte das Urteil doch noch aufgehoben werden. Yasar wurde aus der Schubhaft entlassen und ein neues Verfahren wurde eingeleitet. Für Judith Ruderstaller war der Fall ein Wendepunkt, was den Umgang der österreichischen Asylbehörden mit LGBTI-Flüchtlingen betrifft: „Durch diesen Fall ist sehr viel Sensibilisierung reingekommen.“ Generell habe sich in den letzten fünf Jahren vieles verbessert: „2010 habe ich die Judikatur in Österreich in Bezug auf LGBTI-Flüchtlinge analysiert. Ich habe viele Asylbescheide gelesen und das waren grauenhafte Interviews voller Stereotypen, die auch in intime Details der Sexualität hineinreichten“, erinnert sich Ruderstaller, die heute bei der Organisation Helping Hands Rechtsberatung zum Thema Fremdenrecht anbietet. Von Schulungen für Betreuer_innen, Dolmetscher_innen oder Richter_innen war damals noch keine Rede. Die Probleme, mit denen LGBTI-Flüchtlinge sowohl in ihrem Herkunftsland als auch in Österreich konfrontiert waren, konnten daher nur selten miteinbezogen werden.

BLUTFLUSSFRAGEN. Eine 2013 erlassene EU-Richtlinie sieht nun vor, dass Menschen, denen eine Haftstrafe aufgrund ihrer sexuellen Identität oder Orientierung droht, Anspruch auf Asyl haben. In Österreich wurde diese EU-Richtlinie noch nicht im Gesetz verankert. Hier werden LGBTI-Flüchtlinge zur Kategorie der „sozialen Gruppe“ gezählt. Asylgrund besteht also dann, wenn eine „Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“ gegeben ist. Zu einer sozialen Gruppe zählen all jene Menschen, denen von der Gesellschaft in ihrem Heimatland ein gemeinsames Merkmal zugewiesen wird. Damit der Asylantrag positiv ausfällt, muss die Verfolgung jedoch eine gewisse „Erheblichkeitschwelle“ überschreiten. Was das konkret bedeutet, ist Interpretationssache.

Geflüchtete LGBTI-Personen müssen den Behörden glaubwürdig machen, dass sie homo-, bi-, trans- oder intersexuell sind. Im Bezug auf die Glaubwürdigkeit treten laut Ewa Dziedzic, Gründerin des Vereins MiGay, jedoch Probleme auf: „Wenn Menschen aufgrund einer Bedrohung flüchten, fällt ihnen in Europa nicht als erstes ein, über ihre Diskriminierungskategorie zu sprechen. Sie können auch zum Teil gar nicht wissen, wie hier mit diesem Thema umgegangen wird.“ Und doch: Über den Fluchtgrund mit geschultem und sensiblem Personal zu sprechen, ist ein weniger gewaltvolles und diskriminierendes Instrument als sogenannte „sexualpsychologische Gutachten“. Zu diesen gehören die Forderung nach visuellen Beweisen intimer Handlungen oder, wie bis vor kurzem in Tschechien noch üblich, phallometrische Messungen ebenso dazu wie indiskrete Fragen über das sexuelle Leben der Flüchtlinge. Gefragt wird zum Beispiel nach Sexstellungen bei gleichgeschlechtlichem Sex, der sexuellen Aktivität und der Anzahl der Partner_innen. Dass all diese „Gutachten“ nicht nur wissenschaftlich fragwürdig sind, sondern vor allem die Menschenwürde verletzen, stellte Anfang Dezember 2014 auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) fest.

SENSIBILITÄT. Trotz der Gewalterfahrungen, die Flüchtlinge aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe gemacht haben, muss wohl über diese Zugehörigkeit gesprochen werden. Denn es gibt kaum andere Instrumente, Fluchtgründe und ihre „Rechtfertigung“ zu ermitteln, als die eines sensiblen Nachfragens. Vereinzelt findet in Österreich noch ein anderes Instrument bereits Anwendung, so Ewa Dziedzic: „Was wir in Österreich auf NGO-Ebene machen, ist den Beweis dadurch zu erbringen, dass wir den Behörden klarmachen, dass die betroffene Person in der LGBTI-Community aktiv ist. Insofern haben wir hier ein verstärkendes Instrument aus der Zivilgesellschaft.“

Auch wenn die Dolmetscher_innen, Berater_innen und Richter_innen schon etwas sensibler mit dem Thema umgehen als früher, gibt es immer wieder Homo- und Transphobie. So erzählt Ruderstaller von einem Gespräch zu einem Asylantrag: „Einmal hat sich ein Klient von einem Dolmetscher verletzt gefühlt. Auch die Vertrauensperson, die dabei war, empfand die Atmosphäre in dem Gespräch als homophob.“ Aufholbedarf sieht Ruderstaller auch bei der Judikatur. LGBTI-Flüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern zwar nicht mit harten Strafen rechnen müssen, denen es aber unmöglich gemacht wird, ihr Privat- bzw. Familienleben öffentlich auszuüben, haben eher schlechte Chancen auf einen positiven Asylbescheid: „Da sollten die Asylbehörden sensibler werden“, wünscht sich Ruderstaller: „Man sollte das Privatleben überhaupt nicht verbergen müssen, weil man sonst in der Persönlichkeit stark eingeschränkt wird. Das sollten die Asylbehörden gerade bei Ländern, in denen etwa Homosexualität ein Tabu ist, auch einsehen und Asyl gewähren.“

Valentine Auer ist freiberufliche Journalistin und studiert Theater-, Film- und Medientheorie an der Universität Wien.

The internet is for hate

Wie sich Hass in der Gesellschaft im Internet offenbart.

Eine junge Frau wird bedroht und muss mehrmals umziehen. Jeden Tag, wenn sie ihre sozialen Netzwerke öffnet, findet sie immer neue, üble Beschimpfungen. Jede ihrer Äußerungen wird verfolgt, längst hat sie mehrmals die Telefonnummer gewechselt. Was für die feministische Medienwissenschaftlerin Anita Sarkeesian oder die Spiele-Designerin Zoe Quinn nicht erst seit dem misogynen Videospiel-Shitstorm „Gamergate“ (vgl. *progress* 4/2014) groteske Normalität darstellt, kann ohne Weiteres für uns alle Alltag werden.

STREUFEUER. Hassrede ist das öffentliche Hetzen gegen Einzelne oder Bevölkerungsgruppen, denen bestimmte Eigenschaften (zum Beispiel „lesbisch“) oder Zugehörigkeiten (zum Beispiel „jüdisch“) zugeschrieben werden. Im österreichischen Strafrecht erfüllt eine solche Tat den Strafbestand der Verhetzung (§ 283 StGB), wenn die Hassrede „für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar“ ist. Eine solche liegt laut Rechtssprechung ab 150 Personen vor. Nirgends lassen sich eine solche Öffentlichkeit und Gleichgesinnte schneller finden als online. Das Gesetz wird durchaus auch gegen Online-Hetze angewendet, so wurde letztes Jahr beispielsweise eine niederösterreichische Pensionistin wegen verhetzender Facebook-Postings über Muslim_innen und Roma zu fünf Jahren bedingter Haft verurteilt.

Umfang und Ausmaß von Hassrede im Internet lassen sich kaum abschätzen. Auf der „Hate Map“ wurden ein Jahr lang Beleidigungen und ihre Geo-Tags in den USA dokumentiert. In der verwendeten Stichprobe finden sich 150.000 Hasstweets. Dabei wurden nur zehn Begriffe näher untersucht. Sarkeesian allein dokumentierte auf ihrem Blog *feministfrequency.com* 150 Hasstweets, die sie in einer Woche erhielt.

ORGANISIERTE RATLOSIGKEIT. Im Umgang mit Täter_innen wie Betroffenen sind Gesellschaft und

Konzerne ratlos. Die meisten sozialen Netzwerke verbitten sich Hassreden, scheitern aber daran, die eigenen Vorgaben durchzusetzen und auffällige Nutzer_innen auszuschließen. Bei schwammigen Nutzungsregeln darf viel interpretiert und lange gehasst werden. So verwässert zum Beispiel Facebook seine Nutzungsbedingungen, indem Drohungen als Humor ausgelegt werden dürfen: „Allerdings sind eindeutige humoristische oder satirische Versuche, die anderenfalls als mögliche Drohungen oder Angriffe verstanden werden können, zugelassen.“ Auch Youtube bzw. Google hat eher ein merkwürdiges Verständnis von Hassrede: „Der Grat zwischen dem, was als Hassrede bezeichnet werden kann und was nicht, ist schmal. Beachte, dass nicht jede Gemeinheit oder Beleidigung eine Hassrede ist“, heißt es in den FAQs. Die größeren Medien und Tageszeitungen beschäftigen sich dagegen professionell mit Communitymanagement und suchen nach Wegen, mit Trollen, Hass und Drohungen umzugehen. So wird mit Accountpflicht, strengeren Moderationen, geleiteten Diskussionen oder Votingfunktionen für Kommentare experimentiert. Vor drastischen Schritten wie Ausschlüssen oder klarer Kante scheuen aber auch sie zurück.

Der laxer Umgang und die so ständig wachsende Masse an Hass im Netz lassen nach Meinung aussehen, was tatsächlich menschenverachtende Antistiftung ist. Wenn davon gesprochen wird, dass beispielsweise eine Satire, die Tabus kennt oder eine scharfe Gesetzgebung bei Hassrede die Meinungs- und Redefreiheit einschränken, wird ausgeblendet, dass Diskriminierung, Hass und Gewalt die Betroffenen längst massiv einschränken. Die deutsche Psychologin Dorothee Scholz arbeitet mit Jugendlichen zu Gewalt und sagt dazu: „Über Sprache wird ein Klima geschaffen, in dem die psychischen Hemmschwellen zur Gewaltausübung gegen bestimmte Personengruppen gesenkt sind. Gewalt gegen jene, die diesen Gruppen angehören,

ist in Folge gesellschaftlich akzeptierter und ruft auch weniger Mitgefühl in der breiten Masse hervor.“

TROLLMÜLLHALDEN. Immer wieder verschwinden Websites, Blogs und Twitteraccounts, und Menschen trauen sich nicht mehr, ihre Stimme zu erheben – weil sie das Gefühl haben, dem Hass nur noch entgegenschweigen zu können. Julia Schramm ist eine, die sowohl mit persönlichen Shitstorms als auch mit generalisierter Hassrede Erfahrungen machen musste. Seit 2012 sammelt sie diese auf ihrem Blog *hassnachrichten.tumblr.com*. Als Fachreferentin für Hate Speech informiert sie außerdem bei *no-nazi.net* über ihre Facetten. „Hate Speech ausgesetzt zu sein ist eine traumatisierende Erfahrung und sollte so behandelt werden. Konkret heißt das: Verstehen, dass eine Verletzung stattgefunden hat und Mitgefühl und Fürsorge sich selbst gegenüber aufbringen. Es heißt aber auch, die strukturelle Ungerechtigkeit, die Hate Speech ist, als solche zu akzeptieren und sich nicht daran aufzureiben. Dann lässt es sich auch besser kämpfen. Ich bin froh, dass ich mich dazu entschieden habe, denn Hate Speech ist Gewalt und muss bekämpft werden.“

Da von den Betreiber_innen von Online-Communities kaum oder nur unzureichende Schritte gegen Angriffe oder notorische Menschenfeind_innen zu erwarten sind, wird von User_innen selbst zu Solidarität mit Betroffenen aufgerufen. Doch Hashtag-Ablasshandel allein, der Unterstützung mit Lippenbekenntnissen verwechselt, verbessert die Situation kaum länger als einen Moment. Es profitieren diejenigen, die ohnehin ein dichtes soziales Netz, Zugang zu Hilfe, eine große Reichweite oder eine bedeutsame Stimme haben.

Eine andere Strategie im Umgang mit dem Hass sind seine Dokumentation und das Schaffen einer Gegenöffentlichkeit: Viele zeigen die Angriffe in Blogs oder auf Tumblr, richten eigene

Sektionen für Kommentare von Hassposter_innen, sogenannte Trolle, ein oder nehmen sich Zeit für satirische Antworten. Die Plattform *hatr.org* sammelt Trollkommentare von verschiedenen feministischen Blogs und will damit Werbeeinnahmen generieren. Andere bieten dem Hass sogar die ganz große Bühne: Bei „Hate Poetry“, einer antirassistischen Leseshow, tragen Journalist_innen mit Migrationsgeschichte zwischen Lachen und Weinen Kommentare und E-Mails vor.

All diese Maßnahmen können helfen, mit persönlichen Angriffen fertig zu werden, dem Hass den Nährboden entziehen können sie jedoch nicht. Denn Hassrede ist kein Netzphänomen, sondern dort bloß ein besonders gut dokumentiertes. Der vermeintliche Deckmantel der Anonymität, der angeblich nur das Schlechteste im Menschen hervorbringt, ist vielmehr ein Vorhang, der sich öffnet und aufzeigt, was ohnehin da ist: Eine Gesellschaft, die auf ihre diskriminierenden Strukturen lieber nicht verzichten möchte – das wird man wohl noch sagen dürfen ...

Anne Pohl macht beruflich was mit Kommunikation und gründet nebenbei Onlineprojekte wie feminismus101.de oder herzteile.org.

In ihrer Broschüre „Geh sterben! – Umgang mit Hatespeech und Kommentaren im Internet“ informiert die Amadeu Antonio Stiftung mit [Betroffenenberichten](http://Betroffenenberichten.com), [Tipps für Communitybetreibende](http://Tipps.fur.Communitybetreibende.com), [Erkennungsmerkmalen](http://Erkennungsmerkmalen.com) und [Infos über Strukturen hinter Hassreden](http://Infos.ueber.Strukturen.hinter.Hassreden.com).

International Legal Research Group on Online Hate Speech: bit.ly/onlinehatespeech

Hatespeech-Toolbox der IG Kultur: bit.ly/verletzendesprache

Achtung, Triggerwarnung!

Ein Foto, eine Filmszene, eine Phrase – sogenannte „Trigger“ können an traumatisierende Erlebnisse erinnern. Die psychischen Auslösereize beeinträchtigen den Alltag von Betroffenen ungemein.

„Für mich kann es eine Handbewegung sein, manchmal auch nur die bestimmte Betonung eines Wortes“, erklärt Katharina Wilder, die in Wirklichkeit anders heißt. Mit 18 geriet sie in eine gewaltvolle Beziehung. Noch heute erlebt sie Flashbacks zu übergriffigen Situationen mit ihrem ehemaligen Partner. Grund dafür sind meist Auslösereize, sogenannte „Trigger“. Völlig unerwartet werden durch äußere Eindrücke Erinnerungen wach, die sie in Panik versetzen. „Ich fühle mich wieder in die Situation hineinversetzt, fange an zu schwitzen und bekomme einfach nur tierische Angst.“

HERZRASEN. Was ein Trigger sein kann und wie er sich äußert, ist individuell verschieden. Dadurch, dass es manchmal auch nur Daten oder Namen sein können, kann es zu Unverständnis von Seiten Außenstehender kommen. „Viele können nicht nachvollziehen, was da in mir passiert. Ich muss meine Freund_innen aktiv auf meinen Zustand aufmerksam machen. Es mag wie eine Kleinigkeit wirken, aber für mich kann ein Trigger echt den ganzen Tag zerstören.“ Trigger stehen häufig im Zusammenhang mit erlebter seelischer und/oder körperlicher Gewalt. Oft sind sie Teil einer posttraumatischen Belastungsstörung, weswegen sich Symptome überschneiden können. Laut der Internationalen Klassifikation von Krankheiten und verwandten Gesundheitsproblemen (ICD) lösen Trigger in der Regel Schweißausbrüche, Schwindel und Herzrasen aus. Brigitte Lueger-Schuster vom Institut für Angewandte Psychologie der Universität Wien erklärt: „In der Regel sind solche Erinnerungen an Gewalterfahrungen sehr belastend. In der Psychologie nennt man Flashbacks, das Wiedererleben von Situationen sowie dadurch entstehende Alpträume Intrusion.“ Nicht umsonst bedeutet das Wort Intrusion auch Eindringen oder Eingreifen. Ein großes Problem bei Triggern ist nämlich die Unvorhersehbarkeit und Unkontrollierbarkeit. Auch wenn Trigger Betroffenen bereits

bekannt sind, so ist es nicht immer möglich, diese im Alltag zu vermeiden.

KONTROLLVERLUST. Gerade die Bilderflut im Internet spielt hierbei eine große Rolle. Gewaltvolle Darstellungen werden auf Netzwerken wie Facebook, Tumblr und Twitter verbreitet. Ob diese nun tatsächlich einer realen Situation entstammen, wie Kriegsberichterstattung oder Chronik-Schlagzeilen, oder fiktiv sind, wie eine Filmszene oder ein Musikvideo, ist für die getriggerte Person oft

(sexueller) Gewalt einander damit auf potenzielle Stressreaktionen hinweisen. Potenziell verstörende Inhalte werden durch ein „TW“ oder „CW“ (für trigger oder content warning, also Inhaltswarnung) eingeleitet. Wie es dann weitergeht, entscheiden die Nutzer_innen: Sie wägen nun selbst ab, ob sie trotzdem draufklicken und weiterlesen wollen.

MEDIENVERANTWORTUNG. „Es gibt so viele offensichtliche Trigger, etwa wenn es um glorifizierte Gewalt geht. Es würde definitiv mein Surfen

gesendet. Gerade im Rahmen der Altersfreigaben wäre es bei visuellen Medien ein Leichtes, Warnungen auszusprechen. In Österreich sind Jugendfreigaben im Fernsehen gekennzeichnet, oft mit einem Ausrufezeichen oder einem ähnlichen Symbol neben dem Senderlogo. Das gilt aber nicht für Nachrichtensendungen.

„Alleine, dass sie für einige Menschen so notwendig sind, legitimiert meiner Meinung nach absolut ihre Existenz“, sagt Bloggerin Malaika Bunzenthal (malifuror.blog-space.eu). Sie selbst fühlt sich dadurch nicht in ihrer journalistischen Arbeit eingeschränkt. Doch viele Autor_innen und Filmemacher_innen arbeiten gerade mit Überraschungen und Schockmomenten, nutzen das Entsetzen der Zuschauer_innen und bauen darauf ihr kreatives Konstrukt auf. „Auch im Journalismus wird oft mit emotionaler Berichterstattung und Effekthascherei gearbeitet“, kritisiert Lueger-Schuster. „Das Totschlagargument der Medien ist immer, dass sie eben die Emotionen brauchen, um Leute aufzurütteln und überhaupt zum Lesen zu bringen.“

Die Verwendung von Trigger- und Inhaltswarnungen wird aber auch jenseits der Sensationsgeilheit kritisch diskutiert: Eingebracht wird etwa, dass eine inflationäre Verwendung die Sinnhaftigkeit von Warnungen mindern könnte. Weiters ist es nicht möglich, sämtliche Dinge, die potenzielle Leser_innen triggern könnten, zu nennen. Schlussendlich meinen einige, die Konzentration auf individuelle Trigger würde gesellschaftliche Macht- und Unterdrückungsstrukturen individualisieren und damit die Systematiken dahinter verschleiern.

Gabriela Kielhorn studiert Theater-, Film- und Medienwissenschaft und Orientalistik an der Universität Wien.



irrelevant. Daher kann eventuell der Konsum jeglicher Medien – auch von Literatur, Serien oder Filmen – eingeschränkt sein. Während manche Serien wie etwa „Game of Thrones“ für ihre exzessive (sexualisierte) Gewalt bekannt sind, bergen auch vermeintlich „harmlose“ Formate wie Sitcoms Andeutungen oder Referenzen auf Gewaltsituationen. Vorwarnungen gibt es hierbei nicht.

Im Internet gibt es hingegen seit einigen Jahren den Trend zu Warnungen. Ihren Ursprung haben sie in Beiträgen in Selbsthilfeforen, wo Opfer

im Internet erleichtern, wenn gerade gewaltvolle Bilder mit einer Warnung versehen wären. Viele Nachrichtenstationen machen das ja auch, das hilft sehr“, sagt Katharina. In visuellen Medien wie Film und Fernsehen ist es bereits üblich, vor Gewalt zu warnen. Gerade im US-amerikanischen TV wird vor jeder Sendung ein Hinweis auf mögliche problematische Inhalte eingeblendet – das könnte allerdings mehr mit einer konservativen Medienpolitik als mit Rücksicht auf Betroffene zu tun haben. Auch in einigen europäischen Ländern, wie etwa Estland, werden solche Informationen vorab

FEUILLETON



Ich publiziere, also bin ich

Wer heutzutage etwas publizieren möchte, braucht nicht mehr unbedingt einen Verlag oder ein Label. Über die Möglichkeiten und Grenzen des Self-Publishing.

Dank Internet können alle alles in Echtzeit publizieren, sei es ein Gedicht oder ein GIF, einen Comic oder ganze Serien. Die/Der KünstlerIn in uns ist für die Veröffentlichung ihrer Werke nicht mehr auf Communities angewiesen – er/sie kann sich ihre Plattform selber bauen. Die technischen Möglichkeiten, eigene Werke zu produzieren, sind heutzutage jedem und jeder zugänglich.

SCHLAFENDE MANUSKRIPTE.

Seit der Erfindung der Druckerpresse durch Gutenberg um 1450 herum hat sich in der Vertriebslogistik des gedruckten Wortes so einiges getan. Die unzählige Male totgesagte Kulturtechnik des Lesens ist lebendiger denn je, ob auf Papier oder neuerdings auf dem E-Reader – womit jedoch nichts über die Qualität des Geschriebenen sowie der Rezeption gesagt ist. Technologie hat Einfluss auf die Lesegewohnheiten und diese ändern sich auch. AutorInnen stehen vor der Frage: Soll ich auf die herkömmlichen Vertriebskanäle der etablierten Verlage zurückgreifen oder die Sache selbst in die Hand nehmen und alle technischen Möglichkeiten ausschöpfen, um mir in Eigenregie Gehör zu verschaffen? Oder kann ich vielleicht sogar beides haben?

Der Weg vom Erstlingswerk in der Schublade bis zur Veröffentlichung in einem renommierten Verlag ist meist lang und steinig. Die Dunkelziffer der unveröffentlichten Romane lässt sich kaum eruieren, sie muss jedenfalls horrend sein. Eine Anekdote, die über Glanz und Elend der AutorInnen in den Mühlen des Literaturbetriebs viel aussagt, betrifft Robert Schneiders Manuskript zum Roman „Schlafes Bruder“. Es wurde von 23 Verlagen abgelehnt, bis es beim Reclam-Verlag zum Welthit wurde. Im Anschluss soll der Autor einen Vorschuss in noch nie dagewesener Höhe vom Blessing-

Verlag für seinen zweiten Roman „Die Luftgängerin“ erhalten haben. Allerdings wurde dieses Werk von der Literaturkritik einhellig verrissen.

PUBLIKATIONSKONTROLLE. Self-Publishing-Verlage wie etwa tredition, der seinen Sitz in Deutschland hat, sind mit dem Versprechen angetreten, künftigen AutorInnen solche Umwege und Achterbahnfahrten zu ersparen. Sönke Schulz, Geschäftsführer von tredition, beschreibt die Misere der deutschsprachigen Verlagslandschaft: „2013 ergab eine Umfrage von tredition unter deutschsprachigen Publikumsverlagen, dass diese zwischen 3.000 und 10.000 unverlangt eingereichte Manuskripte pro Jahr erhalten. In der Regel wird kein einziges davon veröffentlicht. Und nicht etwa, weil alle diese Manuskripte keine Veröffentlichung wert sind. Die Verlage schaffen es schlichtweg nicht, die Einreichungen allesamt zu sichten. Die Chancen, als neuer

unbekannter Autor in das Programm eines traditionellen Verlags aufgenommen zu werden, sind also äußerst gering.“ Vor diesem Hintergrund ist es für AutorInnen verlockend, das eigene Buch sofort veröffentlichen zu können, dabei höhere Provisionen zu erzielen als bei traditionellen Verlagen, an der Umschlaggestaltung beteiligt zu sein und den Verkaufspreis des Buches selbst festlegen zu können. „Grundsätzlich kann heute jeder jederzeit ein Buch veröffentlichen“, stellt Schulz fest. Wodurch die Frage, warum jede und jeder jederzeit ein Buch veröffentlichen können sollte, natürlich noch lange nicht beantwortet ist. Aber das ist eine andere Geschichte.

Bei tredition erschienene Bücher erhalten auch eine ISBN-Nummer, was ihre Auffindbarkeit gewährleistet. tredition betreibt auch aktiv Marketing: Für jedes Buch wird eine individuelle Pressemitteilung an Nachrichtenportale und Newsticker versendet,

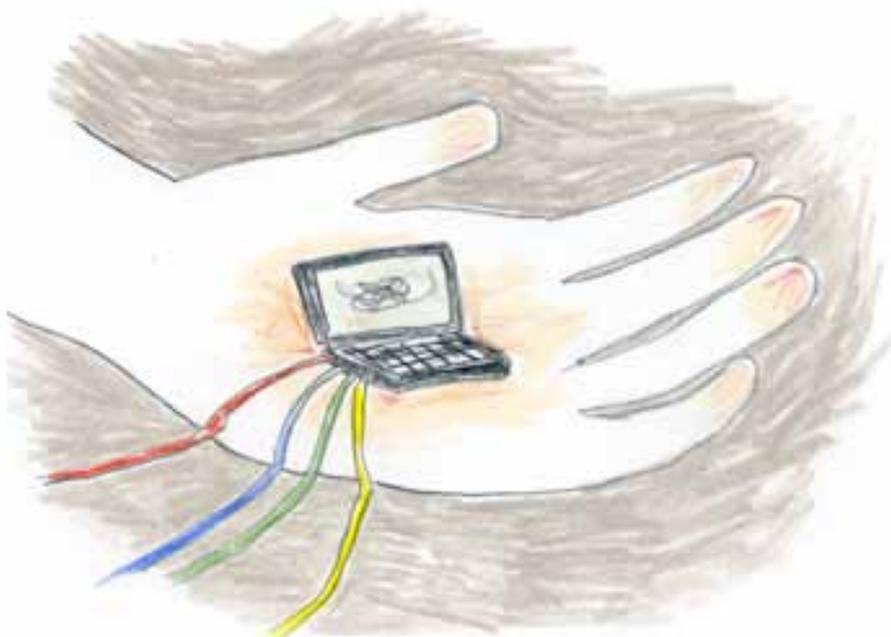
wird eine Suchmaschinenoptimierung vorgenommen, die Bücher werden auf der Frankfurter Buchmesse ausgestellt, und JournalistInnen erhalten kostenfreie Rezensionsexemplare.

AUF EIGENE FAUST. Wer seine oder ihre Texte, Fotos, Musik, Comics und anderes einfach unter die Leute bringen will, kann das heutzutage aber im Grunde genommen auch ohne einen Self-Publishing-Verlag tun. Schier unendlich sind die Möglichkeiten: ein Blog, eine eigene Homepage, Facebook, SoundCloud, WordPress – um nur die wichtigsten Plattformen zu nennen. Unabhängig und flexibel ist, wer auf diese Weise publiziert, aber zugleich stellt sich die Frage nach der finanziellen Vergütung sowie nach der Sichtbarkeit auf einem Markt, auf dem in erster Linie Anerkennung und „symbolisches Kapital“ akkumuliert und gehandelt werden.

„Bildet Banden“, rät Eva Schörkhuber, freie Autorin, Lehrende, Lektorin und Redakteurin, jungen Kunstschaffenden. Alternative Distributionswege, etwa gemeinsam betriebene Plattformen, können helfen, die Abhängigkeit von gewachsenen Institutionen und Mechanismen zu verringern und sich in der Verlagslandschaft mit mehr Selbstbewusstsein zu behaupten: „Bei der Zusammenarbeit mit Verlagen ist es, finde ich, wichtig, sich nicht als Bittsteller_in zu begreifen, der oder die unter allen Umständen dankbar sein muss, dass die eigenen Arbeiten publiziert werden.“

KORREKTORAT, LEKTORAT? Das Lektorat ist definitiv ein Aspekt, der Self-Publishing von herkömmlichen Publikationsmethoden unterscheidet. Bei tredition etwa gibt es zwar eine „Qualitätsprüfung“ und AutorInnen haben die Möglichkeit, auf ein „ExpertInnen-Netzwerk“ von LektorIn-





Illustrationen: Anna Diem

nen, KorrektorInnen, IllustratorInnen und ÜbersetzerInnen zurückzugreifen. Aber schlussendlich liegt es in der Verantwortung der/s AutorIn, das Endprodukt in einer entsprechenden Form abzuliefern. Schulz dazu: „Autoren müssen sich bewusst sein, dass eine professionelle Umsetzung ihres Buchprojektes, also einwandfreie Rechtschreibung und Grammatik, professionelles Cover, aussagekräftiger Rückentext und so weiter die Grundvoraussetzung für jegliche Verkaufschance ist.“

Eva Schörkhuber, die den Prozess der Textproduktion aus verschiedenen Blickwinkeln kennt, ist überzeugt, dass es Texten – literarischen, journalistischen und wissenschaftlichen – gut tut, wenn sie von mehreren Menschen gelesen, diskutiert und begleitet werden. „Ein seriöses, ausführliches Lektorat macht genau das – den Text zu begleiten“, erklärt sie und fügt hinzu: „Lektorieren heißt eben nicht, bei einem fertigen Manuskript den Rotstift anzusetzen, zu streichen und zu korrigieren, sondern sich über den Text auszutauschen, Stärken und Schwächen zu besprechen, und das auf- und ausatmen zu lassen, was in den solitären Schreibstunden produziert wurde.“ Leider führe Zeitmangel dazu, dass auch in klassischen Verlagen inzwischen eher Korrekturen als Lektorate durchgeführt würden. Schörkhuber betont aber, dass ein Lektorat auch in selbstorganisierter Form, also in Lesekreisen oder Leseforen, stattfinden kann.

Wie sieht es mit dem Publikum aus? Kann sich einE Self-PublisherIn sein

oder ihr eigenes Publikum „heranzüchten“? Nur bedingt. Schörkhuber warnt vor Allmachtphantasien selbstpublizierender AutorInnen: „Nur weil meine Texte jetzt online sind, heißt das noch lange nicht, dass sie gefunden, wahrgenommen und gelesen werden. Ich werde mich auch als Self-Publisher oder Self-Publisherin auf verschiedene Weisen vernetzen müssen, um sichtbar zu werden, zu sein, zu bleiben.“

Die junge, mehrfach ausgezeichnete Fotografin Mafalda Rakoš berichtet, dass selbst publiziertes Material eher ein spezialisiertes LiebhaberInnen-Publikum anspricht als die breite Masse: „Schon allein durch die Anzahl – meistens bewegt sich ein Fotobuch zwischen 50 und 900 Stück, wenn es selbst gemacht ist. Ein Verlag produziert sicher auflagenstärker.“

Die Comiczeichnerin und Self-Publisherin Anna Heger (*annaheger.wordpress.com*) schätzt den unmittelbaren Kontakt mit dem Publikum: „Ich habe das Gefühl, dass ich steuern kann, welches Publikum ich erreiche. Natürlich nicht zu 100 Prozent, aber mit Self-Publishing komme ich in Kontakt mit Leuten, die feministisch oder queer sind, oder was auch immer zu mir passt. Das ist ein Publikum, das ich ansonsten so gar nicht gezielt finden könnte.“

Die Kontrolle über den gesamten Prozess der Veröffentlichung zu haben, ist für Anna Heger eine gute Sache. Sie veröffentlicht ihre Comics auf einem Blog, druckt sie selbst aus und faltet sie per Hand zu kondomgroßen

Heftchen: „Die Vorteile beim Selbstpublizieren liegen darin, dass ich über jeden Schritt Kontrolle habe. Ich kann etwas ausprobieren und sehen, ob und wie es funktioniert. Im direkten Austausch mit Leser_innen merke ich, wie sie ticken und was sie an meinen Comics interessiert.“

KRAMPFIGE VERSCHRÄNKUNG.

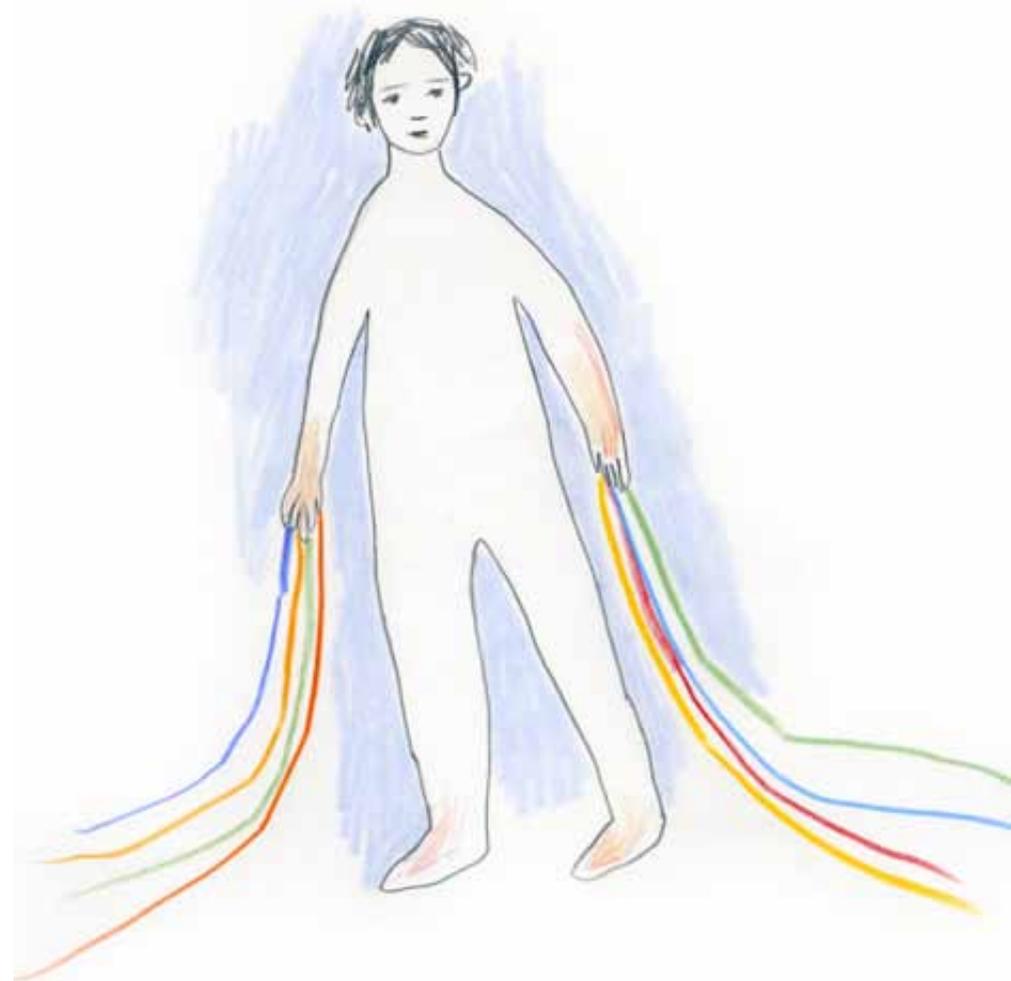
Mafalda Rakoš kennt auch die Schattenseiten dieser Gestaltungsfreiheit: „Du kannst alles selbst machen, schön und gut – trotzdem: Es ist deine Zeit, dein Geld, dein Risiko. Dass Fotograf_innen ihr Projekt quasi von Anfang bis Ende selbst betreuen und nicht am Ende ‚abgeben‘, kann oft zu sehr krampfartigen Verschränkungen mit der Arbeit führen. Der Erfolg danach ist zwar umso toller, aber auch für emotionalen Abstand und Pausen bist du allein verantwortlich. Freund_innen und Eltern müssen herhalten. Das ist Schweiß und harte Arbeit.“

Auch Schörkhuber gibt zu bedenken, dass die Eigenverantwortlichkeit einen Haken haben kann: „Das Gefühl, alle Entscheidungen absolut eigenmächtig treffen zu müssen, kann auch eine Falle sein. Begreife ich mich als absolut ‚frei‘ in all meinen Publikationsentscheidungen, werde ich mich für alles verantwortlich fühlen und auch verantwortlich machen – sowohl für einen Erfolg als auch für ein Scheitern. Ich denke, dieses Pendeln zwischen Allmachtphantasien bei Erfolg und Selbstvorwürfen bei Niederlagen paralyisiert.“

Oft muss es aber gar keine Entweder-oder-Entscheidung sein. Konventionelle Publikationswege und neue Möglichkeiten zur Verbreitung von Inhalten können sich auch ergänzen. Gemeinhin würde man annehmen, dass jene AutorInnen auf Self-Publishing zurückgreifen, die bei keinem Verlag unterkommen konnten. Zumindest eine berühmte Ausnahme gibt es aber: Elfriede Jelinek, die es sich seit dem Nobelpreis leisten kann, auf den von ihr als „extrem korrupt“ und „nepotistisch“ kritisierten deutschsprachigen Literaturbetrieb zu verzichten: „Wenn ich im Netz veröffentliche, dann gehört der Text mir, und er bleibt es auch. Gleichzeitig hat jeder darauf Zugriff, der will“, sagte Jelinek in einem Interview mit *fiktion.cc*.

Ein Problem wird jedoch auch durch noch so niederschwelliges Self-Publishing nicht zu lösen sein, nämlich die Frage, wer denn noch, wie Michael Endes kleine Momo „mit aller Aufmerksamkeit und aller Anteilnahme“, zu lesen und zuzuhören vermag, wenn alle damit beschäftigt sind, selbst zu publizieren.

Mascha Dabić hat Translationswissenschaft (Englisch und Russisch) fertig und Politikwissenschaft fast fertig studiert und unterrichtet Russisch-Dolmetschen an den Universitäten Wien und Innsbruck.



Me, my Selfie and I

Viraler Netztrend und Kunstgenre: Selfies sind präsenter denn je. Und politischer als erwartet.

Das Selbstbildnis ist kein Phänomen des Internetzeitalters. Schon in der Antike dokumentierten Künstler_innen ihre eigene Existenz durch Zeichnungen, Skulpturen oder Fotografien. Sei es die feministische und kommunistische Malerin Frida Kahlo oder die bis nach ihrem Tod unentdeckte Straßenfotografin Vivian Maier: Weltweit reißen sich Museen um ihre anspruchsvollen und spannenden Werke. Von Selbstportraits weißer Typen wie Vincent van Gogh möchte ich gar nicht erst anfangen. Subjekt und Objekt zugleich, ein Spiegel des Selbst. Das sind die künstlerischen Funktionen von Selbstportraits – oder wie sie heute genannt werden: Selfies.

POLITISCHES SELBSTPORTRAIT. Die Produktion von Selbstportraits ist eine politische Intervention, die häufig unverstanden bleibt. Wir leben in einer Gesellschaft, die von Gewalt gestützt wird: Das Patriarchat, Hetero- und Cisnormativität, rassistische und klassistische Strukturen und eine eurozentrische Erzählweise von Geschichte und Geschehen prägen sie. Was wiedergegeben wird, ist stark gefiltert, privilegierte Stimmen werden verstärkt. Die Lebensrealitäten marginalisierter Personen werden so schon seit Jahrtausenden unsichtbar gemacht, ihre Überbleibsel vernichtet. Klingt scheiße, ist aber so.

Aber so muss es nicht weitergehen. Dank technischem Fortschritt sind Milliarden von Menschen mit Kameras und Internetzugang dafür ausgestattet, sich in die Geschichtsschreibung einzumischen. Selfies stellen eine Gefahr für dieses auf Lügen basierende System dar, denn sie dokumentieren die Lebensrealitäten von Personen, die sonst nur durch Fremdzuschreibungen repräsentiert werden. Sie sind der Beweis dafür, dass diese Personen existierten und existieren.

Selfies erzeugen in vielfacher Hinsicht Macht. Zum einen durch die selbstbestimmte Repräsentation, zum anderen auch auf fototheoretischer Ebene. Wenn Roland Barthes die Fotografie mit dem Tod vergleicht (nicht zuletzt auch aufgrund der Sprachmetaphorik des Schießens eines Bildes, aber auch

aufgrund des Einfrierens eines Moments), dann sind Selbstportraits mit Suizid vergleichbar. Das Gefühl, über das Wie, Wann und Wo Kontrolle zu erlangen, bringt die sich selbst abbildende Person in eine Machtposition. Sowohl beim Suizid als auch beim Selfie wird den Akteur_innen Egoismus vorgeworfen. Pluspunkt des Selfies: wenig Destruktivität, optional viele schöne Filter.

AUFMERKSAMKEITSSCHREI MY ASS. Auf der Popkultur-Plattform *jezebel.com* entfachte Erin Gloria Ryan Ende 2013 die Debatte, ob Selfies nicht eher Produkte aufmerksamkeitshungriger Jugendlicher als Empowermentstrategien seien. Solche Aussagen sind Ausdruck privilegierter Positionen – das merkte auch der_die Blogger_in Loan Tran an: „What a lot of these articles don't talk about is the way desirability are defined. Many of these articles leave out what selfies do and have done for people of color, queer and trans people, fat folks, disabled folks and all of us living at the intersections of those identities.“ Das vermeintliche Gieren nach Aufmerksamkeit verwechselte Ryan mit dem Bedürfnis nach Bestätigung innerhalb einer Community, in der eben nicht oberflächlich-lookistische Bemerkungen, sondern ermächtigendes Anerkennen und Sehen vorherrschen. Davon abgesehen ist es völlig legitim, in Eitelkeit und Selbstgefälligkeit zu versinken. Die Abwertung dieser Eigenschaften ist häufig sexistisch, denn in der Regel sind es Frauen*, deren Äußeres zwar immer überragend sein soll, aber bloß mit Bescheidenheit zur Schau zu stellen ist. Ganz nach dem Motto: „I'm sexy and I kind of know it but I'm just going to pretend that I don't, otherwise everyone is going to mistake me for a shallow bitch.“ Das Tabu ist hier die Darstellung selbstbewusster Frauen* und entlarvt, dass diese Geisteshaltung scheitert, sobald Frauen*, queere Personen, People of Color, Schwarze Personen, disableisierte und dicke_fette Personen sich selbst lieben.

Klassisch sind auch klassistische Diskreditierungen von Selfies. Auf Twitter begegnete mir neulich ein Foto von einem T-Shirt mit der Aufschrift „Less selfies, more books“. Hä? Die Journalistin Ella Mor-

ton kommentierte ganz korrekt: „I think you mean ‚fewer selfies‘ there, champ. If you're going to be a snob, do it properly.“

Woher die Dichotomie Selfies vs. Bücher kommt, kann ich mir nicht erklären. Lesen Menschen, die gerne Selfies machen, etwa keine Bücher? Wer „book selfies“ googelt, wird unter den ersten Treffern auf eine ganz gewiefte Kandidatin stoßen: Kim Kardashian. Die schlägt nämlich beide Fliegen mit einer Klappe und veröffentlicht dieses Jahr ihr Buch „Selfish“, gefüllt mit nichts anderem als Selfies. Auf 352 Seiten. Und jetzt, Hater_innen?

MACHT UND ERMÄCHTIGUNG. Nicht alle Menschen haben das Privileg, visuell auf eine positive und empowernde Art repräsentiert zu werden. Gerade marginalisierte Gruppen werden, wenn überhaupt, sehr stereotyp dargestellt. Vorbilder aus den Medien sind so vielfältig wie 365 Tage im Jahr Toastbrot: ziemlich weiß.

Die Devise heißt also: Do it yourselfie. Fotografiere dich selbst, verbreite dein Material über alle Kanäle, zeige der Welt, dass du existierst. Zeige deiner Community, dass du existierst. Zeige den beschissenen Reklamen, die dich immer wieder unsichtbar machen, dass du existierst. Auf diese Art können Menschen selbst bestimmen, auf welche Art sie repräsentiert sein möchten und entfliehen den diktierten Blicken Privilegierter, zum Beispiel dem „Male Gaze“. Selfies können brechen, was Schönheitsnormen propagieren: Einerseits können sie zeigen, dass Menschen nicht normschön sein müssen, um schön zu sein. Andererseits illustrieren sie auch, dass Schönheit an sich nicht erstrebenswert ist. Nicht alles muss schön sein, um existieren zu dürfen oder um Akzeptanz und Respekt zu ernten. Wenn die Selbstliebe so groß ist, dass alle Hater_innen beleidigt sind und sich bedroht fühlen, wurde alles richtig gemacht.

Hengameh Yaghoobifarah studierte Medienkulturwissenschaft an der Uni Freiburg und arbeitet als Online-Redakteurin beim Missy Magazine.

Er macht blabla, sie macht haha

Frauen im Kabarett: schön sein, lachen, kurze Kleider tragen. Ein Interview mit der Kabarettistin Nadja Maleh über eine Rollenverteilung im Umbruch.

Im Jahr 2007 feierte die österreichische Kabarettistin und Schauspielerinnen Nadja Maleh mit ihrem ersten Solo-Programm „Flugangsthasen“ in Wien Premiere. Drei Jahre später wurde der gebürtigen Wienerin der Österreichische Kabarettpreis verliehen. Heuer steht sie mit ihrem vierten Programm „Placebo“ abermals auf der Bühne. *progress* hat mit der Künstlerin über Sexismus, Humor und ihr neues Programm gesprochen.

progress: Warum gibt es im Kabarett deutlich weniger Frauen als Männer?

Nadja Maleh: Das Ungleichgewicht ist meiner Meinung nach eine Folge unserer klassischen Rollenaufteilung. Die ist zwar heute im Wandel, aber alte Muster sind dennoch stark. Im Kabarett lässt sich das so skizzieren: Er sagt etwas Lustiges, sie lacht. Er ist aktiv, sie ist passiv. Er macht blabla, sie macht haha. Schon junge Mädchen wurden und werden noch immer dazu erzogen, zu harmonisieren anstatt zu polarisieren. Letzteres blieb seit jeher den Männern überlassen. Aber im Kabarett geht es darum Tabus zu brechen, laut zu sein und auch den Mut zu haben, Hässlichkeit zu zeigen. Das fällt einerseits manchmal Frauen schwer und andererseits haben manche Männer ein Problem mit Frauen, die die scheinbar natürlichen Verhältnisse in Unordnung bringen wollen. Natürlich kann es als Frau oft auch sehr ermüdend und anstrengend sein, andauernd gegen tradierte Altherrenvorurteile anzukämpfen. Kein Wunder also, dass nicht so viele Ladies Lust darauf haben. Aber glücklicherweise werden wir Kabarettistinnen immer mehr.

Sehr hartnäckig hält sich das Stereotyp, dass Frauen weniger Humor als Männer hätten.

Das stimmt natürlich nicht. Frauen und Männer haben ohne Frage gleich viel Humor. Auch wenn es da und dort



Foto: Nadja Maleh

gewiss weniger humorvolle Exemplare gibt.

Woher kommt dann diese Vorstellung?

Humor war in der westlichen Welt nie ein typisch weiblicher Wert, über den sich eine Frau zu definieren hatte. Daher kommen auch solche Behauptungen, dass Frauen weniger Humor hätten als Männer. Schönheit, Sanftheit und Mitgefühl sind hingegen Eigenschaften, die oft Frauen zugeschrieben werden, und somit auch jene Charakteristika, mit denen sich Frauen wiederum selbst definieren. Humor ist aber nicht immer gleich Humor. Da gibt es sehr wohl Unterschiede, die wir auch in Bezug auf Mann und Frau attestieren können: Zum Beispiel haben Untersuchungen gezeigt, dass Frauen eher dazu tendieren, über sich selbst zu lachen. Männer hingegen machen vermehrt Witze über andere.

Gibt es Sexismus im Kabarett?

Sexismus hat immer etwas mit Ungleichheit und mit dem sozialen Status zu tun. Das Kabarett soll als Spiegel unserer Gesellschaft verstanden werden. Und in der herrscht eben genau

diese Ungleichheit. Wenn wir darüber lachen, ist das sicherlich zugleich auch eine Form der unbeschwertten Reflexion darüber. Über die sogenannten „Schwächeren“ zu lachen, war eben immer schon ein Leichtes.

Wurden Sie schon einmal in Ihrem Arbeitsbereich sexistisch behandelt?

Ja, da gab es zum Beispiel einmal einen Veranstalter, der von einer Agentur Kabarett-Vorschläge einholte. Als ich ihm vorgeschlagen wurde, war seine Antwort: „A Frau!? Naaa, wir wollen was Lustiges!“

Sind also sexistische Witze vor allem bei männlichen Kollegen beliebt?

Wenn ich jetzt so überlege, dann muss ich ehrlich sagen, dass mir kaum ein Kollege einfällt, der sich in erster Linie sexistischer Witze und Nummern bedient. Und wenn doch einmal, dann kommt das meistens nur bei einem bestimmten Publikum gut an.

Womit wir bei den Zuschauer_innen wären. Wer lacht überhaupt? Über wen wird gelacht? Und gibt es Grenzen des Humors?

Beim Kabarett soll jeder und jede das

Recht haben, lachen zu dürfen. Es soll im Gegenzug aber auch über jeden und jede gelacht werden können. Natürlich gibt es Grenzen. Aber diese Grenzen hat jeder Kabarettist und jede Kabarettistin für sich selbst zu wählen. Ein Mindestmaß an Respekt sollte meiner Meinung nach auch im Kabarett niemals fehlen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Gedankenfreiheit, Witzefreiheit und darstellerische Freiheit existieren und propagiert werden. Wo die individuelle Barriere erreicht ist, muss der Künstler oder die Künstlerin innerhalb seines und ihres ganz persönlichen ethischen und künstlerischen Rahmens herausfinden.

Wie definieren Sie diesen Respekt und welche Art von Humor grenzt aus?

Es gibt Humor, der zerstörerisch ist, menschenfeindlich oder sogar dumm. Das ist eine Form, die für mich ausgrenzend ist. Auch Humor auf Kosten von jemandes Unzulänglichkeiten, für die er oder sie nichts kann, zählt für mich dazu.

Im Februar fand die Premiere Ihres neuen Programms „Placebo“ statt. Wie wichtig sind Klischees? Bedienen Sie sich selbst frauenfeindlicher Witze?

Wir alle erkennen uns und das Leben in Klischees. Sie sind wie der kleinste gemeinsame Nenner unserer Gesellschaft. Im Kabarett wird natürlich immer mit Klischees gespielt. Das ist ein Muss. Im besten Fall aber werden sie neu beleuchtet und erweitert. Für mich tritt Kabarett Frauen und Männern und allen übrigen Klischees gleich fest auf die Zehen.

Anne Schinko studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien.

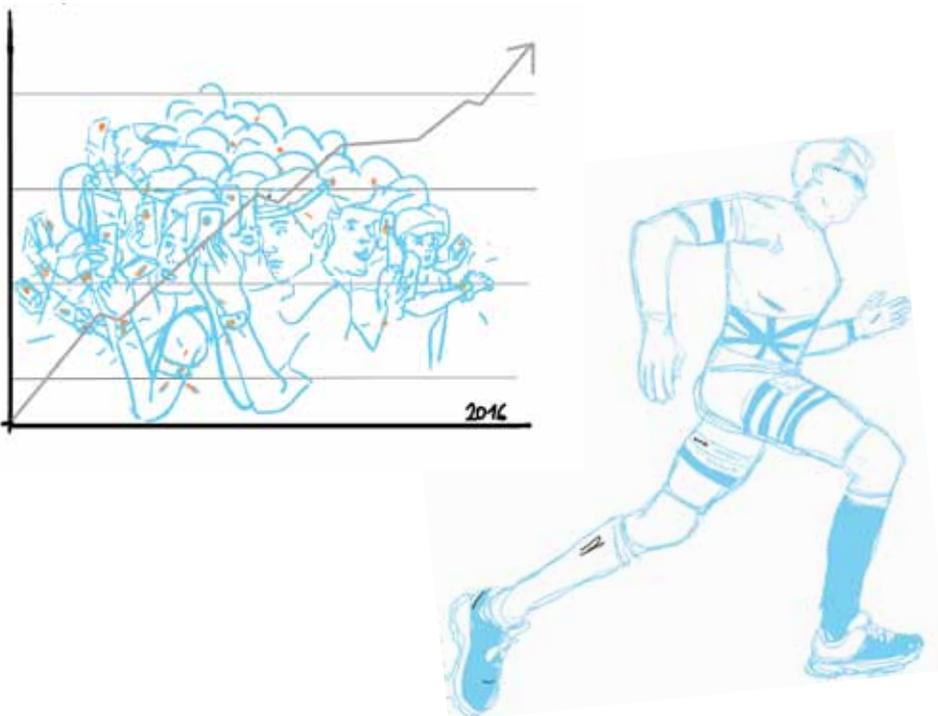
Selbstoptimierung

Durch Zählen zum besseren Menschen?

Der Trend

Quelle: quantifiedself.com, zeit.de

Das Prinzip der **PENIBLEN SELBSTBEOBACHTUNG** existiert schon sehr lange, den aktuellen Hype dazu lösten vor allem die amerikanischen Wired-Journalisten Gary Wolf und Kevin Kelly aus. 2007 wurde von ihnen die Website **QUANTIFIEDSELF.COM** ins Leben gerufen. Heute besteht der harte Kern der Selbststatistiker*innen aus 42.697 aktiven Mitgliedern und 196 Meet-Up-Gruppen in 130 Ländern, die Größte ist in San Francisco mit 4.164 Mitgliedern. Expert*innen sagen dem Markt der Selbstquantifizierung für 2017 ein Volumen von **27 MILLIARDEN DOLLAR** voraus.



Das Zielpublikum

Quellen: zeit.de, spiegel.de, symantec.com

Allein in den USA sind es mittlerweile **35 MILLIONEN MENSCHEN**, die computergesteuert am eigenen Ich basteln. **69% DER US-AMERIKANISCHEN BEVÖLKERUNG** geben an, regelmäßig einen oder mehrere Werte wie Gewicht, Blutdruck oder Blutzucker zu messen und zu analysieren. Auch mehr als die Hälfte der deutschen und britischen Bevölkerung zeigt großes Interesse daran, diverse Aspekte ihres Lebens wie gesundheitliche Indikatoren oder persönliche Finanzen zu analysieren. Die Französ*innen stehen dem Trend zum Self-Tracking etwas skeptischer gegenüber. Hier begeistert sich nur ein knappes Drittel der Befragten dafür. 2014 kam es bei der Benutzung von Gesundheits- und Fitness-Apps **WELTWEIT ZU EINEM ANSTIEG VON 62%**.

Die Ausrüstung

Quellen: dacadoo.com, pinterest.com

Apps, Waagen und Aktivitätstracker sind wirklich nur die Mindestausrüstung für wahre Self-Tracker*innen. Optional können noch **GLUCOSE-MESSGERÄTE** mit USB-Anschluss, **INTELLIGENTE ZAHNBÜRSTEN**, der quantified Becher oder auch die **QUANTIFIED GABEL** dazugekauft werden: Je mehr Daten, umso besser.



Zählen als Kunstform

Quelle: 2004-2040.com

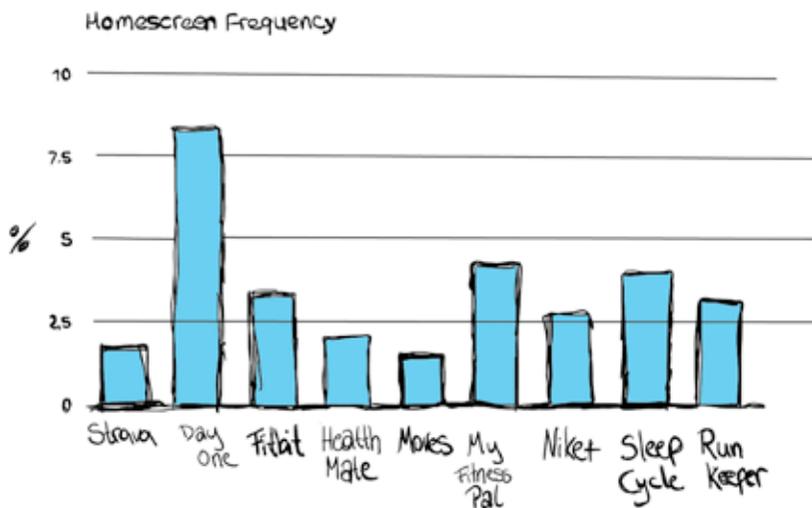
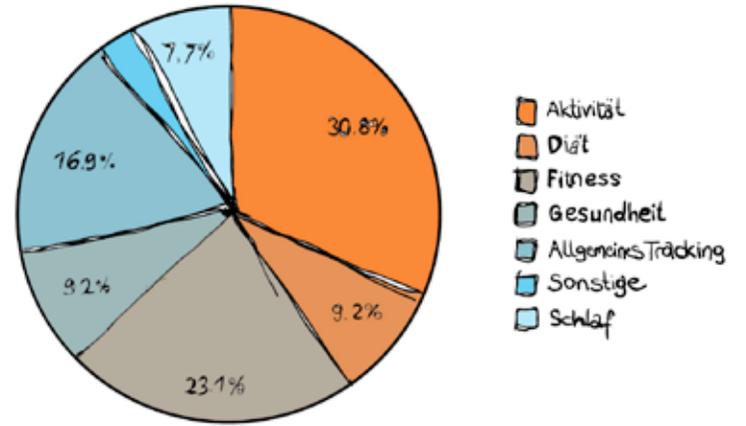
Der italienische Künstler **ALBERTO FRIGO DOKUMENTIERT SEIT 2004 JEDEN ASPEKT SEINES LEBENS**. Zum Beispiel durch 295.000 Fotos von Dingen, die er in der rechten Hand gehalten hat, über 12.000 Traumaufzeichnungen, 285 Quadratmeter Müll, den er beim Spaziergehen gesammelt hat, und 600 Fotos von neuen Bekanntschaften.



Die beliebtesten Apps und Anwendungsbereiche

Quelle: quantifiedself.com

#Homescreen heißt die App des New Yorker Startups Betawork, mit der man einen Screenshot des Handy-Startbildschirmes sharen kann – beispielsweise um mit einem tollen Hintergrundbild zu trumpfen, eine kreative App-Anordnungsweise vorzuschlagen oder einfach beim Blättern auf neue Apps zu stoßen. **40.000 IPHONE-BENUTZER*INNEN STELLTEN BISHER FOTOS IHRER STARTBILDSCHIRME INS NETZ.** Viele von ihnen haben Self-Tracking-Apps jederzeit am Homescreen griffbereit.



Die etwas anderen Apps

Quelle: quantifiedself.com

UCHEK bestimmt Krankheiten anhand der Fotos, die du von deinem Urin machst.

MINDRDR verbindet Google Glasses mit einem Gerät, das deine Hirnaktivität misst und es so ermöglicht, allein mit Hilfe der eigenen Gedanken Fotos zu machen und online zu teilen. Allerdings ist diese App noch nicht von Google freigegeben.

LENABABY zählt die Wörter, die dein Kind schon verwendet hat, und vergleicht seine Entwicklung mit der anderer Altersgenoss*innen.

„Stop wondering“ ist das Motto von **ILLUM**: Diese App misst, warum du wann glücklich bist und wann nicht.

HONESTYNOW soll es dir erleichtern, Entscheidungen zu treffen, indem du deine Freund*innen und das Internet über alles abstimmen lässt.

LOVEVIBE analysiert die Vibrationen in deinem Bett und hilft dir so, dein Sexleben zu optimieren.

Auch erwähnenswert: **WHISTLE ACTIVITY**, Tracking für Hunde, und **LELY**, Tracking für Kuhherden.



Sicherheitspannen

Quelle: zeit.de

Mitte 2011 konnte man die Profile von Nutzer*innen der Aktivitätsmesser-App „Fitbit“ ganz simpel mit Google finden. Alle **DATEN WAREN IRRTÜMLICH ÖFFENTLICH ZUGÄNLICH.** Selbst die heiklen Statistiken zur „sexuellen Aktivität“, die ganz im Sinne der Selbstoptimierung natürlich auch auf ihren Kalorienverbrauch hin abgeklopft wurde: „passiv, leichte Anstrengung“ oder „aktiv, hoher Kraftaufwand“.



Ein durchschnittlicher Tagesablauf in Österreich

Quellen: statistik.at, marktmeinungmensch.at, bmg.gv.at

Aufnahme an **ALKOHOL**: geduldeter Bereich

Aufnahme an **FETT**: zu hoch

SCHLAF: 8 Stunden 25 Minuten

KÖRPERPFLEGE: 47 Minuten

TOILETTEN-Aufenthalt: 17,5 Minuten

FRÜHSTÜCK: 16 Minuten an Werktagen,

24 Minuten am Wochenende

PENDELN: 1 Stunde 3 Minuten pro Weg

ARBEITSZEIT: 8 Stunden 43 Minuten

HAUSHALTSFÜHRUNG: 2 Stunden 52 Minuten

ESSEN: 1 Stunde 16 Minuten

GASSIGEHEN mit dem Hund: 54 Minuten

FERNSEHEN: 2 Stunden 4 Minuten

GESCHLECHTSVERKEHR: 16,9 Minuten

SCHLAFENSZEIT: 22 Uhr 30



Valerie Tiefenbacher hat Malerei an der Universität für angewandte Kunst studiert.

DER VATERROR



„Haunting“ ist wohl die beste Beschreibung für das Portrait des Vaters in Nina Bunjevac' vor Kurzem erschienener Graphic Novel „Vaterland“; die deutschen Übersetzungen „beklemmend“ und „unvergesslich“ lassen die geister- und rätselhafte Komponente im Grinsen des serbischen Nationalisten vermissen. In präzisen, kontrastreichen schwarz-weißen Bildern fährt Bunjevac die „Familiengeschichte zwischen Jugoslawien und Kanada“ nach und erzählt davon, was ihre Familie vom Balkan nach Nordamerika und zwei Mal wieder hin und zurück trieb. Und, wie ihr Vater zu dem Mann wurde, der im Ausland terroristische Anschläge auf jugoslawische Vertretungen und Tito-Sympathisant*innen durchführte.

Bei der einfühlsamen Nacherzählung ihrer Familiengeschichte vergisst Bunjevac nicht auf den politischen Kontext, aber auch nicht auf pointierte, makabere Spitzen. „Es lag etwas Böses und Kaltes in der Art, wie die Deutschen die Unerwünschten eliminierten. Mit so viel Leidenschaft, wie man braucht, um einen Dieselmotor zu perfektionieren“, zeichnet Bunjevac die systematische, industrielle Vernichtung der Jüd*innen während des zweiten Weltkrieges. „Im Gegensatz dazu widmete sich die Ustascha (kroatische Faschist*innen, Anm.) mit Herz und Seele ihrem praktischen Ansatz des systematischen Schlachtens.“ Bunjevac' Graphic Novel ist hier, bei der Rekapitulation der Geschichte des Balkans, am stärksten und eindrucklichsten. Selten wurden die historischen Verstrickungen so prägnant und verständlich auf den Punkt gebracht wie in den Rückblenden in „Vaterland“. Was unbeschreiblich und unüberblickbar scheint und an dessen Erklärung schon so viele Literat*innen und

Publizist*innen gescheitert sind, wird in Bunjevac' Buch zum Lehrstück, ohne jemals parteiisch zu werden. Und doch ist „Vaterland“ kein schwerer Familien- oder Historienepos, sondern ein feinfasriges Buch über das Private im Politischen.

Mit der Darstellung des Terrors (in diesem Fall übrigens die gerne „vergessene“ Ausformung des christlich-nationalistischen) trifft Bunjevac heute mit spitzem Stift einen Nerv und zeigt mit ihrer neuartigen Verarbeitung der Geschichte Jugoslawiens: Vielleicht ist die Graphic Novel ja die beste Form, den Landstrich, „der mehr Geschichte produziert, als er verarbeiten kann“, zu verhandeln.

*Nina Bunjevac: „Vaterland“
avant-verlag, 156 Seiten, 24,95 Euro*

Olja Alvir studiert Physik und Germanistik an der Universität Wien.

App-Rezension

WO SIND DIE DINOS?



Proton Riders, 17:00. In dem in 80er-Jahre-Zeichentrickstil gehaltenen Spiel „Ace Ferrara And The Dino Menace“ jagt man als der Praktikant Ace Ferrara in Sonnensystemen raumschiff-fliegende Dinosaurier, die die Menschheit bedrohen. Und das ist relativ einfach, denn die Steuerung verzichtet auf jeglichen Firlefanz. Dafür büßt sie eine dritte Dimension ein. Mit dem virtuellen Joystick geht es nur links oder rechts weiter. So einfach die Steuerung ist, so platt und deswegen lang wirkt die Story.

Eigentlich will man lieber mit der älteren Captain Rogers in den eindrucksvoll gemachten Galaxien Dinos jagen. Ihre Rolle beschränkt sich aber darauf,

Anweisungen zu geben und sich in Weisheit/Fadheit zu üben. So muss man eben Fragen des Piloten Sneaky Jaques beantworten, z.B. wie „she“, das neue Schiff (sic!), so drauf ist. Da ärgert man sich, dass „Ace Ferrara“ kein Open-World-Spiel ist, in dem man Sneaky Jaques ein Glas Wasser ins Gesicht schütten kann. Stattdessen liest man Antworten wie: „She's... powerful, I suppose? Maybe... Maybe a little bulky.“ Ähh?

Nicht nur die Dialoge machen es schwer, nicht einfach auf Skip zu drücken, sondern auch deren graphische Umsetzung. Da zittern die Buchstaben, Wörter oder Satzteile sind ohne erkennbare Struktur eingefärbt und Englisch ist die einzige Sprachoption. Englisch – kein Problem? Wenn Wörter wie „Counter-Impersonation“ oder „Xeno-Relations 201“ in fast jedem Satz auftauchen, denkt man anders.

Unterhaltsam sind die Retrospektiven auf Gewohnheiten des 21. Jahrhunderts. In „Ace Ferrara“ ist der

Bus, der mit fossilen Brennstoffen betrieben wird, ein Absurdum. Ebenfalls unglaublich ist die Vorstellung, dass Dinosaurier, die erbitterten Feinde, mal für eben diese Busse verbrannt wurden.

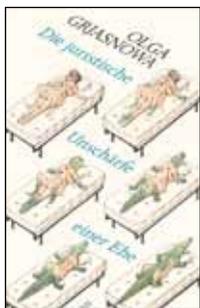
Auch wenn die Storyline etwas hohl ist, hat der Wiener Philipp Seifried im Alleingang (!) einen technisch klugen und graphisch sauberen Weltraumshooter entwickelt. Mit kleinen Flugtricks wie Barrel Rolling oder Afterburner wird die Jagd im Miniversum am Handy zum ausgetüftelten Flugenerlebnis.

*Philipp Seifried: „Ace Ferrara And The Dino Menace“
iOS/Android, 1,99 Euro*

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Universität Wien.

Buch-Rezension

AN DIE WAND FAHREN



Der Nullpunkt kommt früh in Leylas Leben. „Man braucht nicht auf die Midlife-Crisis zu warten, man kann sein Leben auch schon mit Mitte Zwanzig wunderbar gegen die Wand fahren“, heißt es in Olga Grjasnowas zweitem Roman „Die juristische Unschärfe einer Ehe“, in dem Leyla ihr Leben buchstäblich an die Wand fährt, als sie bei einem illegalen Autorennen in Baku verhaftet wird. Der Roman beginnt bei Kapitel „0“ in einer Gefängniszelle, um dann ganz vorne anzufangen und zu erzählen, wie Leyla in diese Lage geraten konnte.

Leyla ist Balletttänzerin und mit dem Arzt Altay verheiratet. Was in Aserbaidschan als Zweckehe

begonnen hat – sie ist lesbisch und er schwul –, ist irgendwann zu richtiger Liebe geworden, in der andere Beziehungen aber zugelassen oder sogar gewollt sind. Und weil man in Berlin offen homosexuell sein kann, leben die beiden in der deutschen Hauptstadt. Hier trifft Leyla auf die amerikanische Medienkünstlerin Jounon.

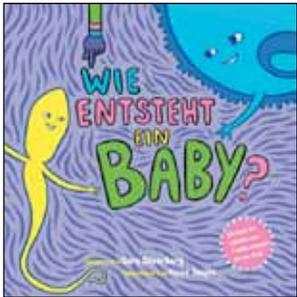
Wie auch schon das Debüt „Der Russe ist einer, der Birken liebt“ der 1984 in Baku geborenen Autorin ist ihr neues Buch betont transnational und macht gleich mehrere Ebenen zugleich auf. Es geht um das korrupte postsowjetische Baku, das homophobe Moskau, das sexuell befreite Berlin. Die Städte bilden die Achsen dieser Dreiecksgeschichte, in der Leyla, Altay und Jounon versuchen, sich eine Liebe zu teilen. Aber wie viel Liebe ist nötig, damit die polyamouröse Ehe klappt? Grjasnowa erzählt abwechselnd aus der Perspektive der einzelnen Figuren, trotzdem kommt man ihnen erstaunlich wenig nah.

Das mag vielleicht auch an Sätzen wie „das Wegdenken der heteronormativen Werte bereitete ihr mehr Probleme, als sie zugeben mochte“ liegen, die zwar so sehr ins heutige Berlin passen mögen, auf einer Gefühlsebene dann aber nicht wirklich funktionieren. Zum Schluss scheinen dann doch nur die Eheleute Leyla und Altay übrig zu bleiben, die schon von Anfang an als Einheit aufgetreten sind. Und dann kommt da auch noch ein Kind und man weiß nicht: Ist das bitterböse Ironie oder romantischer Ernst?

*Olga Grjasnowa: „Die juristische Unschärfe einer Ehe“
Hanser Verlag, 272 Seiten, 20,50 Euro*

Sara Schausberger hat Germanistik studiert und arbeitet als Kulturjournalistin in Wien.

AUFKLÄRUNG FÜR ALLE!



Endlich! Ein nicht-heteronormatives Aufklärungsbuch für Menschen ab drei Jahren, aus dem auch Erwachsene noch einiges lernen können. „Silverbergs nuancierte Darlegung von Reproduktion und Gestaltung

kommt einer Offenbarung gleich“, sagt, laut Buchrücken, die sechsjährige Sophie über „Wie entsteht ein Baby“. Und Sophie hat so recht. Das Buch beschreibt, was es braucht, damit ein Baby entsteht: eine Eizelle und eine Samenzelle, die beide sehr viele Geschichten über den Körper, aus dem sie kommen, in sich

tragen. Sie tanzen miteinander und tauschen sich aus, sodass sie am Ende ein eigenes Ding werden. Dann brauchen sie noch eine Gebärmutter, in der das Baby wachsen kann. Dabei kommt Sex Educator Cory Silverberg angenehmerweise ohne Geschlechterzuschreibungen aus, unterstützt wird er dabei von Fiona Smiths knallig bunten Illustrationen: „Nicht jeder Mensch hat eine Gebärmutter. Manche ja, manche nein.“ Es kann so einfach sein. Durch diese Reduzierung aufs Wesentliche wird Platz für Details gelassen, die jede Familie individuell für sich besprechen kann. Alle, denen dabei die Worte fehlen oder die sich Inspiration von Expert*innen holen wollen, können auf *what-makes-a-baby.com* einen Readers Guide (auf Englisch) herunterladen und sich von Silverberg Tipps für eine diverse Auseinandersetzung mit Reproduktion und Sexualität holen. Themen wie Sex/Gender, trans*/cis, Intersexualität, Behinderung

und Race haben hier ebenso viel Platz wie sämtliche Reproduktionsmöglichkeiten: Samenspende, In-vitro-Fertilisation, Adoption, Leihmutterchaft und Geschlechtsverkehr.

Am Ende steht kein Abbild einer glücklichen heteronormativen Kleinfamilie, sondern die Frage: „Wer hat dabei geholfen, dass die Eizelle und die Samenzelle zusammenkamen, aus denen du entstanden bist? Wer war glücklich, dass ausgerechnet DU dabei entstanden bist?“

Cory Silverberg, Fiona Smyth: „Wie entsteht ein Baby? Ein Buch für jede Art von Familie und jede Art von Kind“ Mabuse-Verlag, 17 Seiten, 16,90 Euro

Carla Heher studiert Volksschullehramt an der PH Wien.

Zweimal hingehört

**LOCAS IN LOVE
USE YOUR ILLUSION 3 & 4**



weise Postrock geht: Instrumentale Stücke, benannt nach Plätzen und Straßen in Köln. Die Abwechslung und Bandbreite zwischen den beiden Stilen macht den Reiz dieses Albums aus.

FRANK: Konzeptalbumalarm! Ein Doppelalbum, 23 Lieder – eigentlich fast ein Doppeldoppelalbum. Viel Text, viele (rhetorische) Fragen und grundlegende, immerwährende Weisheiten, ohne Angst vor Banalem. Auch findet sich ein bisschen Metaebene zwischen-durch, die als Selbstreflexion daherkommt. Und damit sich alle angesprochen fühlen, gibt es viele statuierte Exempel des menschlichen Daseins von Erwachsenenwerdenden in bestimmten Situationen, die wir wahrscheinlich alle kennen, oder (leider) bald kennen lernen: „Martin ist jetzt Lehrer, überhaupt sind ganz schön viele jetzt Lehrer.“ Dazu wunderbares Artwork von Bassistin Stefanie Schrank, das mit der Musik der 3er-Platte dazu verleitet, es sich mit der Band in Daseinsreflexionen gemütlich zu machen und dahinzuplätchern. Wenn da nicht die Zäsur „Use Your Illusion 4“ wäre: Wir fahren, begleitet vom Soundtrack der Band, durch Köln, wie in einem bilderlosen Film, elf Stationen lang. Ein „Wiener Platz“ ist auch dabei – das sperrigste Stück. Beide Alben sind so fein instrumentiert und produziert, dass sie nicht langweilig werden. Auch nicht für diejenigen, die bereits aufgehört haben oder aufhören mussten, sich beim Halbphilosophieren zu gefallen.

KATJA: Die Kölner Supermelancholiker*innen Locas In Love werden nicht müde, neue Platten aufzunehmen und zu veröffentlichen. In diesem Falle sogar eine Doppel-LP. Ihr Durchhaltevermögen ist schon bemerkenswert. Seit 2001 machen sie zusammen Musik, einzig die Schlagzeuger*innen wechselten zwischenzeitlich (derzeit sitzt Saskia von Klitzing an den Drums, die unter anderem auch bei den Fehlfarben mitspielt). Der erste Teil des Albums ist in gewohnter Locas-Manier eine traurige, nostalgische und sehnsüchtige Hommage an Jugendlichkeit, Freund*innenschaft und den ganzen Rest. Björns Stimme vermittelt den untrüglichen Eindruck, man säße mit ihm um halb drei nachts in einer WG-Küche und rede über sein verkorkstes Leben. Eingestreut ins Gespräch gibt es Referenzen an Popgrößen á la The Smiths („Da ist ein Licht...“ – „there is a light that never goes out“). Im zweiten Teil gibt es eine neue Seite der Band zu entdecken, die in Richtung Krautrock beziehungs-

**SLEATER-KINNEY
NO CITIES TO LOVE**



wir trotz allem Riot Grrrls brauchen, können sie nicht.

FRANK: Schreiben worüber alle schreiben? In diesem Fall ein Muss, denn, sie sind wieder da: Sleater-Kinney. Und sie sind es so einfach und unkompliziert, dass sich die Unaufgeregtheit, mit der die Band nach zehn Jahren wieder gemeinsam spielt, eher schlecht mit dem weltweit ausgebrochenen Jubel verträgt. Weder an ihrem Sound, noch am Drumherum haben Sleater-Kinney groß gewerkt. Dennoch haben sie es sich mit ihrer Platte nicht leicht gemacht. So Pop-affin sind sie nicht in Erinnerung geblieben, ohne Scheu vor großen Gesten aber schon. Einige Songs haben Refrains, die entsprechend der Pop-Manier im Ohr hängenbleiben, nicht zuletzt der Titelsong – zu dem es ein fantastisches Pre-release-Video von Miranda July gibt. Andere Stücke hingegen erinnern mehr an die ersten Alben und sind vertrackter. Während wir in den Texten nach Referenzen von früher kramen, finden sich zum Beispiel in „Hey Darling“ Zeilen wie „it seems to me the only thing that comes from fame is mediocrity“. Wie setzt man das in Relation? Nach den betont relaxten Interviews zu urteilen, scheinen Sleater-Kinney ihre Rückkehr aber nicht überinterpretieren zu wollen. Tun wir es auch nicht.

KATJA: Noch länger im Musicbiz sind Sleater-Kinney, die Anfang der 90er Jahre die Riot-Grrrl-Bewegung (mit-)begründet haben. Zwischenzeitlich hatten sie das gesamte Bandprojekt auf Eis gelegt, doch zur großen Freude aller sind sie nun zurück. Die kreative Pause trägt mit dem neuen Album eine wunderbare Frucht. Die zwei bisherigen Auskoppelungen zeigen uns mit den unterhaltsamen Videos (zum Beispiel das Bob's Burgers Video zu „A New Wave“), dass hier keine angestaubte, herzlose Aufwärmplatte vorliegt, sondern eine nötige Reunion mit frischen Ideen. Die gleichnamige Single „No Cities to Love“ zeigt uns genau, welchen Einfluss die Musikerinnen auf die Künstler*innen von heute gehabt haben, daher singen Menschen wie Ellen Page, Natasha Lyonne („Orange Is the New Black“), Sarah Silverman und viele mehr ihren Hit. Ja, wir haben ein musikalisches Vakuum, das wir mit Serien und anderen Kulturgütern füllen können. Aber darüber hinwegtäuschen, dass

*Katja Krüger studiert Gender Studies an der Universität Wien.
Frank Hagen studiert Bildende Kunst an der Akademie der bildenden Künste in Wien.*

Immerhin hab' ich das Semesterticket

Die akademische Welt – eine Spielwiese der Entfaltung und Horizonterweiterung? Vielleicht, wenn du die Szene-Codes kennst. Paula Balov darüber, was an der Uni wirklich zählt.

„Freuen Sie sich aufs Studieren“, sagte die Frau vom Jobcenter, als ich frisch nach dem Abi (die deutsche Matura, Anm.) bei ihr landete: „Es wird die schönste Zeit Ihres Lebens.“ Ähnliches hörte ich auch von Freund_innen und Verwandten. Ich freute mich tatsächlich darauf, immerhin wurde es mir von allen Seiten schmackhaft gemacht. Die Leute bezogen sich dabei nicht auf Ermäßigungen oder das Semesterticket, sondern auf diese ach so freie – nein, die freieste Form des Lernens, auf die unzähligen Perspektiven, die sich ergeben würden, blablabla.

Meine Erwartungen an die Universität waren bescheiden. Ich dachte, in einem Seminar geht es in erster Linie ums Lernen, darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der jede_r seine_ihre Ideen und Probleme einbringen kann und hoffentlich mit dem Gefühl rauskommt: „Geil, ich hab was kapiert, ich hab einen Zusammenhang erkannt, ich habe die und die Fragen gefunden, die ich spannend finde...“

STATTDESSEN: jede Menge akademischer Szene-Codes. Wer drückt etwas verschwurbelter aus? Wer macht mehr Namedropping? Wer kennt die richtigen Schlagwörter? Wer hat Marx gelesen? Aus meiner Motivation, mich an Seminaren zu beteiligen, wurde zurückhaltendes in der Ecke Sitzen, weil ich mich nicht dumm fühlen wollte.

Ich bin Mittelschichtskind und als solches in vielerlei Hinsicht privilegiert. Es gibt jedoch einen Punkt, in dem ich nicht so privilegiert bin: Sprache. Deutsch habe ich erst in der Grundschule gelernt und wegen meiner (Aus-)Sprache nicht ernst genommen zu werden, war lange Alltag für mich. („Wie süß, solche Fehler machen nun mal ausländische Kinder!“)

Auch wenn meine Eltern studiert haben und ich mit meinem Vater am Mittagstisch über Beuys und Postmoderne philosophierte, haben wir das nie auf Angeber_innendeutsch getan. Mein Vater hat alltägliches Mazedonisch geredet und ich einen mazedonisch-kroatisch-deutschen Mix. Im Vordergrund stand das Verständnis. Ich war also mit dem geisteswissenschaftlichen Kauderwelsch nicht so vertraut wie meine Kommiliton_innen aus mehrheitsdeutschen akademischen Familien.

Ich sah mit der Zeit ein, dass ich, um komplexe Zusammenhänge zu erfassen, nicht um Fachwörter und

theoretische Konzepte herumkomme und diese auch sehr hilfreich sein konnten. Ich sah und sehe jedoch nicht ein, dass dieser zwar hilfreiche, aber auch oft überflüssige Sprachstil, zusammen mit einer elitären Performance, die Eintrittskarte in die akademische Welt bildet.

Stell dir vor, du stehst morgens auf und denkst: „Geil, gleich Blockseminar Postcolonial Studies!“, und hast ungelogen übertrieben viel Bock zu lernen. Und eine halbe Stunde nach Seminarbeginn fühlst du dich so klein, dass du am liebsten wieder in dein Bett kriechen würdest.

SO ERGING ES MIR OFT. Als würden mir ständig Leute reinwürgen, wie viele Defizite ich habe: Indem sie z.B. das, was ich gerade gesagt hatte, in Akademisch übersetzten, ehe es als Unterrichtsbeitrag gewertet wurde. Rhetorik und Performance sind das A und O. Wie naiv von mir zu denken, dass es ums Lernen gehen würde.

„Immerhin habe ich das Semesterticket“, dachte ich oft. Und Uni-Freund_innenschaften. Aber auch an denen ist Elite- und Leistungsdenken nicht vorbeigegangen: Einmal hat mich eine Kommilitonin eingeladen, mit ihr und einer Dozentin Kaffee trinken zu gehen. Wir sprachen über ein Seminar, das wir im ersten Semester besucht hatten. „Du hast die Texte nie gelesen, oder?“, sagte sie schmunzelnd-herablassend vor der Dozentin. Doch, hatte ich. Aber ich hatte viele – trotz Fleiß und Mühe – nicht verstanden und nicht gerade den Eindruck, dass dieses Seminar ein Raum gewesen wäre darüber zu sprechen. Zu oft wurde ich seltsam angeguckt, wenn ich Verständnisprobleme äußerte, so ein Ach-wie-süß-die-ist-zu-blöd-das-zu-checken-Blick. Ich fühlte mich bloßgestellt und als faul abgestempelt, auch noch direkt vor der Dozentin.

Ein anderes Mal bin ich nach längerer Zeit wieder zu einem Seminar gekommen. Ich hatte neuen Mut getankt, es endlich mit dem Studieren hinzukriegen. Nach dem Unterricht fragte mich eine Kommilitonin, ob ich noch irgendwohin mitkommen könnte. „Nein, ich bin auf dem Sprung“, sagte ich. „Ach was, ich kenn dich doch! Du bist nie auf dem Sprung!“, kommentierte diese und meinte eigentlich: Du bist doch so 'ne schlechte Studentin, was wirst du schon großartig zu tun haben? Nee, is klar, ich sitz den

ganzen Tag zu Hause und feil' mir die Fußnägel, im Gegensatz zu ihr, die schon ihr ich weiß nicht wievielties Praktikum in China gemacht hat.

MIT FICK-DICH-BLICK und Scheuklappen geister- te ich durch die Uni, bis ich mir sagte: So kann das nicht weitergehen. Also, was habe ich gemacht? Den nächsten Fehler: Geh mal zu den Gender Studies, da ist es bestimmt anders! Lol. Ist die Rede von Klassismus und Hindernissen an der Uni, die durch Sprache und elitäre Performance produziert werden, siehst du weit und breit nur nickende Köpfe. Und dann geht es unbehelligt weiter mit schwer lesbaren Texten von Lann Hornscheidt (Wer braucht schon Absätze?) und Wortverschwurbelung vom Feinsten: „Akademische Entpositionierungen und paradoxe Entkomplexisierungen durch Intersektionalität“. Puh.

Witzigerweise schiebe ich mit diesem Text gerade auf, den ersten Satz meiner Bachelor-Arbeit niederzuschreiben. Ich bin den ganzen Tag dagelegen und habe mich selbst fertiggemacht: „Warum traust du dir so wenig zu?“ Dann ist es mir wieder eingefallen: Weil ich in der Uni gelernt habe, dass ich defizitär bleibe, was auch immer ich tue. Aber hey, ich habe es fast bis zur Bachelor-Arbeit geschafft und bin dafür verhältnismäßig unverbittert. Und ich habe eine Sache, die mich antreibt, weiterzumachen: Trotz. Gut für mich. Schlecht für die, die kein Mittelschichtsprivileg und keinen akademischen Hintergrund haben, die Deutsch noch später gelernt haben – oder noch lernen, für die 300 Euro Studiengebühren sehr viel Geld sind und, die es vielleicht nicht bis zur Bachelor-Arbeit schaffen. Wahrscheinlich dürfen sie sich später noch anhören, sie seien „bloß faul“ gewesen. Zum Kotzen.

Paula Balov studiert Regionalstudien Asien/Afrika an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dieser Text erschien zuerst auf herzchenbrille.wordpress.com, wo sie regelmäßig über Feminismus und Ex-Jugoslawien aus postmigrantischer Perspektive schreibt und Kurzfilme veröffentlicht.



Help line

01/585 33 33

Beratungszeiten:

mo 15-18, mi 16-18, do 16-18

Österreichische HochschülerInnenschaft
Bundesvertretung
Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

andrassyuni.eu/studienstart

STARTE DEINE KARRIERE IN EUROPA

MIT EINEM STUDIUM AUF DEUTSCH IN
BUDAPEST

MASTER
UND PH.D.

GESCHICHTE
UND KULTUR

WIRTSCHAFT
UND MANAGEMENT

RECHT UND
VERWALTUNG

POLITIK UND
DIPLOMATIE



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente zu aktuellen Diskussionen auf den Blog.

Anklicken

blog.arbeit-wirtschaft.at

 twitter.com/AundW

 facebook.com/arbeit.wirtschaft

